

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Staatsminister Hubert Aiwanger
Abg. Katharina Schulze
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Sandro Kirchner
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Florian Streibl
Abg. Annette Karl
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Horst Arnold
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Alexander König
Abg. Barbara Fuchs
Abg. Manfred Eibl
Abg. Gerd Mannes
Abg. Albert Duin
Abg. Walter Nussel
Abg. Stephanie Schuhknecht
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Klaus Stöttner

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt rufe ich den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

"Wirtschaftsstandort Bayern - Herausforderungen meistern"

Das Wort hat der Staatsminister Hubert Aiwanger.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Kabinetts, sehr geehrte Damen und Herren des Landtags, sehr geehrte bayerische Bevölkerung an den Bildschirmen! Heute haben wir ein sehr wichtiges Thema, ein Thema, das uns alle tiefst bewegt: Wie geht es mit dem Wirtschaftsstandort Bayern weiter? Wie können wir die Herausforderungen meistern?

Meine Damen und Herren, wenn wir von Herausforderungen sprechen, dann müssen wir nur sehen, was heute in Regensburg los ist, wenn die Beschäftigten von Conti für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstrieren oder morgen die Beschäftigten von MAN auf die Straße gehen, um auf ihr Schicksal hinzuweisen und dagegen zu kämpfen, dass wohl Tausende Jobs wegfallen werden. Damit befinden sie sich in der traurigen Gesellschaft von Zehntausenden weiteren Beschäftigten in Bayern und vielleicht Hunderttausenden in Deutschland, die durch die Auswirkungen der Corona-Krise und auch die Auswirkungen des Transformationsprozesses vor der persönlichen und wirtschaftlichen Katastrophe stehen, den Arbeitsplatz zu verlieren.

Wir sehen aber auch die Beschäftigten in der Kultur- und Kreativwirtschaft, die ihre Aufträge verloren haben. Wir sehen den Umsatzeinbruch in der Gastronomie, bei den Fluggesellschaften. Wir sehen große Firmen, die schlichtweg Arbeitsplätze abbauen in der Hoffnung, damit wieder Boden unter die Füße zu bekommen und ihren Standort überhaupt zu sichern. Wir sehen junge Leute, die in der Überlegung sind: Welchen Beruf sollen wir denn ausüben? Und wir sehen besorgte Eltern, die sagen: Wie geht es denn weiter? Was haben unsere jungen Leute für eine Zukunft?

Trotzdem will ich die Situation nicht zu schwarz malen. Wir haben Gott sei Dank in den letzten Wochen einen deutlichen Umschwung in den Konjunkturdaten und auch in den faktischen Zahlen feststellen dürfen. Mittlerweile ist Gott sei Dank die Zahl der Kurzarbeiter in Bayern wieder deutlich unter eine Million gesunken. Wir waren schon bei 1,5 Millionen. Trotzdem sind die Automobilindustrie, der Maschinenbau und die Luft- und Raumfahrt noch besonders schwer betroffen. Wir sehen einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit in Bayern auf mittlerweile 4,1 %. Das sind zwar 1,2 Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr, aber wir sind damit neben Baden-Württemberg, die bei 4,8 % liegen, das einzige Bundesland, das überhaupt noch eine Vier vorne dran hat. Die Bundesrepublik Deutschland liegt bei über 6 % Arbeitslosen, Berlin liegt bei 10 %, nur um hier den Vergleich zu ziehen. Aber wir haben positive Aussichten für eine Stabilisierung der Arbeitsmarktlage. Es gibt eine Reihe von bundespolitischen Unterstützungsmaßnahmen, die ich an dieser Stelle sehr begrüße, so die Verlängerung der Kurzarbeiterregelung bis nächstes Jahr, die nochmal etwas verlängerte Aussetzung der Antragspflicht bei Insolvenz – das sind Dinge, die die Zahlen momentan noch etwas kaschieren, aber den Betrieben die Möglichkeit geben, eine schlechte Zeit zu überbrücken. Diese schlechte Zeit hatten wir allemal, als im März, April und Mai die Umsätze der Firmen massiv eingebrochen sind, bei den meisten im deutlich zweistelligen Prozentbereich, bei Einzelnen – wie bei den Fluggesellschaften – um fast 100 %. Wir hatten Betriebsschließungen. Wir hatten einen massiven Einbruch bei den Exporten. Dieser Exporteinbruch beginnt sich jetzt Gott sei Dank wieder deutlich abzubauen.

Unser wichtigstes Exportland, die USA, liegt zwar immer noch um ein Viertel im Negativen im Vergleich zu den Zahlen von vor einem Jahr, aber trotzdem gibt es mit 1,6 Milliarden Euro im Juli wieder erfreuliche Zahlen beim Export in die USA. Bei einem Volumen von ungefähr 1,2 Milliarden Euro liegt unser wichtigster Handelspartner China sogar im Plus mit über 6 % mehr Export dorthin als vor einem Jahr. China hat sich also stark stabilisiert und ist mittlerweile sogar ins Positive marschiert. Die USA hinken noch deutlich hinterher. Unsere weiteren Handelspartner Großbritannien, Italien, Spa-

nien und Frankreich sind noch mit einer zweistelligen Prozentzahl im Minus. Die sind auch um eine zweistellige Prozentzahl im Minus, wenn es um die Erwartung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung geht und um die Einschätzung, wie wir aus diesem Jahr 2020 herausgehen. Die aktuellen Prognosen sagen, dass der Einbruch des Brutto- sozialprodukts in Deutschland knapp über 5 % betragen wird. Es waren schon deutlich drastischere Zahlen vorausgesagt. Das heißt, die Zahlen werden nach oben korrigiert. Unsere Partnerländer, die ich vorher aufgezählt habe, liegen mit den erwarteten Zahlen in wirtschaftlicher Hinsicht im zweistelligen Minusbereich.

Was ist die Ursache? – Deutschland und Bayern standen schon vor der Krise stabiler da. Die Unternehmen hatten mehr Eigenkapital. Die Unternehmen waren insgesamt schon moderner aufgestellt. Jetzt trifft es natürlich Branchen, die auf die Krise nicht vorbereitet sein konnten, aber schon mit dem normalen Geschäftsbetrieb Probleme hatten, ganz massiv. Es trifft auch Bayern leicht überdurchschnittlich, weil Bayern sehr exportorientiert und sehr exportstark war. Das heißt, den Maschinenbau, den Automobilbereich oder die chemische Industrie, Branchen, die bei uns einen hohen Anteil haben und in den vergangenen Jahren die Zugpferde bei der Konjunktur waren, hat es härter erwischt als Branchen mit regionalen Wirtschaftskreisläufen. Aber wir hoffen, dass wir diese Delle ausbügeln können und hier nach vorne kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was kommt uns zugute? – Wir sind in Bayern anderen Ländern und Regionen ein bis zwei Schritte voraus. Wir haben Gott sei Dank schon im letzten Jahr noch in den guten Zeiten eine Hightech Agenda mit einem Umfang von über zwei Milliarden Euro auf den Weg gebracht, um gezielt in die Forschung und in die Hochtechnologie zu investieren und damit der nachfolgenden Realwirtschaft das Feld zu bereiten. Forschung, Lehre und Realwirtschaft sind eng verzahnt. Ich erwähne Fraunhofer, Helmholtz usw., um nur einige Namen zu nennen, die ja nicht nur um des Forschens willen forschen, sondern immer im Kopf haben, wie dieses Wissen in die Praxis gebracht wird.

Ich war vor wenigen Tagen in Nürnberg bei der Eröffnung des 5G-Testzentrums, das mit einem Zuschuss des Freistaats Bayern in Höhe von zehn Millionen Euro errichtet wurde. Das Zentrum dient nicht ein paar Professoren, sondern dort können heute schon Firmen einen Termin ausmachen, können sich 5G-Anwendungen in der Praxis für ihren Betrieb erklären lassen und das dort am praktischen Objekt durchspielen und damit ihr Betriebsumfeld intelligenter und wettbewerbsfähiger aufstellen.

Sie sehen also: Forschung und Lehre sind kein Selbstzweck, sondern dienen hier dazu, die Realwirtschaft in Bayern ganz gezielt zu stützen. Ich bin überzeugt, dass die Hochtechnologie für uns wichtig und alternativlos ist, um in Deutschland weiterhin an der Spitze zu stehen und weiterhin den Wohlstand zu sichern. Ich sage es noch deutlicher: Wir können nicht auf Dauer Arbeitslosigkeit kaschieren und durchsubventionieren. Wir tun das, um größere Verwerfungen zu verhindern. Aber unser Modell in Bayern ist, anschlussfähig zu sein, nicht zu sein wie die Region Ruhrgebiet, die nach dem Wegfall von Kohle und Stahl mit leeren Händen dastand, oder wie ostdeutsche Regionen, die nach der Schließung eines Braunkohlereviere in der Arbeitslosigkeit enden. Wir müssen versuchen, diejenigen, die heute bei Conti oder bei MAN wegen Corona und wegen Strukturwandel Arbeitsplätze verlieren, durch innovative Produkte – Wasserstoff und dergleichen – dort in diesen Firmen zu halten und diese Firmen dazu animieren wiederaufzubauen. Aber wir setzen auch darauf, dass neue, innovative Betriebe genau das abfangen, was dort wegbricht. Um es noch genauer auf den Punkt zu bringen: Der Großvater hat vielleicht in der Porzellan-, in der Glasindustrie gearbeitet, der Sohn oder die Tochter bei einem Automobilzulieferer – ich hoffe, dass dort noch möglichst lange möglichst viele arbeiten werden –, der Enkel oder die Enkelin hat sich vielleicht bei einem Start-up, bei einem Hightech mit künstlicher Intelligenz, darum zu kümmern, Produktionsabläufe in vielfacher Hinsicht zu optimieren. Wenn wir sehen, dass wir in Bayern mit der Start-up-Szene mittlerweile Berlin überholt haben, ist festzustellen, dass Bayern Gründerland Nummer eins ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben im zweiten Quartal dieses Jahres erstmals Berlin abgelöst bei der Frage, wer die meisten Start-ups gegründet hat. In Bayern waren es in diesen drei Monaten 129 Start-ups. Berlin liegt um einiges dahinter. Nordrhein-Westfalen liegt deutlicher dahinter. Wir haben also selbst das einwohnerstärkere Nordrhein-Westfalen überholt und können sagen, wir gründen täglich deutlich mehr als ein Start-up in Bayern, und das mit massiver Unterstützung unserer Wirtschaftspolitik mit einer Start-up-Förderung, die seit Jahren deutlich angehoben worden ist. Zudem haben wir beschlossen – Danke für die Zustimmung innerhalb der Koalition –, dass wir vermehrt auf das Thema Start-ups setzen und dort einem Wachstumsfonds in Höhe von 50 Millionen Euro die Tür öffnen und mit über 110 Millionen Euro allein im nächsten Jahr das Thema eines Scale-up-Fonds ins Laufen bringen, um jungen Gründern nicht nur zu sagen, du hast eine super Geschäftsidee, sondern um denen auch zu sagen: Du kannst dann anschließend dein Unternehmen auch durchfinanzieren, kannst bei uns bleiben, kannst bei uns weiter wachsen und kannst 20 bis 50 Mitarbeiter einstellen.

Wenn irgendwo tausend Arbeitsplätze wegfallen, dann müssen wir an der jeweiligen Stelle eben tausend neue Arbeitsstellen schaffen. Was bei einigen Großen wegfällt, müssen wir zunächst mal mit vielen Kleinen neu schaffen. In der Summe ist das wieder aufzufangen, und wir werden das wieder auffangen. Ich glaube, dass wir diese Start-up-Szene künftig noch gezielter unterstützen und ihr öffentlich noch mehr Bühne bieten müssen. Das sind nicht ein paar kleine Existenzgründer, die da ein bisschen rumexperimentieren, nein, das sind die Unternehmer von heute und morgen. Das ist Zukunft. "Bayern – Gründerland Nummer eins in Deutschland" – meine Damen und Herren, das müssen wir stärken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir setzen im Hightech-Bereich sehr stark auf eine Vielzahl an Themen. Mit der Gründung von Start-ups ist ja nicht nur die Digitalisierung bedient, die man zunächst mal damit in Verbindung bringt, sondern das gilt auch für viele weitere Themen. Wir sind sehr stark im Bereich "3-D-Druck/additive Fertigung" unterwegs. Auch da wird man

sagen: Was ist das für eine Spielerei? Interessiert mich nicht. – Meine Damen und Herren, ich war vor wenigen Tagen bei Adidas in Herzogenaurach. Momentan geschieht die Herstellung der Turnschuhe überwiegend in Fernost. Als Zukunftsmusik – das ist sehr zeitnah zu erwarten und zu erhoffen – werden Sie in Ladengeschäfte in Ihrer Heimat gehen können, sich, wenn Sie neue Turnschuhe haben wollen, Ihre Körpermaße abnehmen lassen können. Dann wird vor Ort mit einem 3-D-Drucker Ihr individueller Turnschuh gedruckt, der dann nicht mehr aus Vietnam kommt, sondern vielleicht wieder aus Herzogenaurach, aus Regensburg, aus Schweinfurt und sonst woher, sodass Sie Ihre Werkstücke und Werkstoffe ganz gezielt wieder hier produzieren lassen können. Viele weitere Firmen, die bisher vielleicht auf die Zulieferung von Billigprodukten aus weit entfernten Kontinenten gesetzt haben, werden künftig mit einem guten 3-D-Drucker viele Dinge selber machen. Das reicht bis in die Luft- und Raumfahrt hinein. Meine Damen und Herren, wir haben stark in den Bereich 3-D investiert.

Wir investieren stark in den Bereich der künstlichen Intelligenz. Wir setzen auf Quantencomputer und 5G. Einige wird es erschrecken, dass es in der Debatte mittlerweile schon um 6G geht, um die Daten noch besser zu vernetzen und in einem Industriebetrieb die Maschinen und Computer auf engstem Raum noch besser zu verbinden. In Zukunft wird es möglich sein, sich mit einer 6G-Telefonie den Gesprächspartner quasi in den Raum zu projizieren. Das sieht fast so aus, als stünde das Gegenüber vor einem im Raum, weil man den anderen auf dem Bildschirm über diese Technik heranholen kann – nicht real, sondern virtuell.

Meine Damen und Herren, das ist nicht Spinnerei, sondern das sind Themen, mit denen unsere Unternehmen morgen Geld verdienen werden, mit denen wir unsere Exporterfolge erzielen werden und mit denen wir dafür sorgen werden, dass der Wohlstand in Bayern gesichert bleibt. Jammern hilft nicht. Wir müssen anpacken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf: Bravo!)

All diese schönen neuen Dinge einer technischen Welt alleine machen uns natürlich nicht glücklich, aber es ist dringend nötig, dass wir sie zum Laufen bringen. Wir haben in der Hightech Agenda sehr stark auf diese Themen gesetzt und haben vor, bei den zwei Milliarden Euro, die insgesamt in den nächsten Jahren gesetzt sind, auch Investitionen nach vorne zu ziehen, um gezielt zeitnah Aufträge für die Wirtschaft zu generieren. Für 2021 und 2022 setzen wir noch einmal 900 Millionen Euro drauf, um diese Dinge abzurunden. 1.000 Professoren werden zeitnah eine Stelle bekommen, und 13.000 neue Studienplätze werden geschaffen, um eben – ich wiederhole – der Realwirtschaft den Weg zu bahnen.

Meine Damen und Herren, wir vergessen natürlich auch die anderen Branchen nicht. Wir investieren massiv ins Handwerk. Wir investieren massiv in alle Bereiche, die uns wichtig sind, die momentan betroffen sind und in denen wir Zukunftsthemen sehen. Genannt seien der Maschinenbau und der Automobilsektor. Wir investieren mit eigenen Programmen in die Luft- und Raumfahrt. Das machen wir nicht, um dort irgendwelche Späßchen zu bedienen, sondern um beispielsweise Minisatelliten zum Laufen oder Fliegen zu bringen, die Wetterüberwachungen durchführen können. Lieber Thorsten Glauber, dann können wir zeitnah noch präzisere Wetterdaten erhalten, mit denen wir zum Beispiel in der Landwirtschaft ideale Düngefenster zugewiesen bekommen. Alles steht unter dem Eindruck, was am Ende der Wirtschaft nutzt. Unter dem Aspekt treiben wir diese Dinge voran.

Meine Damen und Herren, jetzt sehen wir aber, dass dieses Meistern von Herausforderungen sich nicht darin erschöpfen kann, dass wir in Bayern tun, was wir tun können. Ich habe versucht zu skizzieren, dass wir hier gezielt in Zukunftsthemen investieren, dass wir in den letzten Jahren aber auch nicht nur auf Technik gesetzt haben. Ich erinnere an die Auswirkungen des Koalitionsvertrages. Damals ist uns vorgeworfen worden, wir würden zu viel Geld verbrennen und zum Fenster hinausschmeißen. Das war, als wir den Doppelhaushalt 2019/2020 mit 125 Milliarden Euro verabschiedet

haben – mit immerhin 1,5 Milliarden Euro jährlich mehr für die Bereiche Pflege, Kinderbetreuung und Familiengeld, also für zutiefst soziale Themen.

Meine Damen und Herren, auch das kommt uns zugute. Diese 1,5 Milliarden Euro, die da jetzt draußen bei unserer Bevölkerung und den Familien sind, haben dazu beigetragen, dass die Binnenkonjunktur so gut gelaufen ist und dass sich Menschen trotz einer schweren Krise Dinge leisten konnten und eingekauft haben. Damit zeichnet sich im Einzelhandel für 2020 – unter dem Strich, nicht für alle Bereiche – ein besseres Bild ab als das für das Vorjahr, weil mehr online eingekauft worden ist und weil viele Menschen sich heuer Dinge gegönnt haben, die sie sich nicht hätten leisten können, wenn sie in den Urlaub gefahren wären.

Unsere Bevölkerung war gut ausgestattet, und ich sage an der Stelle: Wir haben richtig gehandelt, dass wir bereits in den ersten beiden Jahren unserer gemeinsamen Regierung von CSU und FREIEN WÄHLERN auch die sozialen Themen und die Binnenkonjunktur bedient haben. Meine Damen und Herren, damit war Geld in der Bevölkerung, mit dem jetzt eingekauft werden kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sage an der Stelle auch ganz offiziell nicht nur der Regierungskoalition, sondern Ihnen allen in diesem Haus Danke, dass damals beim Nachtragshaushalt 2020 – als uns allen der Schreck in den Gliedern saß und die Angst, wie es weitergeht, ob wir in einer Weltwirtschaftskrise, in Massenarbeitslosigkeit und in einer politischen Polarisierung und Radikalisierung sondergleichen landen, all das musste ja im Frühjahr dieses Jahres befürchtet werden – einhellig die Zustimmung gekommen ist – ich glaube, mit einer Enthaltung –, einen Nachtragshaushalt mit 10 Milliarden Euro auf den Weg zu bringen, um die Regierung handlungsfähiger zu machen. Damit haben wir dann Dinge wie Soforthilfe ermöglicht. Damit haben wir Dinge wie Steuerstundungen finanziell hinterlegt, damit nicht alles wegbricht. Sonst hätte der Finanzminister den Betrieben und Personen Bayerns nicht 7 Milliarden Euro an Steuerstundungen allein in diesem

Jahr 2020 zubilligen können. Er hätte sagen müssen: Nein, ich muss enger arbeiten, ich kann euch diese Entlastung nicht geben. Ich danke dem gesamten Hohen Haus für diese Unterstützung in der Stunde der Not. Wir haben damit mehr Substanz bekommen, um Probleme zu lösen, und wir haben es gemacht. Danke für diese Unterstützung!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Damit konnten wir eine Vielzahl von Themen in den Bereichen Medizin und Gesundheit auf den Weg bringen. Um die Probleme zu meistern, die vor uns standen und noch vor uns stehen, war es wichtig, ein stabiles Gesundheitssystem zu haben. Bei uns sind eben Gott sei Dank die Krankenhäuser nicht überfüllt gewesen. Bei uns musste sich niemand auf dem Krankenhausaufgang von seinen Liebsten verabschieden, weil kein Bett mehr frei war, wie es in vielen Nachbarländern der Fall war. Meine Damen und Herren, ich sage das so drastisch. Da gab es menschliche Schicksale, die uns Gott sei Dank erspart geblieben sind, weil wir ein stabiles Gesundheitssystem hatten und haben. Danke allen Beschäftigten in diesem Sektor! Heute soll es auch nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben, sondern wir müssen diese Themen der Pflege und Gesundheitsversorgung weiterhin bestens auf dem Schirm haben.

Ich sage auch den Kommunen Danke, die damals mitgeholfen haben, all die Dinge zu organisieren. Ich sage auch den Erzieherinnen und Erziehern, den Lehrerinnen und Lehrern Danke, wenn es darum geht, einen funktionsfähigen Kindergartenbetrieb, Kinderkrippenbetrieb und Schulbetrieb zu organisieren – trotz all der lokalen Rückschläge, wenn mal wieder eine Klasse oder Schule unter Quarantäne gestellt werden muss. Trotzdem glaube ich, die überwiegende Mehrheit in diesem Land ist der Meinung, dass zur Normalität und Stützung des Wirtschaftsstandorts Bayern auch gehört, dass Kindergärten und Schulen laufen. Andere Länder haben aufgrund eines nicht mehr kontrollierbaren Corona-Geschehens großflächig Schulen geschlossen.

Meine Damen und Herren, was ist, wenn die Kinder zu Hause sind und keine Oma da ist? – Dann können die Menschen ihrer Arbeit nicht nachgehen. Dann geht es in der Wirtschaft nicht aufwärts. Nur weil das Gesundheitssystem, das Bildungssystem und das Kinderbetreuungssystem so gut funktionieren, kann die Wirtschaft überhaupt wieder hochfahren. Also auch Danke all den hier betroffenen Beschäftigten und Verantwortlichen, dass diese Bereiche so gut laufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zum Meistern unserer Herausforderungen brauchen wir natürlich den Bund, und ich glaube, das gilt in der Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit, weil unser Hebel an vielen Stellen zu kurz ist. Natürlich haben wir bei der Soforthilfe einiges selber bezahlt. Wir waren dann aber froh, dass der Bund uns mit zwei Milliarden Euro beigespungen ist. Wir sind froh, dass mittlerweile die Überbrückungshilfe so gut läuft. Danke der IHK an dieser Stelle für die hervorragende Organisation, aufgrund derer hier schon 12.500 Anträge mittlerweile mit 160 Millionen Euro bezuschlagt sind und aufgrund derer hier schon acht von zehn Antragstellern ihr Geld auf dem Konto haben. Damit ist Bayern deutschlandweit absolut an der Spitze, meine Damen und Herren.

Um die Herausforderung zu meistern, war es auch wichtig, auf die richtigen Pferde zu setzen und in dieser Form mit der IHK auf eine Organisation, die uns persönlich nahesteht und mit der wir in gutem Austausch sind. Das sind nicht irgendwelche internationalen Dienstleister, die wir durch Ausschreibung ermitteln müssen, bei denen wir nicht wissen, was auf uns zukommt, sondern man kennt die Leute und weiß, dass es läuft. Sie stehen im Wort und haben es geschafft, dass diese Dinge laufen. Wir haben die Regierungen damals mit der Soforthilfe bis an die Grenze der Belastbarkeit befasst; sie hatten in kurzer Zeit knapp 500.000 Anträge auf dem Tisch. Dadurch sind viele andere Dinge liegen geblieben. Die Regierungen noch einmal damit zu befassen, wäre nicht im Sinne dessen gewesen, Herausforderungen zu meistern, sondern wir hätten dann an anderer Stelle – Mobilfunkförderung, Regionalförderung – den Stecker ziehen müssen.

Es kommt also auch darauf an, mit den richtigen Akteuren zur richtigen Zeit das Richtige zu machen. Mit den Regierungen zusammenzuarbeiten, war bei der Soforthilfe richtig, um hier schnell einzusteigen. Gewisse Organisationen können das aber nicht ewig durchhalten. Wir müssen dann wieder umswitchen, und in diesem Fall läuft es sehr gut mit der Überbrückungshilfe.

Wir danken dem Bund auch, dass er sich beim Wirtschaftsstabilisierungsfonds so stark einsetzt.

Wir danken dem Bayerischen Landtag, dass er den Weg mitgegangen ist, einen Bayernfonds quasi als drittes Sicherheitsnetz auf den Weg zu bringen für den Fall – wir wissen es noch nicht endgültig, ob er nicht noch eintritt –, dass in größerem Stil mittelgroße Unternehmen mit zwischen 50 und 250 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an die Grenze ihrer Liquidität kommen, während wir sagen: Diese Betriebe sind systemrelevant für die Region, für den Zukunftsstandort Bayern. – Wir müssen sie auffangen und haben dafür sage und schreibe 46 Milliarden Euro an Pulver trocken, aber bis dato – Gott sei Dank – erst sehr wenige Anmeldungen. In meinen Augen heißt das aber nicht, dass der Fonds vergeblich war – noch wissen wir es allerdings nicht –, sondern wir haben damit die Chance einzugreifen, wenn etwas Größeres passiert. Ich würde daher nicht akzeptieren, wenn es heißt: Wir hätten das alles nicht gebraucht.

Genauso deplatziert ist auch die Kritik: Da sind ein paar Krankenhausbetten auf der Intensivstation leer, warum sind sie denn nicht belegt? – Meine Damen und Herren, wir sollten froh sein, dass diese Betten nicht belegt sind, und wir sollten froh sein, dass wir sie haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unsere Sicherheitsvorkehrungen, unsere finanziellen Polster sind also gut genug, um diese Corona-Herausforderung – sie wird uns im Hinblick auf die Wirtschaft mindestens bis Ende nächsten Jahres begleiten – noch über längere Zeit durchzuhalten.

Wie lange uns das Virus noch drangsaliert, weiß ich nicht; das wissen nicht einmal Wissenschaftler. Die Wissenschaftler im Bereich Wirtschaft sagen aber, dass in etwa um die folgende Jahreswende – also Ende 2021 – bei der Industrie und Wirtschaft hoffentlich im Großen und Ganzen der Stand von vor Corona wieder erreicht sein könnte, wenn es nicht weitere Rückschläge gibt bzw. wenn Partner wie die USA wieder anspringen und nicht noch weiter im Chaos versinken. Das ist jetzt der Zeithorizont.

Die Voraussagen lauten, dass wir noch länger als ein Jahr nicht als "100%-Wirtschaft" unterwegs sein werden. Gott sei Dank haben wir aber die "90%-Wirtschaft" schon überwunden und befinden uns momentan bei der "95%-Wirtschaft", wenn wir von einem Einbruch von 5 % ausgehen. Wir müssen jedoch bis mindestens Ende nächsten Jahres mit unseren Puffern durchhalten können.

Ich sage deshalb auch ganz klar: Jetzt ist der Bund gefordert, an einigen Schrauben noch einmal gezielt nachzujustieren. – Ich sehe diese in erster Linie an der steuerlichen Front. Natürlich könnten wir jetzt sagen: Wir geben weiterhin Kredite und Hilfen in großem Umfang. Wir könnten aber auch darauf zurückgreifen, was die Unternehmen in den letzten Jahren selber erwirtschaftet und an Steuern abgeführt haben.

Deshalb ist es in meinen Augen nur folgerichtig, wenn wir die steuerliche Verlustverrechnung ausweiten, und zwar nicht nur auf das Jahr 2019, sondern auch auf das Jahr 2018. Das Jahr 2017 muss auch noch mit hinein. Es geht also mindestens drei Jahre retour, aus den guten Jahren die bereits beglichenen Steuerschulden mit den aktuellen Verlusten verrechnen zu dürfen, meine Damen und Herren. Auch die Zahl, die derzeit auf 5 Millionen Euro und bei den Zusammenveranlagten in Summe auf 10 Millionen Euro erhöht worden ist, ist auf 10 bzw. auf 20 Millionen Euro zu verdoppeln.

Dann kommt endlich auch der Aspekt dazu, dass diejenigen belohnt werden, die in Bayern, die in Deutschland Steuern bezahlt und sich keinen schlanken Fuß gemacht

haben. Wenn ihnen ihre Steuerschuld von vor zwei, drei Jahren zugutekommt und mit den jetzigen Verlusten verrechnet wird, dann werden sie, obwohl Deutschland vielleicht etwas teurer ist als die osteuropäischen Mitbewerber, sagen: Ich bleibe hier; ich werde hier gut bedient.

An die Bundesregierung richtet sich also der große Appell, die steuerliche Verlustverrechnung sowohl von der Jahreszahl als auch von der Summe her auszuweiten, um diejenigen zu belohnen, die Steuern bezahlt haben, und diejenigen, die eigentlich gesund sind, flüssig zu halten und sie quasi mit Eigenkapital zu versorgen anstatt nur mit einem staatlichen Kredit, den sie wieder zurückzahlen müssen.

Diese Form der Stärkung der Liquidität unserer Unternehmen erachte ich jetzt als einen der wichtigsten Punkte auf Bundesebene. Wenn man der Wirtschaft in Deutschland etwas Gutes tun will, muss man die steuerliche Verlustverrechnung ausweiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben nach wie vor auch das Thema der überhöhten Unternehmenssteuern. Wir sind mit 30 % und mehr nicht mehr wettbewerbsfähig mit Standorten wie Tschechien, Ungarn, Bulgarien oder der Slowakei, an die die jetzt abgebauten Arbeitsplätze teilweise verlagert werden. Dort arbeiten sie mit anderen Zahlen, und sie haben deutlich niedrigere Personalkosten.

Ich appelliere hier auch an die Gewerkschaften und an die SPD: Wenn wir in Deutschland – wofür ich stehe – weiterhin hohe Personalkosten bezahlen wollen, müssen wir tätig werden. Aufgrund von Corona sind die Reallöhne, die ausbezahlt wurden, um circa 5 % zurückgegangen; ein neu Anzustellender ist heute im Durchschnitt billiger als vor Corona. Ich will jedoch, dass die Beschäftigten weiterhin gut bezahlt werden und sie hier weiterhin konsumieren können. Wir müssen deshalb auf Bundesebene wenigstens die Zustimmung bekommen, dass die Unternehmenssteuern auf höchstens 25 % gesenkt werden.

Ich setze noch eines drauf. Zu Ende gedacht haben wir jetzt auch die Situation, dass viele Unternehmen und Privatpersonen aufgrund von Corona bei der Übergabe von Eigentum massiver betroffen sind als vor Corona, weil es vielfach nicht mehr möglich ist, im Rahmen der Erbschaftsteuer die Regelung in Kraft zu setzen, dass man die Lohnsummen durchhält. Man darf die Lohnsummen in den darauffolgenden Jahren nur um einen gewissen Prozentsatz oder überhaupt nicht senken; man muss die Summe halten. Man wird sie aber vielfach senken, weil man weniger Arbeitskräfte hat, und damit schlägt wiederum die Erbschaftsteuer plötzlich besser durch.

Ich bin auch hier dafür, nicht ewig "herumzufummeln" und genau wie beim Soli ständig die Bedingungen zu ändern. Schafft neben dem Soli endlich auch die Erbschaftsteuer völlig ab!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann haben wir auch hier die Sicherheit für Unternehmensübergaben und für Eigentumsübergaben, die durch Corona erschwert worden sind – ein Zusammenhang, den viele noch nicht auf dem Schirm haben. Das muss diskutiert werden, sonst kommen wir hier in Teufels Küche.

Wo wir den Bund noch dringend brauchen, das ist beim Thema "Austausch alter Fahrzeuge". Hier appelliere ich auch an viele politische Gruppierungen, endlich einmal über den eigenen ideologischen Schatten zu springen. Es hilft uns nichts zu sagen, nur das batteriebetriebene Fahrzeug ist der Weisheit letzter Schluss; denn das führt dazu, dass wir nur dort fördern dürfen. Die modernen Verbrenner stehen dann auf Halde, die Arbeiter sitzen aufgrund von Kurzarbeit zu Hause, die alten Fahrzeuge fahren weiter, während die neuen auf Halde stehen oder nicht produziert werden. Es ergeht daher ein großer Appell: Macht endlich ein Flottenaustauschprogramm auch für moderne Verbrenner in puncto Pkw, Lkw und Flugzeuge. Das ist dringend nötig, meine Damen und Herren.

Wenn ich jetzt den letzten Vorschlag höre, meine ich: Man beginnt auf Bundesebene wohl schon ein wenig einzusehen, dass man den Verbrenner irgendwo doch noch brauchen wird, steht sich aber ideologisch selber im Weg. Es heißt: Wenn du einen modernen Verbrenner kaufst, sollst du einen Gutschein für ein künftig zu erwerbendes Elektrofahrzeug bekommen. Du kaufst also ein neues Verbrennerfahrzeug mit besten Abgaswerten; eigentlich ist es aber unerwünscht, dass du es dir kaufst. Jetzt kriegst du aber einen Gutschein, damit du ja nicht zu lange mit diesem Fahrzeug rumfährst. Bitte, kauf dir doch zeitnah, in ein paar Jahren, ein Elektrofahrzeug. Stell dann den noch sehr neuen Verbrenner in die Garage und kauf dir ein Elektrofahrzeug dazu.

Meine Damen und Herren, das zeigt schon die ideologische Verbohrtheit, mit der man sich hier festgefressen hat. Akzeptiert doch endlich, dass über 80 % der Bevölkerung noch den Verbrenner wollen! Akzeptiert doch, dass der Verbrenner technisch sehr gut ist! Akzeptiert, dass wir noch nicht alle batterieelektrisch fahren können und werden! Akzeptiert, dass es auch künftig die individuelle Mobilität geben wird!

Eine ganz klare Botschaft an den Bund: In dieser Stunde der Not muss für die Arbeitsplätze gesorgt werden. Damit tun wir auch der Umwelt und dem Verbraucher etwas Gutes. Wir müssen diese Bereiche direkt anpacken; wir müssen sie steuerlich subventionieren oder über direkte Kaufanreize unterstützen. Sobald jemand seinen alten Diesel auswechselt, haben die Automobilzulieferer wieder Arbeit. Dann werden alte Autos durch neue ersetzt. Dann haben die Leute bei MAN und Continental wieder eine Perspektive.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine klare Forderung an den Bund lautet, dass wir uns jetzt steuerpolitisch und investitionspolitisch nicht selbst im Weg stehen dürfen. Mich freut, dass der Bund bei der Bayerischen Wasserstoffstrategie mitgeht und dieses Thema mit einer eigenen Bundesstrategie hinterlegt. In den letzten Wochen habe ich deutschlandweit mit vielen Akteuren, Firmen von Weltbekanntheit und Bundespolitikern, die davon überzeugt

sind, dass wir diesen Weg gehen müssen, gesprochen. Meine Damen und Herren, sollte der Wasserstoff zum Durchbruch kommen, werden wir bei diesem Thema in Bayern ganz vorne mit dabei sein. Wir haben ein Wasserstoffzentrum in Nürnberg und setzen auf weitere Anwendungen. Wir sind auch im Raum München und in vielen anderen Regionen unterwegs.

Sehr viele Automobilzulieferer sehen im Wasserstoff ihren letzten Strohhalm. Sollte der Wasserstoff funktionieren, haben wir damit die Anschluss technik für viele Produkte, die wir heute nicht mehr so gut verkaufen können. Bayern produziert hier keine Luftblasen, sondern Konkretes. Wir haben mit unserem Wasserstoffbündnis Bayern inzwischen über hundert international renommierte Partner. Am 1. Oktober werden wir das deutschlandweit erste Tankstellenprogramm für Busse, Lkw und für Umrüstungen auf den Weg bringen. Damit werden Firmen wie zum Beispiel Quantron in Gersthofen, die den Bau und die Umrüstung von Lkw mit Wasserstofftechnik zum Ziel haben, eine Perspektive haben. Auch Firmen wie MAN Energy Solutions und Schaeffler werden dadurch eine Perspektive erhalten. Deshalb die klare Botschaft, dass wir auf diese Technik setzen. Wir müssen bei diesem Thema dort, wo es noch hakt, den Knoten durchschlagen.

Bis dato würgen wir uns bei der Produktion von grünem Wasserstoff mit der EEG-Umlage herum. In der Novelle des EEG wurde dieses Thema Gott sei Dank angerissen. Ich hoffe, dass diese Novelle so über den Tisch geht und den grünen Haken bekommt, damit bei der Produktion von grünem Wasserstoff die EEG-Umlage gestrichen wird. Für viele künftige Windparks und vielleicht auch für künftige Altanlagen, die aus der Förderung herausfallen, ist das eine Perspektive. Das ist außerdem eine Perspektive für die regionale Erzeugung von Wasserstoff und für die Anwendung. Meine Damen und Herren, das Thema "Wasserstoff" kann man gar nicht international genug denken. Je mehr dieses Thema weltweit Boden unter die Füße bekommt, desto besser ist das für Bayern und Deutschland. Wir werden hier die Techniken liefern.

Ich sage ganz klar: Wir werden nicht in erster Linie die Photovoltaikfelder und die Windparks liefern, um den grünen Wasserstoff zu erzeugen. Wir erzeugen auch unser Mineralöl und unseren Sprit nicht selbst. Wir holen das Mineralöl nicht aus unseren eigenen Erdölfeldern, sondern verarbeiten es bestenfalls. Genauso werden wir künftig den Wasserstoff aus vielen europäischen Partnerländern holen, seien es Photovoltaikgebiete in Südeuropa oder seien es Wasserkraftanlagen in Nordeuropa, sei es Nordafrika, oder sei es Gesamtafrika.

Ich war vor Kurzem beim Wasserstoffzentrum in Jülich in Nordrhein-Westfalen. Dieses Zentrum hat intensive Kontakte nach ganz Afrika, um dort Herkunftsregionen zu definieren und damit den Leuten vor Ort eine Perspektive zu geben. Diese Leute sollen nicht perspektivlos zu Hause sitzen, sondern sagen können: Jawohl, auch wir können Anteil an einer Wertschöpfung in Europa und weltweit haben. Der Wasserstoff ist also nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine ökologische Chance.

Ich appelliere hier an die GRÜNEN und an Organisationen wie "Fridays for Future", die sich bei diesem Thema teilweise selbst im Wege stehen nach dem Motto: Verdammt noch mal, jetzt haben wir gemeint, das Auto sei schon tot, und jetzt kommen die mit Wasserstoff und bringen eine ökologisch korrekte Rettung zustande. – Meine Damen und Herren, akzeptieren Sie diesen Rettungsweg für die individuelle Mobilität! Allen, die sagen, wir bräuchten kein Auto mehr, vor allem nicht in den Großstädten, sei gesagt: Mich wundert es, warum in München alle Straßen Stoßstange an Stoßstange zugeparkt sind. Ich glaube nicht, dass das daran liegt, dass die Leute nicht wissen, wohin mit ihrem Geld. Ich glaube, dass der Grund dafür ist, dass die Leute die Dinge brauchen.

Also ganz klar: Die Mobilität der Zukunft wird auch mit Wasserstoff gestaltet werden, am Boden und in der Luft. Auch das Flugzeug von morgen – damit meine ich 2030 – wird vielfach mit Wasserstoff funktionieren. Dann werden Wertschöpfungsketten in Gang gesetzt, von denen wir heute nur träumen. Wir brauchen aber Träume und wol-

len diese mit Realität hinterlegen. Das tun wir. Der Wasserstoff wird also eines der wichtigen Themen der bayerischen Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sind aber nicht ideologisch. Ich habe vorher gesagt, nicht jeder wird auf Batterie gehen. Trotzdem sage ich: Viele werden auf Batterie gehen. Das ist gut so. Die kürzeren Reichweiten können mit Batterien abgedeckt werden. Kleinere Fahrzeuge und E-Bikes funktionieren schon heute mit Batterie. Das nehmen wir nicht zähneknirschend zur Kenntnis, sondern dafür wenden wir sehr viel Geld auf. Zig Millionen Euro an Fördergeldern werden eingesetzt, um eine eigene bayerische Batterieinfrastruktur, Batterietechnik und Batterieforschung auf den Weg zu bringen. Das geschieht bei BMW und vielen anderen Firmen. Wir sagen nicht: entweder – oder, sondern vielmehr: alles für seinen Einsatzbereich. Wir betreiben keine Schwarz-Weiß-Politik, sondern eine maßgeschneiderte Politik. Diese Politik wollen wir weiterhin betreiben, auch im Bereich der erneuerbaren Energien.

Meine Damen und Herren, wir haben mit dem bayerischen PV-Speicher-Programm ein Programm auf den Weg gebracht, das wie verrückt rennt. Kein Bundesland in Deutschland hat ein vergleichbares Programm mit einem vergleichbaren Erfolg. Inzwischen haben wir deutlich über 20.000 PV-Speicher genehmigt, die bezuschusst wurden. Wir setzen sehr stark auf die Solarenergie. Wir kämpfen im Bund dafür, dass endlich die EEG-Befreiung für den Eigenstromverbrauch deutlich ausgeweitet wird. Die mickrigen 10 kW, die wir derzeit haben, reichen nicht. Auch die jetzt angebotenen 20 kW reichen nicht. Wir brauchen mindestens 30 kW, und ich sage: Wir hätten gern noch deutlich mehr. Ich bin überzeugt, dass dann viele Industriehallen, viele Gewerbedächer und große Dächer in der Landwirtschaft automatisch mit PV-Anlagen bestückt würden. Wir bräuchten keine Debatten über verpflichtende PV-Bestückungen führen. Sollten die Bedingungen dafür verbessert werden, würde das automatisch laufen. Deshalb die klare Botschaft: Der Eigenstromverbrauch muss deutlich von der EEG-Umlage entlastet werden.

Das Thema Wasserstoff habe ich bereits angerissen. Beim Thema Biogas sind viele Punkte korrekt angedacht worden. So soll die Biomethanherzeugung ab 150 MW bevorzugt bedient werden. Ich hoffe, dass die Einspeisevergütungen verbessert werden. Die EEG-Novelle ist also eine Riesenchance, die Bereiche Energie, regionale Energie und erneuerbare Energien deutlich nach vorne zu bringen und Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. Dabei geht es zum einen um die Handwerker, die die Anlagen montieren, und zum anderen um die Produzenten. Auch hier gibt es Firmen wie zum Beispiel die Osram-Nachfolger, die mit PV-Modulen in einer Leuchtstoffröhren ähnelnden Form jetzt Agro-PV serienmäßig bekommen wollen. Damit können auf den Feldern künftig nicht mehr nur geschlossene PV-Dächer errichtet werden, sondern eine Röhre neben der anderen auf Rosten von 1 x 2 Metern. Sie sollen ein paar Meter über der Erde stehen, damit die Landwirte unten mit den Maschinen durchfahren können. Hier kommt sehr viel Positives auf uns zu, das wir fördern und unterstützen, weil das die Technik ist, die wir wollen. Wir sitzen nicht mit verschränkten Armen da und schauen, was wieder aus Fernost kommt. Nein, wir packen selbst an und holen Produktion wieder zurück. Hier gilt: Keine Ideologie! Hier gilt nur der Erfolg für den Wirtschaftsstandort Bayern!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich sehen wir alle, dass wir uns mit der Windenergie immer noch schwertun, dass wir gern mehr Ausbau hätten. Wir nehmen aber auch zur Kenntnis, dass der Widerstand vor Ort jeweils komischerweise genau dort, wo die Windräder gebaut werden sollen, am größten ist.

(Zuruf)

Vorher ist man dafür, bis der Standort definiert ist; dann ist man dagegen. Es ist nicht jeder dagegen, aber es sind so viele dagegen, dass die Politik hier etwas zurückhaltender geworden ist, als sie es noch vor einigen Jahren war.

Doch ich hoffe, dass wir diesen Knoten durchschlagen können, wenn das Thema Standortkommune besser bedient wird. Wenn die Gemeinde, wo ein Windrad stehen soll, künftig wie geplant mindestens 0,2 Cent pro Kilowattstunde von der Einspeisevergütung abbekommt, dann hat der Bürgermeister die Chance zu sagen: Jawohl, ich habe einige 10.000 Euro in meiner Kasse, wenn ich diese Geräte installieren lasse, wenn ich ein Windrad aufstellen lasse.

Leider Gottes springen diese Windkrafträder heute mit 200 m Höhe etwas mehr ins Auge als die 60-Meter-Anlagen vor zehn Jahren. Sie erzeugen aber siebenmal so viel Strom. Das heißt: Wenn jetzt alte Anlagen aus der Förderung und irgendwann aus der Produktion gehen, ersetzt eine neue Anlage etwa sieben bis zehn alte Anlagen. Wir hoffen, dass wir wieder einige zum Laufen bringen.

Wir haben auch ein Beratungssystem installiert: In den nächsten Wochen werden wir mit unseren "Windkümmerern", die jetzt in der Endausschreibung sind, rausgehen. Wir haben auch schon einige Dutzend Kommunen, die hier Interesse signalisiert haben, überraschend viele sogar aus Oberbayern. Die sagen: Jawohl, ich will wieder Windräder installieren. Bitte helft mir bei der organisatorischen Abwicklung und in der juristischen Betreuung. – Wir packen also auch dieses Thema an. Wo die Gemeinden und die Bürger vor Ort dafür sind, kann man in Abweichung von der 10-H-Regel über die Bauleitplanung Windkraft realisieren. Wir hoffen, dass möglichst viele davon Gebrauch machen. Wir müssen es möglichst schmackhaft machen über Einspeisevergütungen, die bei den Kommunen ankommen, über eine ordentliche Einspeisevergütung, über einen Südbonus in Kommunen südlich des Netzengpasses, um einen Anreiz zu geben, damit wir auch diese Energieform nach vorne bringen.

Ich will jetzt nicht alle Energieformen aufzählen. Das habe ich bei meiner Regierungserklärung zur Energiepolitik gemacht. Dafür reicht heute die Zeit nicht. Aber es gibt noch die Geothermie, es gibt auch noch das Thema der Biokraftstoffe. Wir setzen auch sehr stark auf CleanTech – Straubing vielleicht als Stichwort dazu –, wo wir Sprit aus nachwachsenden Rohstoffen, aus chemischen Bestandteilen, die vorher auch auf

natürlicher Basis erzeugt worden sind, ins Rennen bringen wollen. Damit wollen wir Kerosin ersetzen und Antriebe in der Alternative zu Flugbenzin bringen. Das ist kein Hexenwerk, sondern das sind ganz reale chemische Formeln, die nur momentan noch nicht ganz rentabel sind, weil Öl an der Stelle immer noch zu billig ist im Vergleich zu den erneuerbaren Energien. Aber auch hier sind wir unterwegs, und hier schauen wir auch zur Landwirtschaft, meine Damen und Herren: Die Landwirtschaft hängt momentan in der Luft, weil sie nicht mehr weiß, welche Produktion noch erwünscht ist, weil sie sieht, dass die Fleischpreise wieder in den Keller gehen, Stichwort Schweinepest. Jetzt gibt es auch in Deutschland die ersten Fälle, was dazu führt, dass China keine Schweine aus Deutschland mehr kauft, was in den letzten Jahren unsere Preise sehr gut gestützt hat. Wir sehen, dass der Zuckermarkt zusammenbricht, wir sehen, dass viele weitere Produkte keinen Absatz mehr haben, dass Holz momentan im Wald verfault, anstatt als Energie genutzt zu werden.

(Zuruf)

Man braucht hier gar nicht vom Brennholz zu reden, man kann auch vom Lignin reden als Holzbestandteil, als der künftigen Ausgangssubstanz für viele Produkte, die heute aus Rohöl geschaffen werden. Also, wir sind auch bei diesen Wertschöpfungsketten ganz vorne mit dabei und wollen noch in diesem Jahr eine bayerische Bioökonomiestrategie verkünden. Sie ist schon längst auf den Weg gebracht und wird dann verkündet. Dort definieren wir, an welchen Produktionsstandorten, an welchen Forschungsstandorten wir uns welche Modelle vorstellen können, wie wir diese Dinge auch finanziell zum Laufen bringen wollen. Das sind also viele Projekte, die der Landwirtschaft, der Umwelt und dem Wirtschaftsstandort Bayern nutzen.

Wir sind an allen Themen dran, von der Luft- und Raumfahrt bis zur Bioökonomie, vom Handwerk bis zur Gastronomie und von 5G bis zum Leichtbau. Es gibt kein Thema, das wir in den letzten Wochen nicht intensiv umgedreht hätten mit der Perspektive: Wir können wir den Wirtschaftsstandort stärken, wie können wir Bayerns Arbeitsplätze sichern?

Weil gerade die Oktoberfestzeit ist, will ich es nicht versäumen, nochmal bei den Gastromomen, bei den Kneipenbesitzern, bei all denjenigen anzuhalten und zu sagen: Bitte haltet durch! Wir tun, was wir tun können, um diese Branche zu unterstützen. Wir stellen leider fest, dass es immer noch eine gewisse Unsicherheit auch bei den Besuchern gibt, sie deshalb nicht in Restaurants gehen, obwohl sie wieder dürften. Ich glaube, dass auch die Technik hier neben einem gewissen Grundoptimismus die Lage verbessern wird. Hier sind wir aktuell dabei, alles zu recherchieren, was wir tun können. Das geht von Luftwäschern, von Beschichtungen, von Bestäubungen, Benebelungen und dergleichen mehr, bis zur Option, mit Wasserstoff die Dinge zu benebeln und zu bestäuben und mit Glasschichten zu versehen. Hier gibt es diverse Techniken, um auch in engen Räumen das Thema Aerosole in den Griff zu bekommen. CO₂-Messgeräte geben da vielleicht einen kleinen Hinweis, was jeweils an Atemluft vorhanden ist und ob wieder gelüftet werden muss. Also auch hier wird die Technik vieles lösen, was wir ansonsten so hinnehmen und was im Ungewissen bleibt. Das zeigt, dass wir uns um alle Themen kümmern.

Ich bin überzeugt, dass wir diesen Grundoptimismus haben, dass wir die Lage im Griff haben, dass Bayern wirtschaftlich und finanziell stark genug ist, um die Herausforderungen der nächsten Monate und Jahre durchzustehen. Diesen Grundoptimismus müssen wir auch verbal rüberbringen. Wir sind Gott sei Dank in einer ganz anderen Situation als im Frühjahr, als wir überhaupt nicht wussten, wohin der Hase läuft, wie schlimm die Entwicklung wird. Sie ist weiterhin schlimm genug, wenn wir beispielsweise Schulen schließen müssen.

Aber ich glaube, dass wir jetzt mit kalkuliertem Risiko arbeiten können. Jetzt ist es unsere Aufgabe, der Bevölkerung draußen Mut zu machen und zu sagen: Danke, dass ihr diese schweren Monate durchgestanden habt. – Wir müssen weiterhin mit Vernunft die Themen lösen. Die Themen bewegen sich in der Mitte zwischen einer bewusst in Kauf genommenen Infektionsgefahr auf einer Party am Balkan – einige sind dorthin gefahren, als man zu Hause nicht mehr feiern durfte –, und der Haltung von anderen,

die sich nicht mal mehr in ein Gasthaus zum Essen gehen trauen, obwohl dort jeder mit der Maske hineingeht und mit Abstand sitzt. Zwischen diesen beiden Polen, meine Damen und Herren, werden wir uns noch länger bewegen. Ich bin auch überzeugt, dass es gesellschaftliche Debatten mal in die oder in die andere Richtung gibt. Sie sehen ja, wie schnell die Stimmung kippt. Wenn die Zahlen sinken, sagt jeder, dass das alles nur Humbug gewesen sei, man sich das hätte sparen können. Wenn aber jemand im engeren Familien- oder Bekanntenkreis erkrankt, wenn eine Firma geschlossen wird, dann bekommt man doch Fracksausen und sagt: Lieber doch etwas vorsichtig sein, als nachher auf der Intensivstation zu liegen.

Lassen wir uns nicht täuschen, wenn viele positive Tests scheinbar nicht dazu führen, dass die Krankenhäuser überlaufen. Wir wissen nicht, was die nächsten Monate kommt. Seien wir auf der Hut, seien wir aber nicht ängstlich! Ich glaube, dass wir genau in diesem Spagat in Zukunft Bayern richtig manövrieren, richtig steuern. Dabei stärkt uns den Rücken zu wissen, dass wir gute Leute, eine fleißige Bevölkerung, eine gute Wissenschaft, Krankenschwestern, Ärzte, Polizisten und viele Menschen im öffentlichen Dienst, eine fleißige gut aufgestellte Wirtschaft haben. Wir als Politiker müssen versuchen, ganz gezielt diesen Laden zusammenzuhalten, dieses Bayern in eine Zukunft zu führen, in der wir nicht sagen, "damals ging es uns noch gut." Vielmehr wollen wir in ein, zwei Jahren sagen können: Wir sind wieder in der Vollbeschäftigung. Bayern ist stark wie eh und je. Wir haben die Herausforderungen gemeinsam gemeistert, weil wir die Probleme erkannt haben, weil wir zusammengestanden sind, weil wir uns nicht gegenseitig aufgehetzt haben, sondern weil wir die Herausforderung mit Vernunft und Mut gemeistert haben.

Vielen Dank. Gott schütze Bayern!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Gesamtredezeit der Fraktionen in der sich nun anschließenden Debatte, die ich hiermit eröffne, beträgt

181 Minuten. Als erste Rednerin hat Kollegin Katharina Schulze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Herr Aiwanger, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin stolz auf den Wirtschaftsstandort Bayern. Der sozialen Marktwirtschaft haben wir viel zu verdanken: Innovationen, Unternehmerinnen- und Unternehmertum und Wohlstand.

Damit das in Zukunft so bleibt, müssen wir jetzt unsere Hausaufgaben machen. Hierzu, Herr Aiwanger, habe ich ehrlich gesagt wenig Inspirierendes, Innovatives, Neues oder Visionäres für den Freistaat Bayern gehört.

(Zurufe)

Das ist ein Problem. Denn Sie, Herr Aiwanger, haben ein Amt inne, das sehr wichtig ist. Es braucht Vordenkerinnen und Vordenker, Personen, die verlässlich sind, die den Blick fürs Ganze haben und wissen, dass die Wirtschaft mehr ist als Bierbänke und Blasmusik. Sie führen ein Ministerium, das eine große Verantwortung hat; denn es geht um unzählige Erwerbstätige, Arbeitsplätze, Unternehmen und den künftigen Wohlstand in unserem Land.

Deswegen bin ich und sind wir GRÜNE regelmäßig bei Unternehmerinnen und Unternehmern vor Ort. Erst in den letzten zwei Wochen haben die grüne Landesvorsitzende Eva Lettenbauer und ich unsere grüne "Wirtschaft mit Zukunft"-Tour quer durch Bayern gemacht. Wir haben Dax-Konzerne, Mittelständler und Start-ups besucht. Erneut konnte ich bei diesen Gesprächen feststellen: Die Wirtschaft ist in vielen Bereichen viel weiter als diese Regierung.

In den Gesprächen wurde deutlich, was benötigt wird: eine gute Infrastruktur für eine resiliente Wirtschaft, ein klarer Kurs der ökologischen und digitalen Modernisierung und vor allem verlässliche, planbare und langfristige politische Rahmenbedingungen, auf die sich Unternehmen einstellen können.

Die Herausforderungen sind groß: Digitalisierung, demografischer Wandel, Globalisierung und die Corona-Pandemie. Wäre dies nicht ohnehin schon genug, ist da auch noch die Klimakrise.

Wir stecken mitten in ihr: Es brennt, es stürmt, die Temperaturen steigen, die Wetterextreme nehmen zu; auch hier in Bayern. Aktuelle Analysen des Leipziger Instituts für Energie zeigen, dass im Jahre 2019 der energiebedingte CO₂-Ausstoß je Einwohnerin und Einwohner in Bayern gestiegen ist, während er bundesweit gesunken ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss uns doch alle aufrütteln und uns klarmachen, dass wir nicht mehr viel Zeit haben, das Ruder herumzureißen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2016 hat Deutschland das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet. Mit ihm haben wir uns dazu verpflichtet, bis 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freizusetzen, das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abzukoppeln und niemanden – weder Mensch noch Region – im Stich zu lassen.

Ich übersetze das einmal: Wir müssen spätestens 2050 klimaneutral wirtschaften; jetzt sind wir im Jahr 2020. In dreißig Jahren muss das umgesetzt sein. Das ist eine Riesenaufgabe für den Industriestandort Bayern. Aber sie ist machbar. Vor allem aber ist diese Aufgabe mit einer Chance verbunden: Wir können der Leitmarkt für wettbewerbsfähige und nachhaltige Technologien werden. Dazu müssen wir aber jetzt die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

Dazu braucht es Mut, Entschlossenheit und eine klare Strategie. Dabei ist die Politik gefragt. Dabei sind Sie als Regierung und auch Sie als Wirtschaftsminister gefragt, Herr Aiwanger. Zu diesem Thema habe ich in Ihren fünfzig Minuten Redezeit überhaupt nichts gehört.

(Zuruf)

Aber ich gebe Ihnen gerne ein paar Anregungen mit.

Meine Fraktion hatte in der letzten Woche Herbstklausur. Wir GRÜNE haben dabei den Bavarian Green Deal durchdekliniert. Wir sind überzeugt, dass wir eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft brauchen, um den Wirtschaftsstandort Bayern zu schützen. Mit unserem Bavarian Green Deal wahren wir den Wohlstand, halten die Arbeitsplätze, schaffen neue Arbeitsplätze und schützen darüber hinaus die natürlichen Lebensgrundlagen. Mit unserem Bavarian Green Deal stellt sich Bayern der Verantwortung für eine nachhaltige Wirtschaft.

Ich kann es nicht leiden und ich finde es nicht generationengerecht, beim Klimaschutz immer erst auf die anderen zu schauen. Was machen die? – Die machen auch nichts. Trump ist aus dem Abkommen ausgestiegen; sollten wir irgendetwas tun? – Wir GRÜNE sagen bei diesem Thema ganz klar: Beim Klimaschutz und bei der Transformation der Wirtschaft müssen wir bei uns anfangen! Es bringt nichts, auf andere zu warten oder auf andere zu zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE wollen, dass Bayern die verbindlichen Ziele des Pariser Klimaabkommens einhält und auf dem Weg dorthin kreative Lösungen für die Menschen findet und umsetzt. Bayern kann und muss als finanzstarker Wirtschaftsstandort mehr leisten als andere Regionen. Deshalb müssen wir den wirtschaftlichen Akteuren und den Menschen in Bayern Planungssicherheit geben.

Wie kann die Politik also der Wirtschaft am besten helfen? – Eine Sache ist klar: Die Politik muss die passende Infrastruktur bereitstellen. Hier ist eine bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung entscheidend. Diese kann nur erneuerbar sein! Wir brauchen eine klimafreundliche Energieversorgung durch 100 % erneuerbare Energien spätestens 2030.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In meinen Augen sind Sonne, Wind & Co. die Garanten für regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Wir brauchen einen sofortigen Ausbau der Photovoltaik von insgesamt mindestens 10 Gigawatt pro Jahr. Hierfür wollen wir GRÜNE die Umlagen und Abgaben für kleine Dachanlagen bis 30 Kilowatt abschaffen und die Flächenrestriktion deutlich begrenzen.

Lassen Sie mich aber auch klar sagen: Mit Sonne allein schaffen wir die Energiewende noch nicht. Als Sie, Herr Aiwanger, vorhin hier standen und tatsächlich sagten, wir sollten in diesem Land vielleicht ein bisschen mehr Windkraft haben, musste ich schon sehr schmunzeln. Wer regiert in Bayern? Wer kann das Windkraftverhinderungsgesetz abschaffen? – Das können Sie!

Sorgen Sie dafür, dass das Windkraftverhinderungsgesetz abgeschafft wird, Windräder gebaut und eben nicht rückgebaut werden, wie dies vor der Sommerpause im Bayerischen Landtag passiert ist. Damals hat der Wirtschaftsausschuss unserem Vorschlag nicht zugestimmt und ist Ihrem Vorschlag nachgegangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir über 100 % erneuerbare Energien reden, dann müssen wir auch über Stromtrassen von Nord nach Süd sprechen. Hierbei sind Sie, Herr Aiwanger, das beste Gegenbeispiel für Planungssicherheit. Im Bierzelt reden Sie gegen die Stromtrassen, im Kabinett sind Sie dann auf einmal wieder dafür. Das ist das Gegenteil von Planungssicherheit. Das ist maximale Verunsicherung für Investoren und Unternehmen! Ich bitte Sie, das abzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir über die Infrastruktur der Zukunft sprechen, dann müssen wir uns um den digitalen Ausbau kümmern; angefangen vom Glasfaseranschluss in jedem Haus bis hin zu flächendeckendem Mobilfunk. Schauen Sie sich einmal die Zahlen an! Bei der

4G-Versorgung in der Fläche liegt Deutschland hinter Frankreich, Albanien und den Niederlanden auf dem drittletzten Platz.

Bei Besuchen von Start-ups im ländlichen Raum wird mir erzählt, dass diese manchmal Daten auf einem USB-Stick speichern und diesen in einem Briefumschlag an den Kunden schicken, weil die Breitbandversorgung so schlecht ist. Das ist einfach nur peinlich und des Wirtschaftsstandorts Bayern nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist übrigens nicht nur ein Beschleuniger der Digitalisierung, sondern auch ein Konjunkturimpuls für unser Handwerk und die Baubranche. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen kann ein wirksamer Preis auf CO₂-Emissionen, der kontinuierlich und planbar steigt, nicht fehlen. Das wollen übrigens auch immer mehr Teile der Industrie und der Unternehmen, die sich nach nichts mehr als nach Planungssicherheit sehnen.

(Zuruf)

Klimaschädliches Wirtschaften wird sich dann eben nicht mehr lohnen. Der Markt bringt die besten Innovationen, aber auch nur, wenn Preise die ökologische Wahrheit sagen; entweder "Öko by Design" oder "Öko by Disaster". Ich bin für Ersteres. Ich bin mir aber nicht sicher, wofür Sie sind, Herr Aiwanger.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Zum Klimaschutz gehört auch das Thema Mobilität. Gerade beim Thema Mobilität erleben wir immer wieder einen typischen "Söder": Vor zehn Jahren hat er das Aus für Verbrennermotoren gefordert, war damit bundesweit in der Presse, und kurz danach lobbyiert er im Kanzleramt wieder für die Verbrennerprämie. Kolleginnen und Kollegen, das ist einfach absolut absurd. Ich möchte, wir GRÜNE möchten, dass die Mobilität der Zukunft aus Bayern kommt. Das schaffen wir aber nicht, wenn Herr Aiwanger und Herr Söder sich für eine Kaufprämie für den Verbrenner einsetzen. Schon Friedrich

Schiller wusste: Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit. – Ich bitte Sie deshalb, jetzt endlich Ihre ideologischen Scheuklappen abzusetzen und die Fakten anzuerkennen. Das ifo-Institut äußert sich bezüglich einer Kaufprämie nicht zuversichtlich. 63 % der Befragten im Deutschlandtrend sprechen sich gegen eine Kaufprämie für den Verbrenner aus. Vor allem aber ist die internationale Konkurrenz schon längst woanders und setzt auf andere Antriebstechnologien. In Norwegen, in Großbritannien, in Frankreich und in den Niederlanden ist der Verbrenner mittelfristig Geschichte. Sie aber wollen den Verbrenner weiter subventionieren. Sorry, so geht die Transformation der Mobilität nicht. So geht nicht die Unterstützung der Automobilindustrie. So geht auch nicht das Halten der Arbeitsplätze.

Vielmehr müssen auch in diesem Bereich die passenden Rahmenbedingungen gesetzt werden. Ein Aspekt dabei ist, dass Bayern – und dafür sind wir zuständig – ein Programm für eine E-Ladesäuleninfrastruktur auflegt. Im ländlichen Raum muss mindestens alle 10 Kilometer eine Ladesäule und alle 20 Kilometer eine Schnelladesäule vorhanden sein. In Baden-Württemberg wurde das innerhalb von 18 Monaten hochgezogen. In Bayern ist das noch immer nicht der Fall. Wenn wir aber wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger mit E-Autos fahren, mit sauberen Autos, dann müssen sie in ganz Bayern die Option haben, sauberen Strom zu tanken. Nun kommen wir wieder an den Punkt: Wir brauchen 100 % erneuerbare Energien und eine ausreichende Ladesäuleninfrastruktur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen Investitionen in die Zukunft des Fahrens. Ich denke da an die Forschung, an die Entwicklung für Batteriezellen, an grünen Wasserstoff, autonomes Fahren und intelligente datengetriebene Sharing-Konzepte. Da spielt die Musik, Herr Aiwanger. Mobilität ist mehr, als nur an das Auto zu denken. Es geht vielmehr darum, vernetzte Mobilitätsangebote zu schaffen. Wir haben die klügsten Köpfe in diesem Land, die das tun können, aber sie brauchen die Unterstützung, die Rahmenbedingungen und die Rückendeckung durch die Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN wollen deshalb einen ökologischen Transformationsfonds von 300 Millionen Euro für die Betriebe in der zweiten und dritten Reihe, die künftig ihren Standort in Bayern haben werden und Geschäftsfelder abseits der Fahrzeugindustrie etablieren. Dann muss es natürlich auch gezielt um die Qualifizierung und die Weiterbildung von Menschen in den Automobil- und den Automobilzulieferbetrieben gehen.

Kolleginnen und Kollegen, uns GRÜNEN ist es dabei ganz wichtig, dass es bei der sozial-ökologischen Transformation nicht nur um das Ökologische geht, sondern auch um das Soziale. Es geht auch um die Menschen. Ohne die Menschen werden wir, die Politik, nämlich den Umbau nicht schaffen. Ich weiß, dass unglaublich viele Veränderungen auf uns zukommen. Die jetzt Zehnjährige wird vielleicht einmal einen Beruf haben, von dem wir alle noch gar nicht wissen, dass es diesen Beruf eines Tages geben wird. Der jetzt Vierzigjährige wird sich noch ein paar Mal in seiner beruflichen Karriere weiterbilden und weiter qualifizieren müssen. Das macht natürlich auch irgendwie Angst, weil es neue Sachen sind, weil sich alles verändert. Gleichzeitig ist das aber doch auch eine Chance auf Neues und auf das buchstäbliche lebenslange Lernen. Ich glaube, diese Angst, diese Sorge müssen wir, die Politik, der Bayerische Landtag, den Menschen nehmen, indem wir zum Beispiel endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer in Bayern einführen. Das Recht auf Weiterbildung muss gesetzlich verankert sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN legen einen starken Fokus auf Kindergarten, Schule, Berufsschule, duale Ausbildung, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Universitäten. Gute Bildung ist entscheidend für den Wirtschaftsstandort Bayern. Unser Bildungssystem muss sozial gerechter und gleichzeitig leistungsorientierter werden. Das geht von der passenden Ausstattung der Einrichtung – auch hier wieder das Stichwort Digitalisierung – bis hin zum besten Personal und dessen gute Bezahlung. Außerdem müs-

sen wir auch an die Unterrichtsinhalte ran. Teamfähigkeit, vernetztes Denken, kritisches Denken, Medienkompetenz, Digitalisierung, das sind die Kompetenzen, die in Zukunft noch viel stärker benötigt werden. Dafür muss der Grundstein hier, in der bayerischen Bildungspolitik gelegt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese staatlichen Investitionen in die Bildung sind Investitionen in unsere Zukunft mit hoher Rendite und der Chance auf gerechte Teilhabe für die Arbeitsplätze von morgen. Wenn wir über Teilhabe reden, dann müssen wir auch über die Teilhabe von Frauen sprechen. Es kann nicht sein, dass Frauen noch immer nicht das gleiche Geld für gleichwertige Arbeit bekommen, dass die Chefs- und Chefinnenposten noch immer ungerecht verteilt sind. Das heißt, die Themen "Führen in Teilzeit", "New Work", "digitales Arbeiten" und "gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" gehören auch zu einer Wirtschaftspolitik. Zum Thema Gründungen wird Stephanie Schuhknecht später noch etwas sagen. Sie sprechen vom Gründungsland Bayern; aber schauen Sie sich einmal die Zahlen an! Wir haben nur 16 % Gründerinnen in Bayern, obwohl Frauen nachweislich nachhaltiger gründen. Wo sind also die Unterstützungs-, die Beratungsangebote in jedem Bezirk, damit wir vom Gründerland zum Gründerinnen- und Gründerland werden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir über dieses Thema reden, dann ist klar: In der gesamten Gesellschaft muss sich auch einiges bei der Kinderbetreuung verändern. Sie muss flächendeckend und qualitativ hochwertig sein. Die Erzieherinnen und Erzieher müssen dann natürlich auch besser bezahlt werden.

Wenn ich schon beim Thema systemrelevante Berufe bin: In Bayern arbeiten 730.000 Menschen im Gesundheits- und Sozialwesen. Ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn sich diese aus CSU und FREIEN WÄHLERN bestehende Regierung mit der gleichen Verve und Hingabe für eine bessere Bezahlung und für faire Arbeitsbe-

dingungen in diesen Berufsgruppen einsetzen würde, wie sie sich für die Fahrzeugindustrie engagiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

All das, was ich gerade aufgezählt habe, ist auch eine stark wirtschaftliche Frage. Für uns GRÜNE geht es nicht nur um Finanzkapital, sondern auch um Humankapital, um kulturelles und soziales Kapital; denn auch das macht den Wirtschaftsstandort Bayern aus. Da müssen wir aber noch kräftig investieren. Das gilt nicht trotz Corona, sondern gerade auch wegen Corona. Neben den vielen kurzfristigen Maßnahmen, die zur Unterstützung der Wirtschaft getroffen wurden und werden – vieles davon tragen wir GRÜNE mit, das haben Sie erwähnt –, darf das längerfristige, das langfristige Ziel der bayerischen Wirtschaftspolitik aber nicht aus den Augen verloren werden.

Lieber Herr Aiwanger, seit Beginn der Legislaturperiode frage ich mich allerdings schon, was eigentlich Ihr Ziel als Wirtschaftsminister ist. Zu sagen, was der Bund tun soll, das ist das eine. Das haben Sie gerade in 50 Minuten schön ausgeführt. Wo aber ist Ihre Idee, wie die bayerische Wirtschaftspolitik aussehen soll,

(Zuruf)

damit wir hier auch noch in 20 und in 30 Jahren Wohlstand, Arbeitsplätze und einen starken Wirtschaftsstandort haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

In den letzten Wochen und Monaten habe ich Ihre Arbeit im Bereich Corona genauer angeschaut. Dabei ist mir vor allem aufgefallen, dass Sie einen hohen Aktionismus haben und interessante Reden über sechs bis acht Kumpel auf Bierbänken halten. Ein paar Wirtschaftsbereiche haben Sie aber einfach nicht im Blick, oder Sie haben sie viel zu spät in den Blick genommen. Das fängt an bei den "Gästeführer*innen", den "Bergführer*innen" und den Reisebüros und geht über die Künstlerinnen und Künstler,

die Kreativwirtschaft, die Veranstaltungsbranche, die "Tontechniker*innen" und die "Lichttechniker*innen" bis hin zu den unglaublich vielen Solo-Selbstständigen.

(Zuruf)

Es gibt viele Solo-Selbstständige und Künstlerinnen und Künstler, die uns ökonomisch, aber auch kulturell bereichern. Die machen aber gerade verdammt schwere Zeiten durch.

(Zuruf)

– Die machen gerade verdammt schwere Zeiten durch, weil Sie, die Regierung, das Thema Kunst, Kultur und Solo-Selbstständige noch nicht einmal in den Mund genommen haben. Dann haben Sie ein Programm aufgesetzt, das Ende des Monats ausläuft. Bislang ist es unklar, wie es weitergeht. Unser grüner Vorschlag ist bereits seit Anfang der Pandemie: Wir brauchen, analog zu Baden-Württemberg, einen Unternehmerlohn von 1.180 Euro endlich auch für Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind überzeugt, dass das nicht zu viel verlangt ist angesichts des laufenden Betriebs und der weiter bestehenden Einschränkungen vor allem bei Veranstaltungen für Solo-Selbstständige und Kleinst- bzw. Kleinunternehmerinnen und -unternehmer. Sie können hier gerne einen Schritt nach vorne machen. Das würden wir sehr begrüßen. Meine Kollegin Susanne Kurz hat dazu schon viele Anträge eingebracht. Ich würde mich freuen, wenn die Herrschaften von CSU und FREIEN WÄHLERN da auch einmal mitstimmen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, wir haben kein Erkenntnisproblem. Wir haben vielmehr ein Umsetzungsproblem. Die Fakten zeigen uns doch, was wir tun müssen, um Bayerns Wirtschaft und den Wohlstand zu bewahren und gleichzeitig die natürli-

chen Lebensgrundlagen zu schützen. Wir haben in Bayern die nötigen Technologien, die Möglichkeiten und das Wissen. Wir haben kluge Köpfe, engagierte Bürgerinnen und Bürger, Forscherinnen und Forscher, Ingenieurinnen und Ingenieure und Unternehmerinnen und Unternehmer, die die ökologische Modernisierung quer durch alle Branchen ins Ziel bringen können. Damit die das auch tun können, muss die Regierung aber ihren Teil dazu beitragen. Die Regierung muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen, die passende Infrastruktur aufsetzen und vor allem Verlässlichkeit und Planbarkeit garantieren. Das bedeutet eben, dass man sich auch mal gegen den Wind stellt.

Ich muss noch einmal zum Thema Windkraft kommen. Herr Aiwanger, Sie haben gesagt, es sei schade, dass es bei einigen Bürgern das Not-in-my-backyard-Syndrom gibt; sie wollen das Windrad nicht, wenn es bei ihnen vor Ort aufgestellt werden soll. – Ich erwarte von einem Wirtschaftsminister, dass der dann dort hingehet und dafür kämpft, dass das Windrad dort aufgestellt wird. Sie als Wirtschaftsminister müssen doch ein Interesse daran haben, dass wir für unsere Wirtschaft und für den Klimaschutz 100 % erneuerbare Energien bekommen. Ich würde mir wünschen, dass Sie sich in Zukunft entsprechend verhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen heute deutlich gemacht, wie unser Bavarian Green Deal aussieht. Ich würde mich darüber freuen – Sie können das gerne tun –, wenn Sie sich unserer Ideen und Vorschläge annehmen und diese umsetzen würden. Oder Sie könnten einfach unseren Anträgen zustimmen; damit haben wir überhaupt kein Problem; denn uns als GRÜNE eint die Überzeugung, dass wir hier eine große Verantwortung haben. Wir haben eine Verantwortung nicht nur für uns, sondern auch für die Kinder und Enkel und die nachfolgenden Generationen. Wir haben die Verantwortung, Arbeitsplätze zu erhalten, neue Arbeitsplätze zu schaffen, Bayerns Wohlstand in Zeiten von Klimakrise, Globalisierung und einer globalen Pandemie zu erhalten. Angesichts dieser Dinge müssen wir einiges ändern.

Ehrlich gesagt bin ich dabei sehr optimistisch. Ich bin davon überzeugt, dass wir als Freistaat Bayern das im Kreuz haben. Jetzt brauchen wir nur noch eine Regierung, die die sozial-ökologische Transformation voranbringt, und dann wäre es doch gelacht, wenn wir als Freistaat Bayern das nicht schaffen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Frau Abgeordnete Schulze. – Als nächster Redner hat der Herr Abgeordnete Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion das Wort. Herr Abgeordneter Kirchner, ich darf Sie ans Rednerpult bitten.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie schon richtig festgestellt wurde, hält Corona die Welt seit über sechs Monaten in Atem. Wir erleben schreckliche Szenarien und sehen Bilder, die wir alle nicht sehen wollten. Wir sind natürlich mit Problemen gesundheitlicher, aber ganz besonders auch mit Problemen wirtschaftlicher Art konfrontiert. Viele Länder dieser Welt erleben gerade eine nie dagewesene Rezession, die sich schrecklich auf die Arbeitsmarktsituation auswirkt, die schreckliche Auswirkungen auf Volkswirtschaft und Weltwirtschaft hat.

Auch wir haben mit Schmerzen festgestellt, welche Abhängigkeit gerade bei Importen besteht. Hier geht es um wichtige Dinge der Daseinsvorsorge, das betrifft die Wirtschaft bei Lieferketten und darüber hinaus. Für uns ist auch erschreckend zu sehen, wie abhängig gerade wir als Exportland Bayern von den globalen Märkten sind. Es ist erschreckend, dass diese Märkte einfach über Nacht weggebrochen sind und für uns vielleicht nie mehr wieder, weil sie sich nicht mehr erholen und sich die Welt verändert, verfügbar sein werden.

Die bayerische Wirtschaft ist in nahezu allen Bereichen direkt oder indirekt betroffen. Viele Unternehmen haben unglaubliche Umsatzeinbußen hinnehmen müssen und haben nach wie vor Liquiditätsprobleme. Sie wissen nicht, wie sie die nächste Zeit meistern und ihre Zukunft gestalten können.

Minister Aiwanger hat vorhin einige Beispiele dafür genannt, wie die Branchen eingebrochen sind und wie sich die Situation momentan darstellt. Natürlich haben der Bund und der Freistaat Bayern ad hoc und sehr spontan mit verschiedenen Programmen reagiert, um Liquidität für die vielen bayerischen Unternehmen zu sichern. Eins ist aber klar: Das hat bislang sehr viel Geld gekostet und wird uns zukünftig noch sehr viel Geld kosten. Schon jetzt ist absehbar, dass wir in unseren Haushalten deutliche Steuereinträge zu verzeichnen haben werden. Wir müssen uns also Gedanken darüber machen, wie wir die Dinge finanzieren.

Für uns ist es deshalb ganz wichtig, dass die Situation umgekehrt wird und die Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt. Natürlich muss es mit allen Mitteln – mit Händen und Ellenbogen – vermieden werden, dass es noch einmal zu einer Lockdown-Situation bei uns oder irgendwo in der Welt kommt. Das ist die oberste Aufgabe.

Ganz wichtig ist es aber auch, die Nachfrage zu stärken. Wir als öffentliche Hand, als Freistaat Bayern und als Bund können hier natürlich einen erheblichen Beitrag leisten, indem wir von den geplanten Investitionen nicht abrücken, diese vielleicht sogar vorziehen und entsprechende Infrastrukturprojekte und andere Projekte umsetzen. Der Freistaat Bayern hat die Kommunen auch da mit einem Betrag von mehr als zwei Milliarden Euro unterstützt, der Bund mit knapp zwei Milliarden Euro. Auf diese Weise sollen auch die Kommunen ihre entsprechenden Ziele weiterverfolgen und umsetzen können.

Es sind auch andere Maßnahmen genannt worden: Bei Flottenerneuerungen von Nutzfahrzeugen muss endlich mal ein Impuls kommen. Es ist auch für die Umwelt gut, wenn dort neue Technologien eingesetzt werden. Es geht auch um Impulse für die Luft- und Raumfahrtindustrie. Dort tun uns vielleicht Programme zu Flottenerneuerungen, aber auch die Entwicklung von innovativen, alternativen Antrieben sehr gut.

Ein Punkt, den unser Minister Aiwanger und auch die Vorrednerin Frau Schulze angesprochen hat: die Automobilindustrie. Ich bin sehr wohl der Meinung, dass da Impulse gegeben werden müssen.

Frau Schulze, erlauben Sie mir, weil Sie die Vorlage dazu gegeben haben, dass ich vom Thema abschweife. Sie müssen mal damit aufhören, einen Fehler, den Sie einmal gemacht haben, noch ein zweites Mal zu machen. Sie stellen sich hier hin und sagen, die deutschen, die bayerischen Automobilbauer seien nicht in der Lage, Elektroautos zu bauen, weil uns andere schon wieder weit voraus seien. – Ich würde eher behaupten, dass die deutschen und bayerischen Automobilbauer in der Lage sind, jegliche Mobilitätstechnologie eins zu eins und so umzusetzen, dass wir führend sind. Wenn dann einer ein Elektroauto braucht, dann kauft er eben ein bayerisches Elektroauto. Wenn einer ein Wasserstoffauto will, dann kann er sich ein bayerisches kaufen. Und wenn er einen verbrauchsarmen Verbrennungsmotor möchte, dann kann er sich einen bayerischen kaufen; dann gibt es auch hierfür eine Lösung. Sie müssen endlich einmal anfangen, technologieoffen zu denken, dann haben Sie auch die Chance, bayerische Wirtschaft zu denken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie stellen sich hierher und sagen, Sie wollten Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze schaffen. Das ist genau der Punkt. Wir sprechen von einer Rezession und einer schwierigen Wirtschaftssituation jetzt. Es ist deshalb genau richtig, in einer Branche, die sowieso schon gebeutelt und für uns elementar ist, Impulse jetzt zu setzen. In Bayern allein sind – direkt und indirekt – über 500.000 Arbeitsplätze betroffen, deutschlandweit über zwei Millionen bis hin zu zweieinhalb Millionen. Wir stellen fest, dass die bisherigen Impulse in Richtung einer engstirnigen und ideologisch geprägten Technologie und Sichtweise keinen Erfolg bringen. Ich nehme Sie gerne an die Hand und fahre mit Ihnen vor das Werk von Audi, von Conti und von Schaeffler. Ich versuche mit Ihnen zusammen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ihren Arbeitsplatz verlieren werden – diese Branche wird sich nicht erholen – zu vermitteln, warum wir

als Politik gesagt haben: Was interessiert uns das! Die Zukunft ist vielleicht eine andere. – Ich nehme Sie mit.

Dann nehme ich Sie weiter mit; denn die Automobilbranche besteht nicht nur aus Audi und BMW. Die Automobilindustrie besteht auch aus der Zulieferindustrie. Die Zulieferindustrie besteht aus jenen Unternehmen, die den ländlichen Raum stützen. Dem sind viele Handwerksbetriebe nachgelagert, der Einzelhandel, der Bäcker etc. Damit ist also wirklich Wirtschaftskraft verbunden. – Mit Ihrem Grinsen sagen Sie bloß, dass Ihnen das alles an der Hose vorbeigeht, weil es für Sie keine Bedeutung hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein anderer Punkt ist schon angesprochen worden: die Eigenkapitalisierung von Unternehmen. Wir stellen fest, dass es viele Programme gibt, viele dieser Programme aber auf größere Unternehmen zugeschnitten sind. Vielleicht besteht auch aufgrund der EU-Förderkriterien keine Möglichkeit, entsprechenden Zugriff zu bekommen. Ein Großteil der bayerischen mittelständischen Unternehmen hat Probleme, Finanzierungen und Kapitalisierungen in den Programmen geltend zu machen. Da besteht unsere Pflicht darin nachzubessern. Vielleicht müssen wir eine Ausweitung und Verbesserung des Verlustrücktrags hinbekommen. Wir müssen die praxisnahe Ausgestaltung der EU-Förderdefinitionen sicherstellen: Was ist überhaupt ein Unternehmen in Schwierigkeit? Ist der Zeitraum, innerhalb dessen das Unternehmen eine Schwierigkeit haben muss, richtig festgelegt? – Hier gibt es noch sehr viele Unschärfen. Die Abrufzahlen der Programme zeigen, dass nachgebessert werden muss.

Die Unterstützung bei Eigenkapitalisierung ist etwas ganz, ganz Einfaches. Sie ist nicht wild oder willkürlich, sondern betrifft genau die Unternehmen, die Steuern bezahlen. Man muss ihnen dort entgegenkommen. Wenn die Unternehmen Fahrt aufnehmen, kann man die Ausgaben bzw. die entsprechenden Aufwendungen über die Steuer zurückbekommen. Da muss unbedingt nachgebessert werden.

Aber COVID-19 ist nicht nur destruktiv oder vernichtend, sondern es bietet vielleicht auch Chancen für Strukturwandel – oder Transformation, wie wir gerne auch sagen. Der Herr Minister hat es angesprochen: Die Staatsregierung war da ihrer Zeit schon voraus mit der Hightech Agenda, jetzt nachgeschärft mit der Hightech Agenda Plus, um die Themen zu beschleunigen, um neue Märkte mit künstlicher Intelligenz, mit Supertechnologie wie Quantencomputing, additiver Fertigung, Robotik oder auch der Wasserstoffinitiative zu generieren. Das bedeutet neues Know-how, neue Produkte und damit neue Märkte und neue Wirtschaftskraft.

Richtig ist aber auch, dass wir über wettbewerbsfähige Standortfaktoren sprechen müssen. Das haben wir hier an dieser Stelle als CSU-Fraktion bislang unermüdlich getan. Das werden wir auch heute wieder tun. Es geht darum, dass man den Unternehmen das Geld und die Möglichkeit gibt, sich im internationalen Wettbewerb neu aufzustellen und dabei sein zu können. Dabei geht es um die Senkung der Unternehmensteuern auf ein Niveau von mindestens 25 %, die komplette Abschaffung des Soli, und zwar sofort, aber auch um flexible Arbeitszeiten, um den Herausforderungen begegnen zu können. Diese Punkte hängen tatsächlich in Berlin. Dort ist die Einsicht vielleicht noch nicht ganz gegeben. Ich verstehe aber nicht, warum. Es ist schon ein bisschen engstirnig oder beschränkt. Diese Möglichkeiten, eine ganz breite Palette, schaffen Liquidität für die Unternehmen, sie schaffen damit Wachstum für die Wirtschaft, und damit generieren sie am Ende des Tages auch Steuereinnahmen. Man könnte also sagen: Für einen Staat ist das eine Win-win-win-Situation.

Kommen wir zu den Energiekosten oder zur Energiesituation. Heute liest man in einer Zeitung die Schlagzeile, dass wir nicht nur die teuersten Strompreise in Europa, sondern die teuersten Strompreise weltweit haben. Wir liegen bei den Strompreisen 163 % über dem weltweiten Durchschnitt. In Deutschland kostet die Kilowattstunde im Durchschnitt 32,10 Cent, im weltweiten Durchschnitt 12,22 Cent. Das ist irre, wie wir uns hier als Wirtschaftsstandort aufstellen. Darüber gehört nachgedacht, und es gehört dringend und ganz schnell geändert.

Wenn wir über Industriestrompreise sprechen, kommen immer diese Killer-Phrasen: die EU-Beihilferechtssituation! – In Frankreich gibt es einen Industriestrompreis. Warum soll es dann nicht möglich sein, auch auf der europäischen Ebene einen Industriestrompreis einzuführen? Wenn dann die Killer-Phrase kommt – Frau Schulze –, das sei alles böse, wenn die energieintensive Industrie in Bayern Strom benötigt, ist das zu kurz gedacht. Ein bayerisches Unternehmen in Bayern ist bei den Emissionen in Bayern wesentlich günstiger zu betrachten; in China oder sonst wo hätte es vielleicht den vierfachen CO₂-Ausstoß.

Sie haben vorhin über die Energiewende gesprochen, Frau Schulze. – Bitte zuhören! – Sie sprechen über Photovoltaikflächen, die ausgerollt werden sollen. Richtig! Aber wenn Sie über die Fläche in Bayern sprechen, dann müssen Sie sich auch einmal Gedanken darüber machen, ob Sie nicht doch irgendwann einmal vernünftig darüber diskutieren wollen; denn all das, was Sie fordern, benötigt natürlich auch Fläche. Das steht im Widerspruch zu anderen Ihrer Forderungen. Wenn Sie bei der Energiewende über 100 % erneuerbarer Energien sprechen, dann gaukeln Sie den Menschen etwas vor. Eine Energieautarkie wird es in der Form in Bayern gar nicht geben können.

(Zurufe der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Ich empfehle Ihnen, mich einmal zu begleiten. Ich war vor Kurzem bei Thyssen in Duisburg.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Hören Sie mal zu! – Dort wollen sie im Stahlwerk Kohle durch Wasserstoff substituieren. Das ist eine sehr gute Idee. Man muss sich aber vor Augen halten, wie viele Offshore-Windkraftanlagen für diese Substitution nötig wären, nämlich über 3.000. Sie sagen hier mit großer Leichtigkeit, das würden wir alles irgendwie mit Photovoltaik machen. Sie müssen den Menschen schon sagen, dass zwischen der Stromerzeugung, der Primärenergie und den Dingen, die wir substituieren wollen, unterschieden werden muss. Erzählen Sie den Leuten also nicht solche Märchen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Digitalisierung ist für unsere weitere Zukunft sehr wichtig. Der Freistaat Bayern ist da schon in die Bresche gesprungen: Ausbau der Glasfaserinfrastruktur mit 1,4 Milliarden Euro, jetzt der nächste Step, die Gigabit-Offensive.

Vorhin wurde zu Recht der Mobilfunk angesprochen. Da sind wir alle unzufrieden. Deswegen hat der Freistaat Bayern versucht, im Rahmen seiner Kompetenzen zu reagieren, und hat sein Mobilfunk-Förderprogramm auf den Tisch gelegt. Wir stellen aber fest, dass wir in vielen Bereichen noch über 4G diskutieren, obwohl 5G schon ausgerollt wird und die nächste Generation, 6G, schon in der Diskussion steht. Man muss hier darauf sehen – wir haben hier Anträge für die Bundesebene gestellt –, dass die Anbieter, aber auch der Bund, Möglichkeiten finden, um diese Infrastruktur bereitzustellen.

In einem anderen Kontext sind vorhin die Nano-Satelliten genannt worden, Herr Minister. Wir haben da tolle Akteure, in München, aber auch bei mir in Unterfranken, in Würzburg. Vielleicht sollte man darüber nachzudenken, ob man diese Nano-Satellitentechnologie, die wir haben, sehr schnell auch für die Telekommunikation einsetzen kann.

Ich bekomme viele Briefe im Zusammenhang mit 5G oder weil vor Ort Infrastruktur nicht hergestellt wird. Meistens kämpft ein Kollege von Ihnen, egal von welcher kommunalpolitischen Ebene, dort an vorderster Front dagegen. Wenn Sie also zu Recht den Finger in die Wunde legen, dann müssen Sie aber auch so ehrlich sein zuzugeben, dass Sie als Grüne an verschiedenen Stellen sehr viel dazu beitragen, dass wir diese Infrastruktur nicht haben.

Ganz wichtig ist auch, dass wir die Unternehmen in der Transformation unterstützen. Der Digitalbonus war ein toller Ansatz, um Handwerksbetriebe, mittelständische Unternehmen, bei ihrer Prozess- und Produktionskette zu unterstützen. Aber ich bin der

Meinung, dass das der erste Impuls war und wir dringend darüber nachdenken müssen, wie wir weitere Impulse geben können.

Start-ups wurden vorhin angesprochen. Start-ups sind aus meiner Sicht ein Riesenz Potenzial, gerade für unsere innovative und erfolgreiche Gründerszene. Ich bin der Meinung, dass wir international sehr wettbewerbsfähig sind. Bisher konnten schon sehr viele Arbeitsplätze generiert werden. Aber wir in Bayern wollen hier noch besser werden. Wir haben die kreativsten Köpfe in Bayern; die wollen wir halten. Wir wollen aber noch andere kreative Köpfe nach Bayern holen und das Ganze ausbauen.

Vorhin wurde schon angesprochen: Für den Start-up-Fonds steht mit 250 Millionen Euro nicht nur unheimlich viel Kapital zur Verfügung, sondern nach den Kriterien ist es auch möglich, dass ein einzelnes Unternehmen, wenn es passt, davon bis zu 25 Millionen Euro abrufen kann, um die Big Points abzubilden zu können und nach vorne zu kommen. Unser eigentlicher Knackpunkt ist die zweite Finanzierungsphase; sie ist von enormer Bedeutung. Wir stellen fest, dass viel Know-how, das hier in Bayern generiert wurde, aufgrund fehlender Finanzierung abwandert, zum Beispiel in die USA oder anderswohin. Der Minister hat aufgezeigt: Wir müssen in Dialog mit unserer Wirtschaft sein und sagen: Das sind Investitionen, die ihr nicht in den USA tätigen müsst, die ihr hier vor Ort bei uns tätigen könnt, um das Unternehmen zu halten, aber eben vielleicht auf der staatlichen Ebene, dass man mit dem BayernFonds die Eigenkapitalbasis schaffen und verbessern kann.

Natürlich geht es auch um die Abschaffung von Bürokratie und die Befreiung von Start-ups von Bürokratie. Es kann doch nicht sein, dass das Ganze scheitert, weil man über das Steuerrecht stolpert und sich vielleicht das Genick bricht oder vielleicht wegen der Statistik oder Dokumentationspflicht so in die Ecke gedrängt wird, dass man nichts anderes mehr tun kann und entsprechend das Papier befriedigt. Im ersten Jahr einer Unternehmensgründung sind tolle Ideen im Kopf – ich sage mal: Flausen.

Wichtig ist auch, dass wir die Mitarbeiterbeteiligung als Gehaltskomponente neu überdenken. Gerade am Anfang kann sehr viel geleistet werden, ohne dass direkt Cash fließt. Natürlich wird auch die Recruiting-Geschichte damit viel besser abgeleitet.

Herr Staatsminister, wenn Sie die Start-up-Szene in Bayern highlighten wollen, hätte ich spontan diesen Vorschlag: Machen wir doch jeden Monat oder jedes Quartal die Top Ten der bayerischen Start-ups auf, damit sich auch mal die Namen einprägen und aufgezeigt wird, was wir hier für eine Szene haben.

Das Fazit ist: Wir haben eine erste und Gott sei Dank positive konjunkturelle Entwicklung. In vielen Bereichen – das zeigen auch die vielen Wirtschaftsverbände – werden positive Stimmungen abgegriffen. Wir müssen ganz besonders die Liquidität von Unternehmen sichern, dann die Nachfrage steigern, Standortbedingungen wettbewerbsfähig machen, innovative Schritte einleiten, Stichworte Hightech Agenda und Hightech Agenda Plus, die Digitalisierung voranbringen, Klima und Umweltschutz in Balance bringen und die Start-ups in Bayern sichern.

Die Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Ich meine, wenn wir nicht so herumgeifern und uns gegenseitig hochziehen, sondern als Bayerischer Landtag an einem Strang ziehen, dann gelingt es uns auch, diese Themen voranzubringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Kirchner. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Überschrift "Wirtschaftsstandort Bayern – Herausforderungen meistern" und den Ausführungen dazu muss ich erst einmal tief Luft holen.

Liebe Staatsregierung, es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet Sie, die Hauptverursacher dieser Misere, nun die Erlöser in der Krise sein wollen. Sie klingen wie der Wolf unter den Schafen, der verspricht, sich dem Schutz der Herde zu widmen.

Sie hatten vor etwa zwei Jahren ein intaktes Bayern übernommen. Schauen wir jetzt auf unseren Freistaat: Man möchte nur noch den Kopf schütteln und sich abwenden, so wie sich auch Ministerpräsident Dr. Söder von uns abgewandt hat in der ersten Sitzung des Bayerischen Landtags nach über zwei Monaten. Wir sind alle in einer tiefen Krise, und er hört sich nicht einmal die Worte seiner eigenen Regierung, seiner eigenen Opposition an. Ist dieser Mann kritikfähig? Ist dieser Mann fähig, uns durch so eine Krise zu führen? Ist dieser Mann fähig, eine Kurskorrektur einzuleiten? Wir als Opposition werden uns nicht abwenden; denn wir legen den Finger in die Wunde und decken Ihre Fehler schonungslos auf.

Herr Minister Aiwanger, den größten grundlegenden Fehler haben Sie eben selber offenbart, indem Sie hier gesagt haben – Originalzitat –: Die Technik wird die Probleme lösen. – Nein, falsch; denn Sie sind dafür da, die Probleme zu lösen. Die Technik allein hat noch nie irgendein Problem gelöst.

Bevor Sie hier widersprechen: Nein, die Probleme haben nicht erst mit Corona begonnen. Es ging im Freistaat nicht erst mit Corona bergab. Das war schon davor der Fall. Corona ist Ihnen lediglich eine sehr willkommene Ausrede.

Seit einiger Zeit findet gegen unsere Wirtschaft, gegen unsere Kultur und gegen unsere Gesellschaft ein ideologischer Feldzug statt. Sie selbst reden offen von "Transformation der Wirtschaft". Ich frage Sie, Herr abwesender Dr. Söder: Bedeutet "transformieren" für Sie "zerstören"? Herr Aiwanger, was Sie hier tun, ist keineswegs eine Transformation, sondern ein Niederreißen von Bewährtem. Das Schlimme daran ist: Sie zerstören Altes, bevor Sie Neues geschaffen haben.

In den letzten Wochen verloren Tausende von Arbeitnehmern ihre Arbeit. Hunderttausende von Menschen sind immer noch in Kurzarbeit. Und was machen Sie? – Sie fabulieren von Hyperloops, von Flugtaxi, von Quantenrelais, von Tausenden von Professuren usw. Ganz ehrlich: Sie errichten hier Luftschlösser wie der Märchenkönig von Bayern, der sich auch in Luft aufgelöst hat.

Herr Söder, Herr Aiwanger, ich möchte Sie um eines bitten: Gehen Sie zu Conti. Gehen Sie zu Schaeffler. Gehen Sie zu BMW. Gehen Sie zu den hochspezialisierten Unternehmen in Bayern. Erzählen Sie dort den Mitarbeitern von Ihren hochtrabenden Plänen. Nehmen Sie das Bad im Volke. Holen Sie sich Ihren Lohn ab, so wie sich diese Menschen nach Jahrzehnten der Treue und des Fleißes bald ihren letzten Lohn abholen werden.

Herr Aiwanger, lassen Sie uns einen Moment träumen und annehmen, dass bereits morgen Ihr beworbenes Flugtaxi in Serienproduktion ginge. Jeder Ökonom wird Ihnen unterschreiben, dass Angst für die Wirtschaft Gift ist. Welcher gescheite Geist in diesem Land würde in Zeiten wie diesen eine solche Investition tätigen? – Natürlich niemand. Sie selbst aber haben in Bayern die Angst heraufbeschworen und steigern sie täglich.

(Zuruf)

Zum Beispiel wurde gestern von Herrn Söder für den Aufenthalt im Freien die Maskenpflicht verkündet. Hier bedarf es keiner Worte mehr. Das ist nur noch Wahnsinn. "Flatten the curve" hieß es am Anfang, wir dürften unser Gesundheitssystem nicht überlasten. – Ja, zum damaligen Zeitpunkt, als niemand wusste, was auf uns zukommt, war das eine mögliche Entscheidung. Nun, wir haben das Ziel erreicht. Wir haben die Kurve flach gehalten, und unser Gesundheitssystem war niemals in Bedrängnis. Dennoch kam der Lockdown. Dennoch kam der Lockdown! Dafür gab es weder damals noch heute eine Grundlage. Keine Daten stützen Ihre Maßnahmen. Also testen Sie, was das Zeug hält, um die Fallzahlen so hochzutreiben, wie es eben nur geht. Früher

warf man am Morgen den ersten Blick auf Börsendaten oder Ähnliches. Heutzutage heißt es: soundso viele Neuinfektionen! Wem soll das alles – außer einem Klima der Angst, woran Sie auch beteiligt sind – nutzen?

Natürlich finden sich mittlerweile bei über einer Million Tests pro Woche mehr positive Ergebnisse. Es ist aber haarsträubend, dass Sie diese dann nicht in Relation setzen. Das würde jeder Wissenschaftler tun. Herr Herrmann, würden Sie diese Ergebnisse in Relation setzen, kämen Sie nicht umhin, zugeben zu müssen, dass die Positivrate seit Wochen quasi konstant ist. Das sind Realitäten. Wieso präsentieren Sie nicht einmal die Todesfälle? – Ich weiß: Sie wollen das nicht. Das thematisieren Sie nicht. Deshalb mache ich es einmal für Sie: Wie viele Todesfälle gab es Ihres Erachtens in ganz Deutschland in Bezug auf Corona; ob die Menschen daran gestorben sind, ist etwas anderes? – Ich sage es Ihnen: ganze acht Fälle.

Sie behaupten, mit Ihren Beschränkungen die Bevölkerung zu schützen. Was aber ist mit den alten Menschen, die, ohne Abschied nehmen zu können, einsam verstarben? Was ist mit den Kindern, die so viel Angst haben, dass sie glauben, ihre Eltern und Großeltern zu töten, wenn sie sie umarmen? Was ist mit Menschen mit Depressionen, Zwangsstörungen oder Angststörungen? Was ist mit den Zehntausenden von Operationen, die nicht stattfinden konnten usw.?

Diese Kollateralschäden lassen sich, so hart es sich auch anhören mag, wahrscheinlich niemals fassen. Es sind die Opfer und die Toten der Angst, die Sie geschürt haben. Genau aus diesem Grund wird Ihnen ein Platz in den Geschichtsbüchern sicher sein – besonders Herrn Dr. Söder, aber sicherlich nicht so, wie er es sich gewünscht hätte. Sie werden nämlich als diejenigen in die deutsche Geschichte eingehen, die erstmalig seit dem Bestehen der BRD Grundrechte der Bürger massiv beschnitten haben. Sie werden jene sein, die regierungskritische Demonstrationen behindert und die unbescholtene Bürger diffamiert haben.

Ich muss sagen, ich bin über die Eingangsworte unserer Präsidentin Frau Aigner etwas schockiert, wenn sie hier einer Gruppe von Demonstranten, die "Wir sind das Volk!" skandiert, das Label "Mob" aufkrotyiert. Dass sich eine Präsidentin so zu einem Teil auch ihres Volkes äußert, finde ich sehr schlimm.

(Beifall bei der AfD)

Diejenigen, die staatliche Organe dazu missbrauchen, eine demokratische Oppositionspartei zu bekämpfen, sind jene in der Regierung, die es geschafft haben, dem Volk per Maske im wahrsten Sinne des Wortes den Mund zu verbieten. Dazu schrieb kürzlich Stefan Aust, Herausgeber der "WELT AM SONNTAG", in selbiger Zeitung – Zitat –: "Die Maske muss der Maske wegen getragen werden. Als Symbol für Gehorsam den Maßnahmen der Regierenden gegenüber."

(Zuruf)

Herr Aiwanger, glauben Sie wirklich, dass die Wirtschaft in solch einer Atmosphäre der Angst wieder auf die Beine kommt? Ich sage Ihnen eines: Beenden Sie diesen Wahnsinn. Nehmen Sie alle – alle! – Beschränkungen zurück. Lösen Sie die Fesseln. Geben Sie uns unsere Rechte und unsere Freiheiten wieder zurück. Das ist der einzige Weg, unsere Wirtschaft – auch unsere Wirtschaft! – zu retten.

(Zurufe)

Aber weil wir gerade dabei sind, etwas zu träumen, lassen Sie uns doch wenigstens im Großen träumen: Stellen wir uns vor, Sie, liebe CSUler, würden sich ihrer konservativen Werte erinnern und wieder vernünftige Politik für das deutsche Volk betreiben. Dann müssten Sie sofort folgende Maßnahmen durchführen:

Erstens. Heben Sie alle Corona-Beschränkungen sofort auf.

Zweitens. Unterlassen Sie die ideologische Subventionierung.

Drittens. Stoppen Sie die ständige Umerziehung der Bürger.

Viertens. Geben Sie in Debatten wieder dem besseren Argument und nicht der "Hypermoral" den Vorzug.

Fünftens. Stoppen Sie die Einwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen in unsere überlasteten Sozialsysteme.

(Zurufe)

Sechstens. Beenden Sie die Energiewende und die E-Mobilität. Es handelt sich um ein nie dagewesenes gigantisches Ideologieprojekt ohne Aussicht auf Erfolg.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, liebe Staatsregierung, nicht nur in diesem letzten Beispiel löschen Sie die erste Kerze aus, bevor Sie die nächste angezündet haben. Bald werden Sie im Dunkeln stehen. Hoffen wir, dass Ihnen wenigstens dann ein Licht aufgehen wird.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Das Wort hatte der Abgeordnete Prof. Dr. Hahn. – Als nächster Redner ist der Abgeordnete Florian Streibl dran. Ist er nicht da?

(Zurufe)

– Entschuldigung.

Ich möchte an der Stelle wieder unseren Offiziantinnen und Offizianten herzlich dafür danken, dass sie die Hygienevorschriften so perfekt beachten.

(Allgemeiner Beifall)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Damen und Herren, es ist immer wieder eine Herausforderung, nach der AfD zu reden. Da bleibt einem immer die Sprache

weg; denn ein Klima der Angst, Herr Hahn, verbreiten Sie. Der Traum, den Sie träumen, ist eher ein Albtraum, den wir nicht träumen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zu den Kollegen von den GRÜNEN möchte ich im Grunde nur eines sagen: Das war die ewige Wiederholung des Gleichen. Der Öko-Transformationsfonds ist nichts unbedingt weltbewegend Neues. Die Staatsregierung hatte schon einen Transformationsfonds mit 200 Millionen Euro und einen Scale-up-Fonds mit 250 Millionen Euro gerade für Start-ups, die genau in diese Richtung gehen. Von daher waren Sie wieder mal zu spät dran.

(Zurufe)

– Das hat er gesagt.

Für synthetische Kraftstoffe haben wir ein Forschungszentrum in Straubing, und bei der E-Mobilität liegt Bayern mit den Ladesäulen eigentlich an der Spitze. In Bayern haben wir 6.353 Ladesäulen, in Baden-Württemberg zum Beispiel nur 4.950 Ladesäulen. Also haben wir in Bayern bei mehr Bevölkerung mehr Ladesäulen für E-Mobilität.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich weiß nicht, was Sie haben. Sie sollten die Rede im Landtag von Baden-Württemberg halten, aber nicht hier bei uns in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, die Corona-Krise hat uns allen viel abverlangt. Jeder – zumindest fast jeder – von uns weiß, diese Krise ist auch noch lange nicht vorbei. Noch befinden wir uns mitten in der Krise. Noch immer liegen zahlreiche Herausforderungen vor uns, die es zu bewältigen gilt. Dazu zählt neben dem Infektionsschutz für unsere Bürgerinnen und Bürger, der weiterhin an erster Stelle kommen muss, auch die Stabilisierung unserer Wirtschaft. In den vergangenen Monaten wurde hier sowohl auf Bun-

des- als auch insbesondere auf Landesebene Enormes geleistet. Deswegen gilt mein besonderer Dank unserem Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger, der sich hier mächtig reingehängt hat, die Wirtschaft mit anschiebt und sie gerettet hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Dank gilt nicht nur ihm allein, sondern auch seinem Staatssekretär Roland Weigert und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wirtschaftsministerium, die seit Beginn der Krise mit Hochdruck und teils ressortübergreifend Rettungspakete für unsere Wirtschaft geschnürt haben.

Meine Damen und Herren, Bayern ist keine Luftblase, sondern Bayern ist das erste Bundesland mit einer Soforthilfe bis hin zu alltagstauglichen Praxischecks und Hygienekonzepten, um wieder aus dem Lockdown auszusteigen. Das hat man hier in Bayern gemacht und vorangetrieben, um die Wirtschaft zu retten.

Dank dieser Maßnahmen können wir heute sagen, die Pandemie hat zwar deutliche Kerben hinterlassen, aber die bayerische Wirtschaft steht stabil, nicht zuletzt dank des Einsatzes, der Flexibilität und der Innovationskraft unserer mittelständischen Unternehmen und insbesondere auch des Handwerks, das wieder einmal bewiesen hat, dass es der Stützpfeiler unserer Wirtschaft ist, meine Damen und Herren.

Wir müssen im Grunde auch das Vertrauen in die innovative Kraft unserer bayerischen Wirtschaft, in die innovative Kraft unserer Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch in die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben; denn hier wird das geleistet, was die Wirtschaft in Bayern voranbringt.

Aber noch sind wir, wie gesagt, mitten in der Krise. Darum müssen wir jetzt die Liquidität unserer Unternehmen sichern und mit den Angeboten der LfA und des Bayern-Fonds im Freistaat die KfW-Programme des Bundes flankieren. Daher ist jetzt noch nicht die Zeit gekommen, uns auf die Schulter zu klopfen. Aber es ist auch nicht die

Zeit, liebe Opposition, jetzt Fundamentalkritik oder destruktive Kritik zu üben, und das, ohne dass man praxistaugliche Vorschläge hat, wie man es besser machen könnte.

(Zuruf)

– Ja. – Wir benötigen, meine Damen und Herren, eine zukunftsgerichtete Wirtschaftsstrategie, wie wir es heute in der Regierungserklärung gehört haben. Mit dieser werden wir dem Freistaat weiterhin helfen, sich zu erneuern und neue Technologien zu erarbeiten und auszuweiten.

Das Kurzarbeitergeld und die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht sind nach meiner Meinung nur temporäre Maßnahmen, und die müssen temporär bleiben; denn eine dauerhafte künstliche Beatmung würde nur zu einer "Zombifizierung" unserer Wirtschaft führen.

Stattdessen müssen wir die innovative Kraft unserer bayerischen Unternehmen gezielt nutzen, um aus der Krise zu lernen, um uns nationale und auch internationale Wettbewerbsvorteile zu sichern; denn wenn wir unsere Chancen jetzt klug nutzen, kann die Corona-Pandemie zu einem echten Innovationsmotor und zu einer Zukunftschance für unsere Wirtschaft und somit für unser ganzes Land werden. Wenn es auf diesem Planeten ein Land gibt, das wirtschaftlich gestärkt aus dieser Krise hervorgehen kann, dann ist es nach meiner festen Überzeugung der Freistaat Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Seitens der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER sind wir überzeugt, dass unser Weg in eine gute Zukunft über neue Technologien, neue Produkte und auch neue Märkte führt, oder in drei Wörtern: durch Innovation, durch Investition und durch Infrastruktur.

Die Bayerische Staatsregierung wird im Rahmen der Hightech Agenda in die Forschung und Entwicklung zentraler Zukunftstechnologien für die Industrie investieren. Dafür sind 2 Milliarden Euro eingesetzt. Durch die Hightech Agenda Plus sollen zu-

sätzliche 900 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Damit festigen wir die Position unseres Freistaats als Hochtechnologie- und Industriestandort; denn im internationalen Vergleich gerade mit China und den USA haben wir in Europa einige Alleinstellungsmerkmale, die uns erfolgreich machen, die den Frieden in Europa stärken und unsere Solidarität zeigen.

Von München über Berlin nach Brüssel setzen wir Steuergelder für Technologie im Dienst des Menschen, eine faire und wettbewerbsfähige Wirtschaft und eine offene, demokratische und nachhaltige Gesellschaft ein. Mit diesem Kompass wollen und werden wir Bayern, Deutschland und Europa in die Zukunft führen, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, um die Arbeitsplätze und die Wertschöpfung von morgen zu sichern, benötigen wir aber auch zukunftsgerichtete Unternehmen und neue kreative Ideen, made in Bavaria. Start-ups und Neugründungen sind daher keine Spekulationsobjekte, sondern ein wichtiger Baustein für die Wirtschaft der Zukunft in Bayern.

Wir wollen in Bayern neue mittelständische und große Unternehmen aufbauen, die unsere Kernindustrie letztlich ergänzen. Mit dem Start-up-Schild Bayern und dem Scale-up-Fonds werden über 300 Millionen Euro für Wachstumsfinanzierung eingesetzt. Diverse Zugänge zu den Start-ups in der Hightech Agenda haben deutliche Zeichen gesetzt.

Ich appelliere aber auch an unseren Koalitionspartner, dass wir bei den kommenden Haushaltsgesprächen und Verhandlungen auch die kleineren Programme für die Start-ups nicht vergessen. Programme wie "Start?Zuschuss!", "FLÜGGE" oder "BayTOU" sind auch wichtig, damit hier eine innovative Kraft kommt. Wir müssen in die Zukunft investieren und auch neues Geld in die Hand nehmen, um bayerische Start-ups bei der Erschließung ausländischer Märkte zu unterstützen, neue Gründer-Hotspots und Leuchttürme aufzubauen und unser erfolgreiches Netz auszubauen.

Aber neben Hightech und den großen Innovationen dürfen wir auch unsere stabile und wertvolle Basis nicht vergessen. Das sind die regionalen Wirtschaftskreisläufe. Sie sind das Fundament, auf dem auch die Global Player in Bayern sicher stehen können. Unentbehrlich dafür sind die Landwirtschaft, das Handwerk, die Gastronomie und auch der Tourismus. Von diesen kleinen, widerstandsfähigen Wertschöpfungsstrukturen vor Ort können wir lernen und können auch Lieferketten im Größeren robuster machen.

Wir müssen auch wieder regional produzieren; denn Heimat stärken bedeutet für uns: Bayern durch die Belebung der Wertschöpfung unserer regionalen Strukturen widerstandsfähiger gegen die globalen Krisen zu machen. Das betrifft neben dem Gesundheitswesen auch die Grundversorgung mit Lebensmitteln. So hat die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER im Sommer auch ein Schlachthof-Strukturkonzept vorgelegt, mit dem wir kleine, regionale Schlachthöfe gezielt stärken, das Vertrauen in die Fleischverarbeitung wieder herstellen und dem öffentlichen Lebensmittelhandwerk eine neue Chance eröffnen wollen.

Gerade in den letzten Wochen hat sich gezeigt, dass hier große Strukturen besondere Risiken bergen. Mit den kleineren Strukturen und Einheiten können wir hier eine Resilienz erzeugen, die letztlich den Verbrauchern, aber auch den Handwerkern und den Landwirten und auch den Lebensmittelhändlern zugutekommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die dezentrale Energiewende ist ein weiterer unserer Bausteine für eine gesunde regionale Kreislaufwirtschaft, für eine Wertschöpfung vor Ort mit Bürgerbeteiligung. Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass in Bayern und im Bund die Weichen für eine Bürgerenergiewende gestellt werden und die Selbstversorgung sowie kleine Anlagen jeglicher Couleur, Art und Technik das Portfolio der zentralen Großanlagen ergänzen können.

Aus regionaler Perspektive ist auch Holz ein biologischer Rohstoff, von dem wir in Bayern sehr viel haben, der unseren Ansatz der dezentralen Energiewende und der örtlichen Kreisläufe ergänzt. Mit unseren Initiativen im Landtag haben wir darauf abgezielt, speziell das Schadholz verstärkt zu nutzen. Private Waldbesitzer und auch die Bayerischen Staatsforsten leiden unter dem Überangebot an Schadholz. Diesen Druck zu lindern, können wir angehen und dadurch auch einen Beitrag zur Energiewende, aber auch zum Waldumbau leisten.

Meine Damen und Herren, die aktuelle Krise hat uns auch gelehrt, dass wir uns nicht nur national zum Teil neu aufstellen müssen, sondern auch international. Bayern ist und bleibt ein Exportland. Unterbrechungen in den internationalen Lieferketten infolge der Corona-Krise oder auch durch Handelskonflikte stellen daher eine massive Gefahr für unsere Wirtschaft dar, auf die wir reagieren müssen. Neben der Rückholung von Produktion nach Bayern und der neuen Bedeutung regionaler Wirtschaftskreisläufe muss allen klar sein: Das wesentliche Wachstumspotenzial für die bayerische Wirtschaft liegt auch in Zukunft im Ausland.

Hier müssen wir handeln und widerstandsfähiger gegenüber den Unwägbarkeiten zum Beispiel in den USA oder in China werden und auch deren Konkurrenz im Wachstumssektor systematisch angehen.

Wir haben deswegen unsere Außenwirtschaftsförderung neu ausgerichtet und auch angepasst. Wir bauen unsere Außenrepräsentanzen aus, um neue Regionen zu erschließen, und machen es auch für kleine und mittlere Unternehmen leicht, an internationalen Märkten teilzuhaben. Gezielt werden wir Technologien, die das Potenzial haben, die globalen Spielregeln zu verändern, wie KI, Robotik, Industrie 4.0, Wasserstoff oder digitale Geschäftsmodelle fördern und beim Außenhandel auch pushen.

Wir werden die bayerische Wirtschaft dabei unterstützen, internationale Lieferketten mit digitalen Plattformen stabil zu machen. Auch hier appelliere ich an unsere Koalitionspartner, dass wir im Haushalt die richtigen Prioritäten setzen; denn unser Anspruch

und der Anspruch Bayerns ist es, wo immer möglich, Vorreiter zu sein. Hier müssen wir sehen, dass die Zukunft einer erfolgreichen Wirtschaft nicht ausschließlich kurz- oder mittelfristig bewertet werden kann. Der fortschreitende Klimawandel bleibt eine gesamtgesellschaftliche, wirtschaftliche und auch moralische Herausforderung, der wir mit unserer Wirtschaftspolitik begegnen.

Das verarbeitende Gewerbe ist Bayerns Motor und unsere wirtschaftliche Stärke. Wir wollen die Industrie so transformieren, dass sie auch zukünftig und langfristig Wohlstand für alle Menschen in Bayern schafft. Das erfordert ein aktives und kraftvolles Gestalten, kein Zuwarten oder gar Verhindern. Wir schreiten in unserer bayerischen Industriepolitik und mit der Investition in die Hightech Agenda mutig voran. Wir liefern Antworten mit unserer Bioökonomiestrategie und stärken neue Wertschöpfungsketten mit nachwachsenden Rohstoffen, vernetzen die Cluster Forst, Holz, Chemie, neue Werkstoffe, industrielle Biotechnologien sowie Umwelt und Ernährung und schaffen Grundlagen für eine nachhaltige, effiziente Wirtschaftsweise mit einer effizienten Kreislaufwirtschaft.

Meine Damen und Herren, es gibt viel zu tun. Wir müssen auch hier zusammenstehen. Es geht um das Wohl und den Wohlstand Bayerns, aber auch um die moralischen Werte hier im Land.

Meine Damen und Herren, die Zukunft spielt hier in Bayern, und wir werden sie gestalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Streibl von den FREIEN WÄHLERN. – Ich darf als nächste Rednerin Frau Annette Karl von der SPD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Frau Karl. Die Mikrofone sind bereit.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Herr Staatsminister, ich habe Ihrer Rede sehr aufmerksam gelauscht. Sie

war lang, sehr lang, mit vielen Anekdoten und Anekdotchen, aber trotzdem enttäuschend. Warum? – Lassen Sie mich kurz unseren großen ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt zitieren. Er hat gesagt:

Besinnt euch auf eure Kraft und darauf, daß jede Zeit eigene Antworten will.

Was Sie machen, ist das Gegenteil. Sie versuchen, mit Antworten von vorgestern die Welt von morgen zu gestalten. Das wird nichts.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns einmal an, was Sie an Vorschlägen nach Beginn der Corona-Pandemie gemacht haben, unabhängig von dem, was vorher bereits aufs Gleis gestellt war, wie die Hightech Agenda und die Wasserstoffstrategie. Da kommt alles aus der Motenkiste: die Verbrennerprämie, an deren Stelle es bessere, intelligentere Lösungen geben muss, Deregulierung, Arbeitnehmerrechte schleifen und gestern als absolutes Schmankerl die Wiedezulassung von gasbetriebenen Heizpilzen, den Prototypen für Energieverschwendung und Umweltverschmutzung.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Das einzige Innovative, der BayernFonds, ist eins zu eins abgeschrieben vom WSF des Bundes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wirtschaft stärken, das heißt, die Wirtschaft fähig machen, auf die Herausforderungen der Zeit einzugehen, die da sind: Die Corona-Pandemie, die Transformation, die Klimakrise und die Digitalisierung. Diese Herausforderungen betreffen nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Arbeit und die Gesellschaft. Wir müssen sie deshalb zusammen denken und zusammen anpacken.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen zum Beispiel nicht die Bekämpfung der Pandemie gegen den Klimaschutz ausspielen oder die Digitalisierung gegen den Arbeitnehmerschutz. Der Wettbewerb in

der Wirtschaft findet nicht über etwas höhere oder etwas niedrigere Lohnstückkosten statt, sondern über Qualität und Zuverlässigkeit.

Wir müssen die Wirtschaft in ihrer gesamten Breite und Vielfalt betrachten, die kleinen und mittleren Unternehmen genauso wie die Industrie und die Solo-Selbstständigen. Das alles zusammen bildet den Wohlstand und sorgt für Stabilität in Deutschland und in Bayern. Das ist bei den GRÜNEN leider anscheinend noch nicht angekommen. Ihr Bavarian Green Deal, der da sehr ambitioniert daherkommt – ich habe es mir durchgelesen –, beschäftigt sich ausschließlich mit den KMU. Die Industrie wird noch nicht einmal erwähnt, vielleicht weil man sich darum drücken will, schmerzhaft politische Entscheidungen bezüglich Versorgung und Ähnlichem zu treffen. Aber ich sage: Wohlfühlrhetorik schafft noch keine Wirtschaftskompetenz.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen eine übergreifende Strategie entwickeln und Zukunftsperspektiven aufzeigen, nicht nur Schubladen aufmachen und alle Projekte oder Projektideen herausziehen und, wenn das nicht reicht, mit dem Finger auf den Bund zeigen.

Wir müssen uns klar darüber werden, dass die Wirtschaft momentan vor allen Dingen eine Sorge hat – das macht sie auch sehr deutlich –, nämlich dass durch übertriebene Lockerungen und Unvorsicht der Menschen ein zweiter Lockdown drohen könnte. Die Wirtschaft sagt ganz klar und deutlich: Dann haben wir verloren. Deswegen habe ich wenig Verständnis für Ihre Aufforderung, wieder Wirtschaftsmessen abzuhalten und hier eine Lockerung zu fordern und da eine Lockerung zu fordern. Eben kam erst die Nachricht eines Corona-Ausbruchs bei BMW. Wir sollten uns dieser Gefahr bewusst sein und hier weiter vernünftig und überlegt vorgehen.

Wie können wir jetzt den Strukturwandel in der Krise gestalten? – Wir müssen die Unternehmen, aber auch Arbeitnehmer und Zulieferer bei den vier Innovationstrends unterstützen: Das sind Dekarbonisierung, also weniger Kohlenstoffeinsatz, Digitalisierung, autonomes Fahren und vernetzte Mobilität. Ich sage ganz deutlich: Der

schrittweise Umstieg auf andere Antriebstechnologien jenseits von Diesel und Benzin ist unumkehrbar, und wir dürfen in Deutschland den Anschluss nicht verpassen.

(Beifall bei der SPD)

Die Politik muss dafür die richtige Infrastruktur schaffen. Es ist heute schon gesagt worden: Wir brauchen eine Verlängerung und Anpassung zum Beispiel der Förderung der E-Ladeinfrastruktur. Ziel für 2022 muss sein, mindestens 14.000 Ladeplätze in Bayern zu schaffen, davon 10 % Schnellladeplätze. Wir möchten auch in irgendeiner Form die nicht öffentlichen Ladeplätze in die Förderung mithineinbekommen.

Die Förderung der Wasserstofftechnologien ist gut und richtig; denn grünes Gas, also grüner Wasserstoff, kann bei der Wärmewende hilfreich sein. Grüner Wasserstoff kann auch im Verkehr hilfreich eingesetzt werden, wenn es uns gelingt, den Wasserstoff günstiger und effizienter zu produzieren. Den Haupteinsatzbereich sehe ich hier vor allen Dingen bei Lkw und Zügen. Aber wir müssen bei dieser Strategie auch an die Luftfahrtindustrie denken. Wir werden auch in der nächsten Zukunft nicht mit einem Batterieflugzeug viele Menschen transportieren können. Mit Wasserstoff sieht das ganz anders aus: Airbus ist hier schon sehr gut unterwegs, braucht aber massive Unterstützung des Staates bei der Weiterentwicklung dieser Technologie. Hier müssen wir auch dabei sein.

Ich sage ganz deutlich für uns als SPD: Klimaschutz bedeutet für uns nicht, dem Luftverkehr den Garaus zu machen, sondern es gilt wie in vielen anderen Bereichen: Es müssen intelligente Lösungen her.

Bei der Wasserstoffstrategie, vor allen Dingen aber bei der Erzeugung von grünem Wasserstoff müssen wir endlich dazu kommen, über den nationalen und auch über den bayerischen Kirchturm hinauszublicken, auch wenn das vielleicht schwer ist. Wir müssen europäisch denken. Es gibt in der EU viele Orte, wo ausreichend Sonne oder Wind vorhanden ist. Das ist ein Konjunkturprogramm auch für die schwächeren Regionen. Wir müssen uns da nicht, wie es das Wirtschaftsministerium tut und wie es auf

einer Karte des Wasserstoffzentrums Bayerns zu sehen ist, auf Nordafrika mit seinen instabilen politischen Strukturen kaprizieren oder gar auf Übersee – Argentinien und Kanada sind dort erwähnt. Der European Green Deal bietet Chancen, ein wirklich großes Rad zu drehen.

Ich komme zurück zu den Autos der Zukunft: Die Autos der Zukunft sind digital und vernetzt. Die neue Grundlage für Wertschöpfung bei der Autoherstellung sind die Hardware für die Vernetzung, die Software und die damit verbundenen Dienstleistungen. Hier brauchen deutsche Anbieter immer noch die amerikanischen Anbieter, also Microsoft, IBM und Amazon. Wir müssen dafür sorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir in Deutschland und Bayern in Zukunft nicht nur das Blech um die Daten bauen, sondern auch die Autos der Zukunft und uns hier an die Spitze stellen.

(Beifall bei der SPD)

Die Investitionen des Staates müssen deshalb in die Zukunftstrends der Automobilindustrie und der Zulieferer gehen, nicht in Prämien für Ladenhüter auf dem Hof. Die SPD im Bund möchte hier einen Fonds für Zulieferer, die dann regional unterstützt werden, aufsetzen. Ich halte das für sehr sinnvoll.

Ich sage auch ganz klar: Wenn wir die Deindustrialisierung in Deutschland und in Bayern langfristig verhindern wollen, die sich vielleicht manche Leute wünschen, weil sie meinen, dann kommt der Klimaschutz von alleine – wir sehen das nicht so –, dann muss der Strukturwandel gelingen, auch zum Beispiel in der chemischen Industrie. Für KMU brauchen wir angepasste Unterstützungskonzepte. Hier gibt es schon viele Überbrückungshilfen vom Bund. In Bayern müssen wir so ein erfolgreiches Programm wie den Digitalbonus zum Anlass nehmen, mehr bürokratiearme Förderung von Investitionen zu entwickeln. Den Digitalbonus können wir bei der Gelegenheit aufstocken und verlängern. Insgesamt brauchen wir in diesem Bereich aber deutlich mehr Bürokratieabbau; denn Bürokratie bremst die Kreativität bei der Entwicklung neuer Lösungen aus.

Das Thema Solo-Selbstständige haben wir im Landtag schon oft diskutiert. Trotzdem bleibt festzuhalten: Es kann nicht sein, dass Künstler hier Unterstützungshilfen bekommen, aber die anderen Solo-Selbstständigen nicht. Das ist ungerecht, ausgrenzend und nicht zu verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Eine starke und nachhaltige Wirtschaft braucht viel Energie, viele erneuerbare Energien, und die Wirtschaft braucht vor allem Versorgungssicherheit. Wir haben keine Zeit, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu verschleppen, weil es dann auch nichts mit dem grünen Wasserstoff wird.

Zur 10-H-Regel ist schon alles gesagt worden. Ich möchte noch kurz auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz eingehen. Hier muss deutlich nachgebessert werden. Wir Wirtschafts- und Energiesprecher der SPD in Bund und Ländern haben uns aber darauf geeinigt, hier eine radikale Lösung zu fordern, nämlich die Abschaffung der EEG-Umlage. Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll dann über eine Verdoppelung der Stromsteuer und Haushaltsmittel langfristig durch die CO₂-Bepreisung finanziert werden. Das hat viele Vorteile: Wir schaffen ein Bürokratiemonster ab, und selbst wenn ich die Stromsteuer verdopple und die EEG-Umlage wegfallen lasse, ist das für den Stromkunden noch ein deutlich billigerer Strom.

Wir brauchen ein klares Bekenntnis zu den HGÜ-Leitungen. Auch das ist schon gesagt worden: Man kann nicht in München dafür sein und bei uns vor Ort, wo die Leitung langläuft, an der Spitze der Bewegung dagegen stehen. Bayern sollte bei der Photovoltaik Vorreiter sein und nicht endlos prüfen, auf welche öffentlichen Dächer man Photovoltaik draufbauen kann, sondern dies endlich umsetzen.

Wir müssen Digitalisierung und Innovation vorantreiben. Das schafft konjunkturelle Effekte und macht den Wirtschaftsstandort Bayern zukunftssicher. Die Hightech Agenda ist wichtig. Die SPD hat deshalb schon im Mai gefordert, die Investitionen und Maßnahmen darin vorzuziehen. Jetzt hat es die Staatsregierung aufgegriffen. Ich empfehle

der Staatsregierung, in Zukunft immer gleich die Anregungen der SPD umzusetzen. Dann erreichen wir eine deutlich höhere Schlagzahl bei der Zukunftsentwicklung.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass ganz Bayern als Technologiestandort gefördert wird. Neben der Spitzenforschung, hinter der wir alle stehen, braucht Bayern eine offensive Digitalisierungsstrategie, die in die Breite der Gesellschaft wirkt und zum Beispiel auch Seniorinnen und Senioren mitnimmt. In Dänemark gibt es kostenlos für alle Seniorinnen und Senioren Schulungen im Bereich des Internets und der Digitalisierung. Das ist staatlich organisiert. Hier bei uns ist man auf die Enkel angewiesen. Die Offensive muss sich auch auf die Kitas und Schulen erstrecken. Das heißt, wir müssen uns neben der Spitzenforschung wie zum Beispiel 6G auch in die Mühen der Ebene begeben. Es gibt in meiner Region immer noch viele Orte, wo man ehrlich gesagt froh wäre, wenn man 1G hätte, sprich mit seinem Handy telefonieren könnte, was aber nicht funktioniert. Solange der Wirtschaftsminister, der jetzt geflüchtet ist, jeden Mobilfunkmast persönlich mit viel Trara vor Ort einweihen kann, solange kann man sagen: Hier gibt es beim Ausbau noch viel Luft nach oben.

Im Laufe des Jahres müssen alle verbliebenen Schulen ans Glasfasernetz angeschlossen werden. Die Kommunen müssen dafür organisatorisch und finanziell deutlich besser unterstützt werden.

Ein gutes Netz an Schulen ist das eine. Wir brauchen aber auch befähigte Lehrer. Deshalb fordern wir ausdrücklich Innovationspartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen. Diese haben Vorteile für beide Seiten: Zum einen können wir die Programmierer in die Schulen schicken, weil Programmieren mittlerweile eine Schlüsselkompetenz ist. Die Unternehmen können zum anderen damit ihren Nachwuchs bereits früh an sich binden.

Wir brauchen in der öffentlichen Verwaltung einen Digitalisierungs-Ruck; denn der öffentliche Sektor kann bei der Hardware und durch die Know-how-Beschaffung zum

Lead User werden, also zu jemandem, der als Erster sehr viel neue Technologie benutzt und damit auch den Markt weiter stärkt. Es geht nämlich nicht nur um wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sondern es geht vor allen Dingen auch um Chancengerechtigkeit und um Teilhabe im digitalen Zeitalter – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Deshalb stelle ich zum wiederholten Mal fest: Das Digitalministerium braucht mehr Personal und mehr Kompetenzen.

(Beifall bei der SPD)

Große Umbrüche wie in der heutigen Zeit erzeugen am wenigsten Verwerfungen und Verlierer, wenn die Menschen mitkommen und mitgenommen werden. Im Leben gibt es Dinge, die man ganz klar trennen muss, zum Beispiel Staubsauger und Hamster. Klar trennen muss man aber auch das Hochfahren der Wirtschaft nach Corona von dem Versuch, bei dieser Gelegenheit den Arbeitsschutz und wichtige Klimaschutzvorgaben zu schleifen. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Das zeigt sich daran, dass die hier erhobenen Forderungen, die Herr Aiwanger auch weidlich unterstützt, schon seit Jahrzehnten in der Schatzkiste aller Deregulierer und Vergangenheitsromantiker liegen. Wir sind hier wieder bei den neuen Antworten auf neue Zeiten: Wir müssen das Arbeitsrecht in das digitale Zeitalter übersetzen, aber nicht die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer reduzieren.

Das Kurzarbeitergeld ist ein hervorragendes Instrument, um Arbeitsplätze auf Zeit zu erhalten. Es ist aber auch ein sehr teures Instrument. Um die Steuerzahler nicht zu überfordern, muss die dadurch gewonnene Zeit sinnvoll genutzt werden. Deshalb fordern wir, dass der Bund die komplette Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge, die die Arbeitgeber leisten müssen, an ein verbindliches Weiterbildungskonzept der Arbeitgeber koppelt, damit die Arbeitnehmer für die Zukunft fit gemacht werden. Gleichzeitig fordern wir für Arbeitnehmer in niedrigen Lohngruppen, dass ihr Lohn auch in dieser Zeit auf 100 % aufgestockt wird; denn Menschen, die sich sorgen, wie sie ihre Familie mit dem Kurzarbeitergeld durchbringen können, haben es schwer, zu lernen.

Es gäbe noch viel zu sagen. Mein Kollege Horst Arnold tut es dann nachher in gewohnter Brillanz. Zusammenfassend sage ich: "Befähigung" ist das Stichwort der Zeit; Unternehmer und Beschäftigte sind für die Zukunft zu befähigen, damit unser Bayern weiterhin ein so herausragender Wirtschaftsstandort bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Karl von der SPD-Fraktion. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Abgeordneten Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Dr. Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister in Abwesenheit! "Wirtschaftsstandort Bayern" war das Thema. Ich habe einfach mal ganz analytisch angefangen und mir die Begriffe angeschaut: Was ist ein "Standort"? Was gehört zum "Standort"? – Dazu gehören natürlich normale Wirtschaftsthemen, aber wir wissen alle, dass noch sehr viel mehr dazugehört. Bildung gehört dazu, Wissenschaft gehört dazu, Infrastruktur, Gesundheitsvorsorge, intakte Umwelt und kulturelles Leben. In der heutigen Regierungserklärung habe ich nur einen Teil dieser Begriffe gehört.

Vor allem gehört für mich das Gefühl der Freiheit dazu. Wir stehen im Wettbewerb um die besten Köpfe. Das heißt insbesondere, dass nicht niedrige Steuern oder Lebenshaltungskosten die Leute zu uns bringen und uns helfen, die Wirtschaft wieder auf die Beine zu bringen bzw. anzuschieben. Dies beweist ein Ballungsraum wie München. Menschen wollen das Gefühl haben, frei agieren zu können, tun und unternehmen zu können, was sie im beruflichen und privaten Bereich richtig und wichtig finden, und verschiedene Möglichkeiten zu haben. Selbst zu entscheiden, ist ein ganz, ganz großer Faktor. Man muss davor warnen, mit einer Attitüde zu arbeiten, die schon an Panikmache grenzt, wie es manchmal geschieht: Da wird immer wieder mit Corona und damit gedroht, dies und jenes könnte passieren. Ich sage nicht, dass die Maßnahmen falsch waren, die man in der Staatsregierung getroffen hat,

(Beifall bei der FDP)

aber man muss auch erklären, wenn man die Freiheitsrechte der Menschen einschränkt. Je länger diese Einschränkung dauert, desto mehr muss man erklären, desto mehr muss man die Entscheidung transparent machen. Das ist schon ein Problem gewesen und ist nach wie vor ein Thema. Wir sind nicht ganz unschuldig daran, wenn Verschwörungstheorien oder Ähnliches auftauchen.

Um jetzt auf die Wirtschaft zurückzukommen: Auch die Wirtschaftspolitik ist eigentlich nichts anderes als angewandte Psychologie. Es gibt kein rein rationales Verhalten in der Wirtschaft. Ich gehe einmal davon aus: Wir sind in Bayern definitiv gut aufgestellt. Ich denke, wir sind uns auch in der Zielsetzung einig, wenn wir sagen: Nach der Corona-Krise wollen wir wieder ein international attraktiver Standort werden und bleiben, mit einer modernen Wirtschaft, einer hohen Beschäftigung und einer einmaligen Lebensqualität. Viele unserer kleinen und mittleren Unternehmen haben in den letzten Wochen und Monaten gezeigt, wie erstaunlich widerstands- und anpassungsfähig sie sind. Teilweise wurden innovative und zukunftsfähige Geschäftsmodelle entworfen. Man ist immer ganz erstaunt darüber, was man gesehen hat. Bayern ist definitiv ein guter Wirtschaftsstandort, dessen Struktur und Verfassung grundsätzlich in Ordnung ist. Aber das muss auch so bleiben.

Damit es so bleibt, muss der bayerische Staat die Rahmenbedingungen verbessern. Das heißt für mich: größtmögliche wirtschaftliche Freiheit – nicht unbedingt Einschränkung von Rechten, darauf kommen wir noch zurück –, Förderung kreativer Potenziale und weltbeste Bildung. Das sind für mich die drei großen Punkte. Ich muss zugeben, ich habe heute eigentlich erwartet, eine Art Feuerwerk zu hören, was man alles vorhat. Stattdessen war es eher Symptombekämpfung oder Reaktion auf Entwicklungen. Das war schon sehr enttäuschend.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Fraktion hat eine ganze Menge an Vorschlägen gemacht. Ich habe mir gedacht, ich bringe heute noch zwei oder drei Vorschläge ergänzend dazu. Möglicherweise gehören sie zu den wenigen, die wir heute zu hören bekommen. Ich fange mit ein paar Beispielen an: Eine unserer Ideen waren die "Bavarian Valleys". Das ist ein schöner englischer Begriff. Das soll heißen: Im Prinzip wollen wir Experimentierfelder für Wachstum, Innovation und Hightech haben. In anderen Ländern gibt es das. Ich kenne es aus England. Dort ist es unter dem Begriff "Sand Box" entstanden. Man gibt Firmen und Unternehmen, Start-ups oder kleineren Firmen sozusagen einen Schutzraum, damit sie manche Sachen ausprobieren können und nicht von vorneherein vom ersten Tag an die letzte steuerliche Regelung erfüllen müssen.

Die Idee des bayerischen Zukunftsfonds ist es, Gründungen zu stärken. Ja, es gibt eine ganze Menge an Start-ups hier in Bayern. Das ist richtig. Aus Start-ups werden mittel- oder langfristig Firmen. Das ist auch völlig okay. Das ist der normale Gang der Dinge. Ich habe es selbst erlebt: Ich war zwei Jahre lang für die Koordination meiner Bank mit dem Techquartier zuständig. Wer das nicht kennt: Das Techquartier ist ein Fintech Hub in Frankfurt. Das oberste Ziel war es, immer wieder zu prüfen, was davon für die einzelne Bank, für die Kreditwirtschaft nutzbar ist. Was kann man davon übertragen? – Sowas fehlt mir ein bisschen. Eine hohe Zahl von Start-ups ist noch kein Kennzeichen für irgendetwas. Wir müssen das Ganze voranbringen und den nächsten Schritt schaffen.

Hierzu gehe ich auf die Verwaltungs- und Behördenseite. Es ist eine einfache Idee, zu sagen: Ich habe nur einen einzigen Ansprechpartner in der Behörde, ich muss nicht herumlaufen. Auch das würde den Unternehmen unheimlich viel helfen. Das würde ohne Ende Bürokratie abbauen. Abgesehen davon sollten die Behörden intern einmal vollständig digitalisiert werden; diese Diskussion hatten wir aber schon an anderer Stelle.

Investitionsfonds für eine Hochschule; für jede Hochschule einen eigenen Topf: Wer selbst schon einmal versucht hat, Fördergelder zu bekommen, weiß, wie viel Zeit man

damit verbringt. Man verbringt bald die Hälfte der Zeit des Projektes mit irgendwelchen Förderanträgen, Nachbesserungen, Gutachten und sonst etwas. Eine Idee ist zu sagen: Jede Hochschule kriegt einen kleinen Topf, und damit kann sie arbeiten, sich engagieren. – Wenn zum Beispiel auch einmal Start-ups aus der Uni heraus entstehen, kann sich der Professor gegebenenfalls einmal einige Semester beurlauben lassen. Solche Ideen sollte man wirklich einbringen.

Homeoffice, mobiles Arbeiten, Arbeitszeitregelungen: Diesbezüglich muss endlich etwas passieren. Ich glaube, wir haben alle erlebt, dass in der ganzen Zeit, in der wir während Corona unterwegs waren, letztendlich schon viele Regelungen gebrochen wurden, die irgendwie gar nicht zulässig waren. Das ist zwar zum großen Teil eine Bundesangelegenheit, aber man muss hier dennoch wieder einen rechtssicheren Boden schaffen.

Vernetzung von Stadt und Land sowohl in der Infrastruktur als auch in der Mobilität: Staatsminister Aiwanger hat sich immer den ländlichen Raum auf die Fahnen geschrieben, und ich hätte deshalb erwartet, dass dazu ein bisschen mehr kommt. Es ist ein bisschen passiert, aber das ist viel zu wenig und viel zu langsam passiert. Ich hätte eigentlich erwartet, dass sehr viel mehr Ideen kommen.

(Beifall bei der FDP)

Für mich heißt das natürlich aber auch: Die ganzen Förderprogramme bedeuten nicht, dass der Staat hier das Geld mit vollen Händen ausgeben soll. – Ich stehe, völlig unbestritten, hinter der Hightech Agenda; denn dabei geht das Geld größtenteils sinnvollerweise an die richtigen Stellen. Wir müssen im Haushalt aber nicht nur die Einnahmen-, sondern auch die Ausgabenseite ansehen, die für Politiker meistens unangenehmer ist.

Wir waren bzw. sind natürlich stark betroffen, weil wir sehr stark exportabhängig sind. Was bedeutet das für uns? – Wollen wir jetzt bis zum Umfallen Schulden machen? Wollen wir die 20 Milliarden Euro des Sonderfonds Corona-Pandemie wirklich aus-

schöpfen? – Herr Ministerpräsident Söder hat das nahegelegt, während Herr Finanzminister Füracker immer Wert darauf legt, dass es nicht unbedingt sein Ziel ist, diesen Fonds auszuschöpfen. Ich finde diese Gegensätze immer interessant.

Wollen wir den Sonderfonds Corona-Pandemie für die Hightech Agenda Plus vielleicht sogar zweckentfremden? – Ich habe die Publikationen in der letzten Woche so verstanden, dass daraus auf einmal Geld für etwas gewonnen werden soll, das vielleicht im weitesten Sinne damit zusammenhängt. Wenn ich das aber so interpretiere, dann kann ich damit gleich alles machen und brauche die Einschränkungen des Sonderfonds gar nicht zu machen.

Die Einnahmen sind nicht das Problem, sondern wir müssen die Ausgaben ansehen. Meine Zielsetzung war immer wieder: Wir müssen prüfen, wofür wir das Geld ausgeben. Das heißt, wir müssen definieren, was wir damit bezwecken wollen. Wir müssen auch definieren, wie wir dieses Ziel erreichen und wie wir das messen. Wir müssen darüber hinaus regelmäßig prüfen, ob wir dieses Ziel erreicht haben. Ich nenne das immer eine "ziel- und wirkungsorientierte Haushaltspolitik". Das ist ein ganz wesentliches Thema, das man bei Neuausgaben auf jeden Fall berücksichtigen sollte. Wir sollten auch einmal den alten Haushalt durchsehen.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden das bei der Diskussion um den neuen Haushalt jedenfalls ganz gezielt tun.

Noch einmal zusammengefasst: Wir verzeichnen zweifellos wirtschaftspolitisch Erfolge in der Vergangenheit; darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Es gibt eine ganze Menge an Vorschlägen; diesbezüglich sollte man aber sehr viel mehr Mut haben.

Wir sollten auch die Chancen nutzen, die uns Corona gegeben hat. Corona hat eine ganze Menge an Dingen eingerissen, die scheinbar in Stein gemeißelt waren, und wir sollten auf keinen Fall versuchen, wieder auf den alten Stand zurückzugehen.

Wir sollten uns an den Kunden orientieren. Im Neuhochdeutschen heißt das Kundenorientierung – Kundenorientierung deshalb, weil wir über den Standort reden. Das heißt einerseits, dass wir attraktiv werden müssen. Andererseits heißt das aber auch, nicht unbedingt Wahlgeschenke zu verteilen, sondern die Rahmenbedingungen attraktiv zu machen. Vor allem müssen wir jedoch endlich ziel- und wirkungsorientierte Reformen beginnen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Dr. Kaltenhauser von der FDP-Fraktion. – Als nächsten Redner darf ich den fraktionslosen Abgeordneten Herrn Raimund Swoboda aufrufen. Herr Abgeordneter Herr Swoboda, Ihnen stehen vier Minuten Redezeit zur Verfügung. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Bürger! Ich blicke zwei Jahre zurück und sehe, dass die Bayerische Staatsregierung mit einer konsequenten Wachstums- und Standortpolitik und einem investitions- und gründerfreundlichen Klima Garant für eine wettbewerbsstarke Wirtschaft mit hoher Innovationskraft und tatkräftigen Mitarbeitern in Bayern sein wollte. Ist das gelungen? – Ich glaube, das ist nicht gelungen. Wir haben Furcht vor einem Desaster.

Die heutige Regierungserklärung des Herrn Aiwanger schließt eigentlich an das an, was Herr Ministerpräsident Dr. Söder vor knapp zwei Jahren in seiner ersten Regierungserklärung mit seiner "Hightech-Söder-Rakete" für den Wirtschaftsstandort Bayern in Aussicht gestellt hat. Er hatte eine Zielbilderzählung abgegeben, was sein wird: Energiewende, Umwelt- und Klimaschutz, Digitalisierung, G5-Ausbau, Robotik, künstliche Intelligenz, Luft- und Raumfahrt, Super-Computing, landwirtschaftliche Entwicklung, nachhaltige Elektromobilität, Bildungsoffensive und eine kraftvolle Wirtschaftspolitik – und das, horchen Sie zu – unter Wahrung einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik.

Das war eine Jubelstunde der CSU und der FREIEN WÄHLER, weil sie gedacht hatten, damit die nächste Wahl auch wieder gut zu schaffen. In Wirklichkeit kamen dann aber der Katzenjammer mit Corona und die neue Erzählung des Herrn Aiwanger von heute, die er eigentlich schon in seinem letzten Industriebericht für 2019 abgegeben hatte.

Aber auch, als der Bericht noch gar nicht gedruckt, geschweige denn sich in Entwurfsfertigung befunden hat, war das Geschäftsklima in Bayern schon im Sinkflug begriffen. Heute hat er nichts gebracht – das wurde auch schon von allen Fraktionen kritisiert –, was uns einen Hoffnungsschimmer geben könnte, dass sich das Klima verbessert.

Es war eine Erzählung über die Zukunft Bayerns ohne Zukunft für Bayern. Es war die Darlegung von einer Transformation der Wirtschaft, wie sie eigentlich keiner richtig verstanden hat. Es waren mehr Einzelpunkte über ein Klein-Klein, von dem der Bürger draußen nicht versteht, wie ihm das helfen soll, die Kreditzahlungen für das Häusle zu leisten, das er gebaut hat, und wie er über die Runden kommen soll.

Wenn er davon spricht, es seien 1.000 Professuren geschaffen worden und es gebe Start-up-Betriebe, kann man daraus eigentlich nicht ablesen, welche positiven Wirkungen das für den Mitarbeiter in der Industrie oder für den Mann auf der Straße haben soll. Die Coronakrise hat es uns gezeigt: Mit der Wissenschaft und mit den Professoren hat man so sein Problem; jeder möchte etwas anderes. Auf jeden Fall will Herr Aiwanger mit dieser Transformation Neues nachwachsen lassen, wo Altes weggebrochen ist. Das Alte, das wegbricht, hat er genannt, nämlich die Autoindustrie und die Schlüsselindustrien in allen Bereichen. Was aber das Neue wirklich sein soll, hat er uns nicht gesagt.

Herr Aiwanger will auch Traditionelles schützen. Dazu gehört bei uns in Bayern vieles, zum Beispiel der Tourismus, die Gastronomie, die vielen Künstler- und Schaustellerbetriebe, Barbetriebe, die Vergnügungswirtschaft, die Veranstaltungstechnik und vor allem die vielen Kleinunternehmer.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, auch vier Minuten gehen zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Und gerade die hängen in der Luft. Herr Aiwanger, Sie haben einen tollen Traum und sind auch gar kein so schlechter Erzähler. Aber bitte, träumen Sie den Traum nicht weiter; versuchen Sie, ihn zu realisieren. – Ihnen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, Herr Kollege Streibl, sage ich: Einen Grund zum Jubel haben Sie nicht. Als Zuschauer freue ich mich immer, wenn es besser wird; denn es muss besser werden. – Habe ich recht?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Dann sage ich: Vielen Dank für Ihre Rede.

(Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, ich hätte einen Geschäftsordnungsantrag!)

Wenn dem so ist, bitte. –

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, ich hätte auch nicht gedacht, dass ich einmal in die Situation komme, in diesem Zusammenhang einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen, den ich jetzt begründe. Wir führen eine Debatte über die Regierungserklärung des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zum Thema "Wirtschaftsstandort Bayern – Herausforderungen meistern". Diese Regierungserklärung wird im Parlament diskutiert. Nach der Tagesordnung wird gleich der geschätzte Kollege König reden. Er wird dabei nicht den Vorzug haben, dass seine parlamentarischen Anregungen unmittelbar dort landen, wo sie landen müssten, nämlich beim Herrn Staatsminister.

Eine Vertretung des Staatsministers ist nicht ersichtlich, ist nicht anwesend. Sehr geehrte Damen und Herren, ich halte das nicht für einen angemessenen Umgang mit dem Parlament.

(Beifall bei der SPD)

Ich lobe die Staatsminister, die heute da sind. Der zuständige Fachminister ist aber nicht da. Deswegen beantrage ich nach § 176 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag, die Herbeirufung von Herrn Aiwanger in Bälde durchzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Fraktionsvorsitzender Arnold. Ich rufe zur Gegenrede auf, aber vielleicht lässt sich die Angelegenheit schnell lösen. Befindet sich der Herr Minister noch im Vorraum?

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Der Herr Staatsminister sitzt drüben beim Mittagessen. Wir haben coronabedingt zwei Säle, in die die Plenarsitzung übertragen wird! Dort verfolgt er gerade die Plenarsitzung und macht außerdem Brotzeit. Ich glaube, das ist völlig unproblematisch.

(Horst Arnold (SPD): 35 Minuten – ich habe mitgezählt!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Wir haben die Situation, dass sich der Herr Staatsminister im Hause befindet und der Debatte zuhört. Soll die Abstimmung stattfinden? Herr Kollege Dr. Mehring, ist das eine Gegenrede gewesen?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Nein, wenn das so zu Protokoll kommt, dann ist das in Ordnung!)

Dann müssen wir über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Oder sprechen Sie offiziell noch einmal dagegen? – Das Thema hat sich erledigt. Der Herr Minister ist da. Herr Staatsminister, Sie werden sehnsüchtig erwartet. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Das ist Herr Abgeordneter Alexander König, der stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion. Bitte schön, Herr König, Sie haben das Wort.

Alexander König (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern wird maßgeblich auch davon abhängen, wie der Green Deal auf europäischer Ebene ausgestaltet und umgesetzt wird. Klar ist, dass

die von uns angestrebte Klimaneutralität nicht vom Himmel fällt. Deshalb sind wir für den Green Deal. Klimapolitische Maßnahmen können einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten, wenn mehr Investitionen als Nachfragerückgänge bewirkt werden. Genau das ist die Herausforderung. Daneben gilt es, auf das Spannungsverhältnis zwischen dem, was technologisch machbar ist, und dem, was in unserer Gesellschaft akzeptiert wird, zu achten.

Deshalb müssen wir die Einzelvorhaben des Green Deal intensiv prüfen. Wir müssen aufpassen, dass damit keine unerfüllbaren Anforderungen an unsere Industrie und an unsere Bürger gestellt werden. Ein Beispiel ist die bereits angesprochene Verschärfung der Grenzwerte für Pkw, obwohl wir doch wissen, dass Deutschlands Autoindustrie davon überproportional betroffen ist. Wir müssen uns fragen: Sind diese Werte überhaupt erreichbar? Machen vermeintlich einfache Lösungen, von denen wir im politischen Umfeld auch schon gehört haben, zum Beispiel das Verbot von Verbrennungsmotoren, Sinn, oder sind diese nicht vielmehr ordnungspolitisch völlig falsch?

Die EU-Kommission hat am 16. September die Erhöhung des Klimaschutzziels bei den Einsparungen von CO₂ auf 55 %, gemessen am Wert des Jahres 1990, vorgeschlagen. Damit würde natürlich auch eine Anhebung der deutschen und der bayerischen Ziele einhergehen. Gleichzeitig erwarten wirtschaftsschwächere Länder in der EU automatisch einen größeren Beitrag Deutschlands, im Zweifel einen größeren finanziellen Beitrag. Ich glaube, wir müssen uns gerade jetzt, angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise, vergegenwärtigen, dass das nicht mehr so einfach funktionieren wird, wie sich das mancher vorstellt. Wir zerbrechen uns in Deutschland auf der einen Seite den Kopf darüber, wie wir der deutschen Autoindustrie einschließlich der besonders betroffenen Zulieferer helfen können, wieder mehr Schwung ins Geschäft zu bekommen und wieder Zahlen wie vor der Krise zu erreichen. Dafür sind wir auch bereit, Steuergelder in die Hand zu nehmen. Auf der anderen Seite laufen aber auf europäischer Ebene Bestrebungen, welche darauf hinauslaufen, die Aus-

gangssituation für dieselbe Industrie zu erschweren. Das ist meines Erachtens nicht logisch. Das ist schwer verständlich und geht einfach nicht zusammen.

Daher ist es nach meiner Meinung die vornehmste Aufgabe des EU-Parlaments, die Vorschläge zur Verschärfung des Klimaziels ergebnisoffen zu diskutieren und verantwortlich zu entscheiden. Meines Erachtens sollten alle Kräfte darauf gerichtet werden, die bereits formulierten Ziele zu erreichen, anstatt immer schärfere Ziele zu formulieren und die Umsetzung der eigentlichen Maßnahmen in die Zukunft zu verschieben. Am 16. September haben wir auch wieder gehört, zu welchem Datum im nächsten Jahr die Einzelmaßnahmen ausformuliert werden sollen.

Kolleginnen und Kollegen, Unsicherheit ist Gift für die Wirtschaft. Dagegen ist Planungssicherheit unbedingt erforderlich. Industrieprodukte und Innovationen haben eine lange Planungs- und Umsetzungszeit. Umso wichtiger ist Planungssicherheit. Die Wirtschaft muss wissen, was wann an Rahmenbedingungen zu erwarten ist. Die bloße Formulierung von Zielen ohne die parallele klare Ansage, wie und mit welchen Maßnahmen diese erreicht werden sollen, enthält zu viele Ungewissheiten. Planungssicherheit muss her!

Die Planung der Politik soll im vertrauensvollen Miteinander zwischen Politik und Wirtschaft erfolgen; denn die Wirtschaft weiß am allerbesten, bis wann was machbar ist und was eben nicht machbar ist. Aus unserer Sicht müssen die Instrumente der Marktwirtschaft eingesetzt werden, um die Ziele zu erreichen. Ein solches ist ein Emissionshandelssystem. Dieses muss allerdings möglichst einfach, verständlich und handhabbar sein, nicht zuletzt für unsere kleinen und mittleren Unternehmen. Die Sektoren, für welche ein System eingeführt wird, sollten Schritt für Schritt eingeführt werden, sodass die Auswirkungen für die Wirtschaft und für die Bürger kalkulierbar sind und damit auch akzeptiert werden. Hauptziel darf nicht die Finanzierung der Finanzlücke in der EU werden. Diesen Eindruck könnte man manchmal gewinnen. Hier muss mit Augenmaß vorgegangen werden.

Ein Grenzausgleichssystem ist das Gegenteil einer marktwirtschaftlichen Regelung und schon deshalb kritisch zu hinterfragen, weil damit erhebliche Kollateralschäden insbesondere in der bisher auch von uns jederzeit hochgehaltenen regionalpolitischen Entwicklung der EU einhergehen können.

Die Vorstellung, wirtschaftliche Belastungen mit Geldmitteln ausgleichen zu wollen, hat mit Marktwirtschaft auch nichts zu tun, ist kontraproduktiv und wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht funktionieren. Die anzustrebende Kreislaufwirtschaft, die wir als Ziel alle miteinander unterstützen, sollte durch Anreize anstatt durch Verbote und Regularien erreicht werden. Auch hier sollten die Instrumentarien der Marktwirtschaft eingesetzt werden.

Bei der Mobilität setzen wir auf Technologieneutralität und fordern bei der Betrachtung der einzelnen Produkte wirklich auch die Betrachtung der gesamten Lebenszyklen der Produkte.

Insgesamt, Kolleginnen und Kollegen, gehen wir davon aus, dass der Green Deal ein geeignetes Mittel sein kann, die Klimaneutralität zu erreichen, den Umbau unserer Gesellschaft zu einer klimaneutralen Gesellschaft maßgeblich anzustreben und gleichzeitig auch Wirtschaftswachstum zu generieren. Synthetische Kraftstoffe, E-Fuels aus erneuerbaren Energien, eine weltweit konkurrenzfähige Wasserstoffproduktion sind, beispielhaft aufgezählt, gedankliche Ansätze, die natürlich konkret weiterverfolgt werden müssen, wenn auch im Einzelfall ungewiss ist, was tatsächlich umsetzbar ist und was erreichbar sein wird.

Bayern, Herr Staatsminister, leistet zu diesen und weiteren Zukunftsthemen maßgebliche Beiträge. Hier sind wir gefordert, Innovationen systemoffen bestmöglich anzustoßen und zu unterstützen. Und es ist eine ganz vornehme Aufgabe für uns als Land – die Staatsregierung tut es auch, Herr Staatsminister –, vor allem die entsprechende Infrastruktur zeitnah bereitzustellen.

Jede Krise birgt auch Chancen. Das hat einer der Vorredner angesprochen. Wir haben jetzt in der anhaltenden Corona-Krise, glaube ich, sehr deutlich gespürt, welche Anforderungen an unsere Wirtschaft überzogen sind, weil wir gemerkt haben, dass sie gerade in schwierigen Zeiten, wie wir sie jetzt haben, hinderlich sind.

Daraus sollte man lernen. Daraus sollte man auch lernen, die Anforderungen an Sustainable Finance praxisnah zu gestalten und vor allen Dingen den damit einhergehenden bürokratischen Aufwand maximal zu reduzieren. Wir dürfen nicht vergessen, dass es hierbei zunächst mal um die Ausreichung von Krediten geht und ein nachhaltiges Finanzwesen eigentlich erst das zweite Ziel ist, das wir auch als wichtig ansehen; doch es bleibt das zweite Ziel.

Bei der Ausgestaltung von Sustainable Finance müssen die berechtigten Interessen vor allem unserer kleinen und mittleren Unternehmen berücksichtigt werden. Wie kann das gelingen? – Das kann nur dann gelingen, wenn man mit denen rechtzeitig spricht – denn dort sind die Erfahrungen vorhanden –, wie es am besten gelingen kann, wenn man sie beteiligt und sie in die Überlegungen und in die Planungen einbezieht.

Insgesamt, Kolleginnen und Kollegen, müssen alle Ebenen und Sektoren wie in einem Puzzle ihren bestmöglichen Teil leisten, damit das Gesamtwerk gelingt. Ein Puzzle besteht aus Teilen, die zusammengehen. Abstimmung und bestmögliche rechtzeitige Kommunikation und Planung sind unabdingbar für das Gelingen. Erfolg werden wir miteinander nur dann haben, wenn wir die Klimaneutralität bei gleichzeitig anhaltendem Wirtschaftswachstum erreichen; denn daran hängen – das sollten wir nie vergessen – die Arbeitsplätze bei uns im Land und der von uns so sehr gewohnte Wohlstand.

Umso wichtiger ist es, Kolleginnen und Kollegen, dass wir in Bayern, einer der großen Volkswirtschaften in Europa, versuchen, die anstehenden Entscheidungen auf nationaler und auf europäischer Ebene im Interesse unserer Wirtschaft und unserer Bürger bestmöglich aktiv mitzugestalten. Das ist unser Ansatz; darum bitte ich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Barbara Fuchs für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich wollen und müssen wir unseren Wirtschaftsstandort Bayern gut in die Zukunft begleiten. Keine Frage! Nur, wie machen wir das? – 99,7 % der bayerischen Unternehmen gehören zum Mittelstand. Das sind nach Definition kleine und mittlere Unternehmen.

Frau Karl, der Begriff KMU definiert übrigens weder die Zugehörigkeit zur Industrie oder Handwerk noch irgendeine Branche. Insofern ist unser Bavarian Green Deal allumfassend.

(Zuruf)

Er gilt nämlich für 99,7 % der bayerischen Unternehmen. Diese sind das Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolges in Bayern. Sie sind Job- und Ausbildungsmotor.

Herr Aiwanger, ich habe Ihnen vorhin sehr genau zugehört und würde ganz klar sagen: Wir stimmen einer Senkung der Unternehmensteuer nicht zu, weil wir die Teilhabe der Wirtschaft an der Gesellschaft aufrechterhalten wollen. Aber bei der Erbschaftsteuer bin ich bei Ihnen. Ich finde es ganz interessant. Gestern ungefähr um die gleiche Zeit war mein Antrag im Haushaltsausschuss

(Zuruf)

– Moment! – zum Staatshaushalt genau zum Thema: Dem Antrag zufolge sollten während Corona die Umsatzrückgänge und deren Auswirkungen auf die Lohnsummen und damit auf die Berechnung der Erbschaftsteuer – Sie sehen, ich habe es wirklich verstanden; denn ich kenne das Thema nämlich – berücksichtigt werden. Doch wissen Sie was? – Der Antrag ist abgelehnt worden.

(Zuruf: Was?)

Das hätte ich an dieser Stelle oder später gern erklärt. Der Antrag ist einfach abgelehnt worden. Beruhigenderweise geht er über die Flagge der CSU trotzdem in den Bund. Das freut mich natürlich. Aber ich verstehe es nicht wirklich. Ich finde es schwierig.

Unser Mittelstand ist kreativ und innovativ und bereit, sich weiterzuentwickeln. Aber was der Mittelstand braucht, sind klare Ansagen, und hieran fehlt es komplett. Beispiel: die Fahrzeugindustrie. Unser Ministerpräsident fordert in Berlin und Bayern immer noch, dass es eine Kaufprämie für Fahrzeuge mit modernen Verbrennungsmotoren geben soll. Die beste Idee ist letzte Nacht entstanden. Herr Dobrindt hat die aufgebracht. Er sagt jetzt nämlich: Die Kundinnen und Kunden sollen Verbrennungsmotoren- und Dieselmotorenfahrzeuge kaufen und bekommen dann einen Gutschein für den Erwerb von Elektrofahrzeugen in zwei bis fünf Jahren. – Jetzt frage ich Sie: Was sollen die dann mit den neuen Autos machen, die sie erst vor zwei Jahren gekauft haben?

(Zuruf)

Soll man die wegwerfen? Oder was ist damit? – Das ist doch nicht nachhaltig. Es macht doch keinen Sinn. Die neue Idee bedeutet einfach eine Wegwerfprämie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit mindestens zehn Jahren hat man in der Automobil-, in der Fahrzeugindustrie notwendige Entscheidungen nicht getroffen, einerseits weil die Politik keine klaren Rahmenbedingungen gesetzt hat, andererseits weil man natürlich enorm viel Geld verdienen konnte. Ich frage: Wo ist das Geld jetzt? – Jetzt wird es gebraucht für die Innovationen. Dann gibt es gleichzeitig wieder eine Begründung für die Einführung einer Kaufprämie, damit die Konzerne Geld für die Innovationen und die neuen Technologien haben. Das ist doch nicht logisch. Das ist so, als wenn jemand am 24. Dezember sagt: Oh, es ist Weihnachten! – Wir wissen seit mindestens zehn Jahren, dass wir diese Umstellung brauchen.

Wer zahlt die Zeche? – Der kleine und mittlere Mittelstand und die "Arbeitnehmer*innen" – ganz klar –, vor allen Dingen in der zweiten und dritten Ebene der Zulieferindustrie. Was machen die großen Konzerne statt Qualifizierung und Weiterbildung und Unterstützung der Betriebe bei der Transformation, bei der Entwicklung von neuen Produkten? – Es wird entlassen. Im Windschatten von Corona bereinigt man, wo vorher noch der Imageschaden drohte.

Wer soll denn glauben, dass Corona die Ursache für die Probleme ist, wenn schon 2019 das schlechteste Absatzjahr seit 21 Jahren in der Fahrzeugindustrie war? – Je länger die Verzögerungen, die unklaren Ansagen und damit die Blockaden andauern, desto größer wird der Schaden für die Betriebe, für die "Arbeitnehmer*innen" und für das Klima – nicht zu vergessen.

Die Anforderungen sind doch viel weitreichender. Ich streife das nur kurz: Verkehrswende mit großen Investitionen im ÖPNV, wo übrigens attraktive Arbeitsplätze entstehen werden, ordentliche Radwegenetze und Ausbau des Schienenverkehrs, ganz zu schweigen von der Energiewende hin zu 100 % erneuerbaren Energien. Das ist alles schon gesagt worden.

Ein Punkt ist mir noch wichtig. Unser Maschinen- und Anlagenbau kann vom Klimaschutz, von dieser Umstellung wirklich stark profitieren. Hier steckt ein Marktpotenzial von 10 Billionen Euro in den kommenden drei Jahrzehnten. Unsere Mittelständler sind in der Lage, dafür zu entwickeln, dafür zu produzieren und dafür zu liefern, wenn wir sie lassen. Da entstehen neue Arbeitsplätze. Wir wollen bitte nicht zuschauen, wie andere Länder diese Märkte abschöpfen. Was wir brauchen, sind klare Entscheidungen an dieser Stelle.

Wir fordern eindeutig klare Absagen an die Technologien der Vergangenheit und konsequente Zukunftsentscheidungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kürze jetzt, weil sonst die Zeit für meine Kollegin nicht mehr reicht. Baubranche wäre noch ein Thema, ganz wichtig naturschonender Tourismus. Der Einzelhandel wird auch nicht gerettet mit zwei zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntagen. Es gibt viel zu tun.

Wir haben die Pflicht und die Chance, jetzt die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen und Arbeitsplätze zu retten und das Klima in Ordnung zu halten. Bitte ergreifen wir diese Chance jetzt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht der Kollege Manfred Eibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Mitglieder des Kabinetts, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herausforderungen meistern, indem man Lebensqualität sichert und die Heimat stärkt, das ist unser Credo. Wir helfen Bayerns Wirtschaft, sich zu erneuern und sich technologisch auf die Zukunft auszurichten. Der große Unterschied ist: Wir stellen keine Produkte her, sondern wir schaffen Rahmenbedingungen, die für die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns von entscheidender Bedeutung sind.

Das ambitionierte Handeln von Politik im Zusammenspiel mit der Wirtschaft hat den ökonomischen Absturz zum Teil gemindert; denn Bayern ist erfolgreich, weil wir Innovation und Technologie frühzeitig gefördert haben. Für Bayern bietet sich aktuell mit einer gezielten Innovationsförderung eine globale Chance zur Sicherung von Kompetenz und Wertschöpfungspotenzial in Europa. Meine Damen und Herren, Bayern gehört auch weiterhin zu den Topindustriestandorten. In Bayern sind für Industrieunternehmen attraktive Standortbedingungen vorhanden und auch weiter im Entstehen. Heute wurde hier oftmals zum Ausdruck gebracht, die Bedingungen in Bayern seien widrig, unsachgemäß bzw. kompliziert. Aus einer aktuellen Studie der bw, mit dem Titel "Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich", geht hervor,

dass der Freistaat auch heute wie schon im Jahre 2019 im internationalen Ranking der industriellen Standortbedingungen den zweiten Rang hinter den USA einnimmt.

Mehr als ein Viertel der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung Bayerns entsteht in der Industrie. Uns ist dahin gehend sehr wichtig, diese Stärken auch zu fördern und auszubauen.

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat hierzu im Bayerischen Kabinett bereits ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Unsere bayerischen Programme sind so angelegt, dass sie passgenau an jene vom Bund anschließen. Eine Aufgabe, eine Voraussetzung ist, möglichst viel Kapital zu generieren, um die Anforderungen, die an uns gestellt werden, zu bewältigen und Dementsprechendes in die Wege zu leiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Speziell in dieser Zeit ist es zur kurzfristigen Überbrückung von coronabedingten Ausfällen unabdingbar, die Liquidität in den Unternehmen zu sichern. Es ist von äußerster Wichtigkeit, die gebotenen Unterstützungen vonseiten des Bundes – wie KfW-Kredite – mit bayerischen Programmen gezielt zu begleiten und zu ergänzen. Wir machen das in eindrucksvoller Art und Weise.

Eine elementare Voraussetzung zur Überwindung der Pandemie ist die Rückkehr zu einer verbesserten Nachfragesituation in unserem Land und in Europa. Die wirtschaftlichen Erfolge und Erholungen im Bund und in Bayern werden vom Wiederanlaufen des Exports abhängen. Wir brauchen Unternehmen, die international klar aufgestellt sind und in Bayern bessere und faire Rahmenbedingungen genießen. Ich spreche hier insbesondere von der notwendigen Unternehmensteuerreform, beschleunigten Abschreibungsmöglichkeiten, der Senkung der EEG-Umlage, international konkurrenzfähigen Strompreisen, der Abschaffung des Solidaritätszuschlages wie auch mehr Arbeitsmarktflexibilität.

Wir FREIEN WÄHLER fordern für schwere Nutzfahrzeuge eine schnelle Umsetzung des auch vom Bund geforderten befristeten Flottenerneuerungsprogramms. Absoluter Handlungsbedarf ist hier gegeben. Wir müssen das in Brüssel nachdrücklich einfordern.

Der Kollege König hat bereits angeführt: Europa hat heute die schärfsten Klimagesetze. Wir müssen uns klar werden, wie in der Bilanz die natürlichen und notwendigen Bedürfnisse der Bürger, die betroffenen Arbeitsplätze vor Ort mit der Notwendigkeit des Klimaschutzes in Übereinstimmung gebracht werden können. Wir haben hierzu bis heute keine klaren Vorschläge auf dem Tisch.

Wir können für Bayern auf die Luft- und Raumfahrtindustrie als einen Innovationstreiber verweisen. Diesen gilt es auch weiterhin zu begleiten. Wir haben vor, diese wichtige Schlüsselindustrie zur Steigerung der Produktivität und der Materialeffizienz mit neuen Luftfahrtförderprogrammen zu unterstützen. Vor allem aber muss mit verstärkter Luftfahrtforschung die Entwicklung neuer Materialien, moderner Fertigungstechnologien und damit endlich der Bau klimafreundlicher Flugzeuge vorangetrieben werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Grünes Licht gab es in der Zwischenzeit von der EU für die Konzepte zur Förderung von alternativem Kraftstoff. Dies ist natürlich zu begrüßen. Auch Investitionen bei dem Ausbau der Infrastruktur wie Schiene und Straße sowie der digitalen Energie-Infrastruktur gilt es weiter anzugehen. Wir entwickeln mit dieser Ausrichtung die Infrastruktur weiter und stärken die Binnennachfrage.

Wir legen einen besonderen Schwerpunkt auf eine krisenfeste, sprich ökonomische Resilienz. Wir müssen widerstandsfähig, unabhängig und so flexibel wie möglich aufgestellt sein. Die Potenziale dafür sind zweifelsohne vorhanden. Wir setzen sehr früh auf die Förderung der Gamechanger-Technologien. So investieren wir auf Landesebene in einem noch nie dagewesenen Maße in die Forschung und Entwicklung der zentralen digitalen Infrastruktur für die Industrie wie KI, Quantencomputing, additive Ferti-

gung wie auch Robotik. Die Leuchtturminitiative Robotik ist aus meiner Sicht in ein Schlüssel für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Bayern in der Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Lassen Sie mich noch das Thema Wasserstofftechnologien aufgreifen. Die Wasserstoffwirtschaft ist ein zentrales Thema und derzeit in aller Munde. Unser bayerischer Wirtschaftsminister war der Erste, der das groß angegangen ist. Auf diesen Zug sind viele aufgesprungen. Weltweit greifen nun achtzig Länder die Thematik Wasserstoff auf. Da sagen Sie "keine neuen Innovationen"? – Das ist der Innovationssprung, den wir gerade dieser Zeit brauchen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir fördern mit dem bayerischen Batterienetzwerk die Entwicklung einer neuen Generation leistungsfähiger Batterien für die Elektromobilität. Auch die Start-up-Förderung ist heute schon öfter angeklungen. Wo wir dafür keine Handhabe haben, müssen wir sie einfordern und uns klar positionieren.

Der Bund oder die EU sind da nun mal gefordert. Der Bund muss endlich die Voraussetzungen schaffen, dass Risikokapitalinvestoren in Deutschland eine Möglichkeit haben zu investieren, dass wir steuerwirksame Sofortabschreibungsmöglichkeiten und verbesserte steuerliche Berücksichtigungen von Verlusten haben. Wir müssen auch die EU in die Pflicht nehmen, dass hier beihilferechtlich für Start-ups deutliche Verbesserungen erfolgen, sodass wir auch international auf Augenhöhe spielen können.

Uns FREIEN WÄHLERN ist neben den Interessen der Industrie mit ihren Hightech-Unternehmen und den Forschungseinrichtungen auch ein Anliegen, unsere stabile Basis nicht zu vergessen. Heute ist schon mehrfach angeklungen, wie wichtig diese ist. Wir können von diesen widerstandsfähigen Wertschöpfungsketten vor Ort lernen. Diese gilt es nachhaltig zu begleiten.

Sie sehen, dass mit gezielten und breit ausgelegten Maßnahmen gearbeitet wird, um unsere bayerische Wirtschaft durch den vorherrschenden struktur-, technologie- oder auch pandemiebedingten Wandel positiv zu begleiten; denn eines ist uns klar: Die Welt wird nach Corona nicht mehr dieselbe sein. Neues Denken wird zu neuen Möglichkeiten führen. Wir machen Bayern stärker – das heißt durch die Stärkung regionaler Strukturen – und widerstandsfähiger gegen die globalen Krisen. Wir wollen eine Wirtschaft, deren Rechnung für den Menschen aufgeht, einen Freistaat, der für das digitale Zeitalter gerüstet ist. Wir schützen, was Bayern aus- und stark macht. Damit stärken wir vor allem das Vertrauen der Menschen in unser demokratisches System, in die staatliche Fürsorgepflicht. Eine gesunde Wirtschaft ist Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für die freie Meinungsäußerung abseits von Verschwörungsfantasien und vor allem für den Frieden hier in Europa. Wir dürfen stolz sein auf das, was wir alles erreicht haben. Das formulieren wir selbstbewusst und sagen, wo wir hinwollen. Ich glaube deshalb wirklich an unseren Leitsatz: Die Zukunft findet in Bayern statt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. –

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordnete der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die AfD-Fraktion Herr Kollege Gerd Mannes.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Bayern ist immer noch ein leistungsfähiger Wirtschaftsstandort, aber nicht wegen, sondern trotz der Politik dieser Staatsregierung. Herr Aiwanger, Sie haben sich in Ihrer Regierungserklärung sichtlich Mühe gegeben, die wirtschaftliche Situation im Freistaat zu beschönigen. Ihren Worten zufolge geht es nach dem Wirtschaftscrash, den die Corona-Maßnahmen unter anderem verursacht haben, wieder bergauf. Nehmen Sie es mir bitte nicht übel: Diese optimistische Darstellung trifft so nicht zu. Es ist zwar richtig, dass einzelne Sektoren wieder steigende Umsätze melden, doch weite Teile der baye-

rischen Wirtschaft liegen in Trümmern. Das gilt insbesondere für unsere Schlüsselindustrien, den Fahrzeug- und den Maschinenbau. Gleichzeitig war Bayern über die gesamte Krise das Land mit den meisten Corona-Fällen je Einwohner. Warum sich angesichts dieser Tatsache ausgerechnet der Ministerpräsident als Krisenmanager feiern lässt, ist uns völlig unverständlich.

Zurück zur Wirtschaft. Ich trage noch einmal die jüngsten Erhebungen der Wirtschaftsstatistik und weitere Kennzahlen vor. Im Kfz-Zulieferbereich mit Fahrgestellen, Karosserien und Motoren liegen die Exporte aktuell 24 % unter dem Vorjahreswert. In der letzten ifo-Konjunkturumfrage wird die aktuelle Geschäftslage in der bayerischen Kfz-Branche als höchst negativ bewertet. Zeitweise waren die gesamten bayerischen Exporte um ganze 37 % eingebrochen. Ein dauerhafter Exporteinbruch führt im ersten Schritt zu Kurzarbeit und teilweise zu Entlassungen von Arbeitnehmern. Im zweiten Schritt folgt dann die mögliche Insolvenz vieler Betriebe. Ein Viertel der Unternehmen sieht sich bereits in ihrer Existenz bedroht. Das Münchner ifo Institut hat ermittelt, dass Bayern nach wie vor das Bundesland mit den meisten Arbeitnehmern in Kurzarbeit ist. Im Ländervergleich haben die bayerischen Maßnahmen offensichtlich den größten Schaden angerichtet. Zwar liefen die Hilfsprogramme, – und das muss man positiv erwähnen –, zügig an, sodass bereits Ende Juni 99 % der gestellten Anträge bearbeitet waren. An dieser Stelle noch einmal ein großes Lob an die Mitarbeiter der Behörden, die diese Mammutaufgabe zuverlässig erledigt haben!

(Beifall bei der AfD)

Zahlreiche Branchen blieben aber auf der Strecke. Selbst das größte Hilfspaket kann den aktuellen Nachfrageschock nicht kompensieren. Die Kleinstunternehmen und die Solo-Selbständigen hat man ohne jede Perspektive im Regen stehen lassen. Eine Million Kurzarbeiter müssen seit Monaten schwere Einkommenseinbußen hinnehmen. Die Arbeitslosigkeit in Bayern ist im August im Vergleich zum Vorjahresmonat um über 40 % angestiegen. Die Insolvenzen machen sich aktuell nur deshalb noch nicht in der Statistik bemerkbar, weil die Bundesregierung die Insolvenzantragspflicht ausgesetzt

hat. Aus unserer Sicht ist das nicht nur ein unseriöser Taschenspielertrick, sondern das offenbart gleichzeitig die unheimliche Verantwortungslosigkeit der Bundesregierung. Verschleppte Insolvenzen gefährden auch gesunde Unternehmen durch Zahlungsausfälle von insolventen Geschäftspartnern. Tausende gesunde Unternehmen könnten deswegen unverschuldet in ernste Schwierigkeiten geraten.

Den Preis der gesamten Vorgehensweise der Staatsregierung kann ich schon heute nennen. Das ifo Institut hat die gesamten wirtschaftlichen Verluste des Shutdowns errechnet. Sie belaufen sich alleine im Freistaat, je nach Szenario, auf knapp 100 Milliarden Euro. Zusätzlich hat Bayern seinen Schuldenstand von 26 Milliarden auf 46 Milliarden Euro erhöht. Durch den Schattenhaushalt des BayernFonds kann die Verschuldung schlimmstenfalls auf bis zu 92 Milliarden Euro ansteigen. Damit wäre jeder Bayer um sage und schreibe 3.100 Euro neu verschuldet. Kein anderes Bundesland hat derart die Schulden erhöht.

(Zuruf)

– Nein, das stimmt nicht. Das können Sie ausrechnen.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

– Das ist so, Herr Aiwanger.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

– Wie können Sie in diesem Zusammenhang von Erholung sprechen?

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

– Herr Aiwanger, ich habe davon gesprochen, dass es die Möglichkeit gäbe, dass das Risiko besteht, dass das ausfällt.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

– Okay, lassen Sie mich fortfahren. Sie sprechen von Erholung, wir sehen im Gegenteil die verheerenden Auswirkungen der Corona-Maßnahmen, die erst in den kommenden Monaten so richtig spürbar werden. Zehntausende Unternehmen werden die Krise nicht überstehen. Allein im Einzelhandel werden 50.000 Insolvenzen erwartet. Im gesamten Mittelstand und in der Industrie sieht es kaum besser aus.

Ich muss etwas betonen, was hier schon angeklungen ist: Die traurige Entwicklung ist nicht nur auf das Coronavirus zu schieben. Das wäre unseriös. Die Probleme gab es schon vorher. Bereits vor Corona musste die bayerische Industrie Zehntausende Stellen streichen, weil sie infolge einer völlig verfehlten Wirtschaftspolitik längst mit dem Rücken zur Wand stand. Der Wirtschaftsstandort Bayern wurde mit klimaideologischer Politik, überbordender Bürokratie und einer hohen Abgabenlast systematisch unattraktiv gemacht.

(Zuruf)

– Doch, das ist so.

(Beifall bei der AfD)

Der ideologische Kampf gegen den Verbrennungsmotor setzt unserer Autoindustrie schwer zu. Herr Aiwanger, Sie haben es selbst gesagt: Der Verbrenner ist eine Spitzentechnologie und sollte vorerst erhalten werden. Es ist richtig, was Sie gesagt haben: Die Erforschung neuer Technologien und die Förderung der Wasserstoffstrategie sind absolut der richtige Weg. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir auch die Hightech Agenda der Staatsregierung. Forschung muss aber am Ende zu marktfähigen Produkten führen. Alles andere wären Luftschlösser. Eine dauerhafte Subventionierung zur Markteinführung neuer Technologien durch Ordnungspolitik wäre aus unserer Sicht schädlich. Dazu kommt, dass der Strompreis in Bayern weltweit mit der höchste ist. Das ist die Folge einer verkorksten Energiewende. Auch Ihre Solaroffensive wird die Strompreise weiter steigen lassen; denn Bayern ist kein Sonnenland. Von den technischen Fehlentwicklungen wie mangelnder Netzstabilität oder fehlender

Speicher- und Grundlastfähigkeit will ich hier gar nicht erst sprechen. Die Abwanderung wichtiger Industrien wäre deshalb nicht verwunderlich.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Staatsregierung hat eine beeindruckende Bilanz vorzuweisen. Ich habe es mir einmal angesehen: Bayern ist prozentual Spitzenreiter bei Kurzarbeit, beim Anstieg der Arbeitslosigkeit und bei der Neuverschuldung. Ja, die Staatsregierung hat das Negativ-Triple nach Bayern geholt. Es sieht nicht so aus, als hätte die Regierung die Tragweite ihrer Entscheidungen begriffen. Sie droht mit neuen Zwangsmaßnahmen und höheren Strafen wegen sogenannter Corona-Verstöße. Was sagen eigentlich die Leistungsträger unserer Gesellschaft dazu? – Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft hat bereits eine Petition gegen einen zweiten Lockdown gestartet. Der DIHK hat sich klar gegen die unter Corona ausgerufenen EU-Klimaziele gestellt. Der Green Deal, das haben wir schon gehört, könnte das Ende für einige Industrien in Europa sein. Ob diese Botschaft beim Ministerpräsidenten ankommt? – Wohl nicht; denn anders ist es nicht zu erklären, dass man Betriebe durch immer härtere Strafen auf Linie halten will.

Wir fordern vor allem eines: Die Bevormundung und Beschäftigung unserer Wirtschaft ist sofort einzustellen! Wann geben Sie den Menschen und unseren Unternehmen wieder mehr Eigenverantwortung in der Krise?

Wir als AfD-Fraktion fordern bereits seit Anfang April, die Maßnahmen an die neuen Erkenntnisse bezüglich des Coronavirus anzupassen. Die Krankenhäuser sind leer. Tausende Mitarbeiter aus dem Gesundheitswesen sind in Kurzarbeit, und unsere Staatsregierung verbreitet weiter Angst und Panik. Sicher ist: Wer Argumente hat, braucht keine Panikmache und keinen Zwang.

(Zuruf)

Wer jedoch versucht, die eigenen Maßnahmen mit immer höheren Strafen durchzusetzen, agiert autoritär und nicht demokratisch. In diesem Fall ruiniert die Staatsregierung auch noch ganz nebenbei die Grundlage unseres Wohlstands, schlimmer noch: Sie in-

strumentalisiert die Krise, um die Wirtschaft dauerhaft in einen ideologischen Ökosozialismus zu transformieren.

Wir fordern die Staatsregierung auf: Verlassen Sie den gefährlichen Irrweg des Klimasozialismus! Was wir brauchen, ist eine rationale und ideologiefreie Wirtschaftspolitik. Das sind wir den bayerischen Unternehmen und Arbeitnehmern schuldig.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat der Kollege Arnold für die SPD-Fraktion das Wort.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu meinem Vorredner: Mich wundert es nicht, dass zu Beginn der Krise in Ihrer Fraktion Kaiser Wilhelm zitiert worden ist, jetzt mit Kritik herummäandert wird und eigentlich gar nichts Konstruktives kommt, was uns aus der Krise führen könnte. Es ist deswegen wichtig, dass wir uns dem Thema zuwenden: Bund und Land haben in der Corona-Krise viele wichtige Maßnahmen getroffen, sodass Deutschland und Bayern bislang im Großen und Ganzen ganz gut durch diese Krise gekommen sind.

Es sind aber viele Existenzen bedroht. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und mit ihnen deren Familien und Kinder machen sich große Sorgen um ihre Arbeitsplätze. Das erzeugt Ängste, die nicht durch Dank, sondern nur durch ernsthafte Perspektiven abgebaut werden können. All diese Menschen erwarten zu Recht unsere Solidarität und unsere Unterstützung, und zwar nicht nur durch markige Worte, sondern durch konkrete Taten.

Herr Aiwanger, es kommt nicht auf zahllose Ankündigungen, sondern auf deren sozialgerechte Umsetzung an. Herr Staatsminister, ich sage ganz ehrlich: Ich vermisse bei Ihnen fast schon grundsätzlich diesen solidarischen Blick auf die Sorgen und Nöte der Beschäftigten, des ganz normalen Arbeitnehmers oder der ganz normalen Arbeitnehmerin. Aus Sicht der SPD lauten in diesem Zusammenhang – meine Kollegin Annette

Karl hat es angesprochen – zwei ganz wichtige Punkte: Mitbestimmung und Arbeitnehmerschutz. Es wäre geradezu fatal, aus dieser Krise den Schluss zu ziehen, wir bräuchten weniger Arbeitnehmerrechte. So wird das von konservativer Seite immer wieder und immer häufiger suggeriert.

(Beifall bei der SPD)

Es sind die leistungswilligen arbeitenden Menschen, die die konkrete Wertschöpfung bringen. Diese Menschen sind mit dem Recht auf Arbeit und mit dem Recht, Koalitionen zu bilden, ausgestattet. Unternehmen sind nur mit einer betrieblichen Mitbestimmung und mit robusten Arbeitnehmerrechten zukunftsfähig.

Herr Staatsminister, dieses Thema ist bei Ihnen quasi nicht existent. Wer in der Pressemeldung auf der Homepage Ihres Ministeriums nach den Schlagworten "Arbeitnehmerrechte", "Arbeitnehmerschutz" oder "Mitbestimmung" sucht, muss frustriert werden; denn dazu ist nichts aufgeführt. Das liegt vielleicht noch am digitalen Problem der Optimierung der Suchfunktion, aber auch in Ihren sonstigen öffentlichen Verlautbarungen, etwa auf Ortsterminen, sind diese Punkte leider absolute Mangelware.

(Zuruf)

Wir brauchen eine starke Arbeitnehmerschaft mit guten Arbeitsbedingungen, angemessener Bezahlung und einem einklagbaren Recht auf Weiterbildung.

(Beifall bei der SPD)

Die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit kann doch nicht dadurch hergestellt werden, dass man, wie Sie das tun, permanent am Achtstundentag herumnörgelt und der De-regulierung das Wort redet.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat die Punkte "gute Ausbildung", "angemessene Bezahlung" und ein "einklagbares Recht auf Weiterbildung", das heißt ein Gesetz zur Weiterbildung, bereits

vor der Corona-Pandemie immer wieder eingefordert; das wird immer wichtiger und ist drängender denn je. Der Staat steht hier in der Pflicht, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Tarifautonomie darf nicht zum Totschlagargument für staatliche Untätigkeit werden. Blicken Beschäftigte hingegen auch in der Krise zuversichtlich in die Zukunft, dann schafft das vor allem eines: Vertrauen.

Herr Staatsminister, ich kann Ihnen auch diesen Vorwurf nicht ersparen: Sie haben in den vergangenen Monaten leider immer wieder durch vorschnelle, flapsige Äußerungen, aber auch durch undurchdachtes Handeln für Verunsicherung dort gesorgt, wo Sie eigentlich hätten Vertrauen schaffen müssen. Robuste, spontane Oberflächlichkeit ist das Aiwanger-Programm der Selbstinszenierung, ist aber nicht wirklich hilfreich für die Wirtschaft.

Zwei Beispiele gefällig? – Mit Ihren Äußerungen zur Betriebsschließung – Stichwort "Hendl" – haben Sie Versicherern wie Versicherten einen Bärendienst erwiesen, der bis heute nachwirkt. – Sie haben die Corona-Soforthilfen auf der Pressekonferenz wörtlich als "Taschengeld" bezeichnet; diese Äußerungen waren anfangs oft nicht praxistauglich, so lange, bis Sie glücklicherweise die Regelungen von Bundesfinanzminister Olaf Scholz übernommen haben. Für die Schwierigkeiten bei der Auszahlung wurden Sie selbst von Ihrem Kabinettskollegen Albert Füracker öffentlich gerügt. Ich darf zitieren:

Ich hoffe, dass der zuständige Wirtschaftsminister die Klagen ernst nimmt. Das, was man zugesagt hat, das muss man dann auch tun. Das gehört zu einer verantwortungsvollen Politik.

– Danke, Albert Füracker, so ist es.

Um es deutlich zu sagen: Gerade in einer Krisensituation mit solcher Dynamik und schnellen Handlungserfordernissen passieren Fehler. Das ist menschlich und kaum vermeidbar. Vertrauen ist aber keine unbegrenzte Ressource. Man muss entspre-

chend sensibel damit umgehen. Das gilt umso mehr, weil wir uns darauf einstellen müssen, dass auch die kommenden Monate herausfordernd bleiben werden.

Ein letzter Punkt ist wirklich wichtig. Wir dürfen den Blick nicht nur darauf richten, gut und solidarisch durch die Krise zu kommen, sondern es muss auch darum gehen, gut und solidarisch in die Zukunft zu gelangen. Als SPD-Landtagsfraktion haben wir hierfür – nicht zuletzt im Rahmen unserer Herbstklausur – fundierte Vorschläge erarbeitet. Die Kollegin Annette Karl hat diese Vorschläge hervorragend skizziert.

Wir sind zutiefst davon überzeugt: Wenn wir am Gestern festhalten, haben wir keine Chance, das Morgen zu gestalten! Das gilt für sozialen Klimaschutz, für Digitalisierung, aber auch für die Arbeitswelt von morgen. Wir müssen die Wirtschaft gemeinsam zukunftsfähig machen, gleichzeitig aber Arbeitsplätze nicht nur erhalten, sondern auch entwickeln.

Noch eine abschließende Bemerkung: Herr Staatsminister, Sie haben heute aus wirtschaftspolitischer Sicht auch zur Digitalisierung Stellung genommen. Die SPD-Landtagsfraktion hat in der vergangenen Woche eine Aufwertung des Digitalministeriums gefordert, um das gigantische Zukunftsthema Digitalisierung ganzheitlich denken und Ressourcen bestmöglich bündeln zu können. In diesem Sinne hielte ich es durchaus für angemessen, wenn sich die nächste Regierungserklärung um die Digitalisierung in all ihren Facetten und Auswirkungen auf die Menschen in Bayern, Deutschland und in der Welt und vor allem um deren Auswirkungen auf die Gerechtigkeit in diesem Lande kümmern würde; womöglich könnte dies sogar durch die zuständige Ministerin geschehen und diese eine Zuständigkeit erhalten, die diesen Namen verdient.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat der Kollege Albert Duin für die FDP-Fraktion das Wort. Ich gratuliere ihm noch nachträglich zum Geburtstag, den er letzte Woche hatte. Herr Duin, es war aber weder ein halbrunder noch ein runder Geburtstag. Das ist die Erklärung für die Verspätung.

(Zuruf des Abgeordneten Albert Duin (FDP))

– "Rentner" ist noch nicht die Kategorie. Sie haben das Wort.

Albert Duin (FDP): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute von unserem Wirtschaftsminister, den ich als Person, weil er einfach ein netter Kerl ist, sehr schätze, einen Bericht gehört. Das Problem ist nur, dass man mit Nettigkeit alleine nicht weiterkommt. Man muss eben auch einfach mal seinen Worten Taten folgen lassen.

Ich kann mich daran erinnern, dass ich bei der letzten Sitzung des Plenums, bevor wir in die Sommerpause gegangen sind, morgens einen Antrag zur Unterstützung der Schausteller und der Marktkaufleute eingebracht habe. Der wurde abgelehnt. Keine drei Stunden später stehen wir am Odeonsplatz. – Du, lieber Freund, hast dort zuerst gestanden und genau das versprochen, was du morgens bei meiner Rede abgelehnt hast. Das ist schon verrückt. Da bin ich ganz nah bei Herrn Arnold.

Ich fühle mich echt geschmeichelt; ich heiße nämlich auch Albert.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

– Das bin ich bestimmt nicht.

Die Regierungserklärung war ein Ritt durch den Terminkalender des Wirtschaftsministers aus den letzten zwölf Monaten. Welche Unternehmen hat er besucht? – Dabei hat er zum Beispiel übersehen, dass Adidas diese 3-D-Druck-Geschichte am 11.11.2019 wieder abgegeben hat, nach China. Das machen die gar nicht mehr. Unsinn! Wenn 3-D-Druck, dann muss man schon echte technologische Fortschritte erbringen. Das ist zum Beispiel im Flugzeugbau möglich. Die Verteilerpumpe des A400 wird mit 3-D-Druck hergestellt. Das ist Innovation. Eine Schuhsohle zu machen ist, glaube ich, nicht besonders innovativ.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Doch!)

Viel ist über Industrie geredet worden, viel über größere Unternehmen. Der Mittelstand und die KMU und der Handel sind einfach außen vor geblieben. Aber 80 % der Menschen in Bayern arbeiten nun mal in den kleinen, mittelständischen Unternehmen und im Einzelhandel, viele davon im Tourismus, 600.000. Die Auszubildenden kommen auch aus den mittelständischen Unternehmen, aber die großen werden oft gepudert. Natürlich hat man dort Ansprechpartner, die einen größeren Bereich abdecken. Wenn ich jetzt aber höre, dass die wirtschaftliche Genesung bereits eingetreten ist, frage ich mich: Woran wird das gemessen? Am Umsatz? – Selbst das ist trügerisch, weil die Unternehmen den Umsatz zwar weiterhin hier fakturieren, die Produktion aber schon im Ausland ist, weil das vernünftiger ist. Man macht hier den Umsatz, lässt aber auf der verlängerten Werkbank im Ausland produzieren. Das werden wir bei den Arbeitslosenzahlen im nächsten Jahr noch spüren, wenn das Insolvenzrecht wieder geändert werden wird. Das wird uns noch um die Ohren fliegen. Ich nehme an, das wird bis zur Bundestagswahl hinausgezögert; denn man will möglichst keine Wählerstimmen verlieren.

Wir haben von Frau Fuchs gehört, wir müssten wirtschaftlich aufbauen. Ich bin immer dafür, der Wirtschaft möglichst großen Freiraum zu geben. Die GRÜNEN wollen den Freiraum einengen, und innerhalb dieser Einengung wollen sie Wirtschaft zulassen. Das funktioniert nicht. Die Menschen funktionieren anders. Wir schaffen neue Entwicklungen, die vielleicht auf den ersten Blick nicht ökologisch sind, aber sie sind ökonomisch und bringen uns weiter. Darauf kommt es an.

Dann haben wir über den Bürokratieabbau gesprochen. Herr König hat auf alle Fälle recht. Wir haben in der Corona-Zeit festgestellt, dass vieles an Bürokratie nicht gebraucht wird, vieles Unsinn ist. Nach der Corona-Krise sollten wir nicht wieder in dieses Fahrwasser von noch mehr Bürokratie und noch mehr Bürokratie kommen.

Ich finde, das Schlimmste ist allerdings, dass viele Behörden – ich weiß nicht, wo diese Behörden angesiedelt sind, nämlich die Zulassungsstellen – mit Beginn der Pandemie die Arbeit verweigert haben. Die haben einfach zugemacht. Keiner konnte

mehr ein Auto an- oder abmelden. Das ist doch Unsinn. In München konnte man nur noch über offizielle Zulassungsdienste anmelden. Das dauert fünf Tage. Auf dem Land haben sie teilweise ganz dichtgemacht.

(Widerspruch)

– Natürlich war das so! Bei dir vielleicht nicht, aber sonst war es so.

Ein Thema hat mir total gefehlt: die Energieversorgung der Zukunft. Über die HGÜ wurde überhaupt nicht gesprochen. Auch über die benötigten Gaskraftwerke wurde nicht gesprochen. Es wurde nicht darüber gesprochen, dass die Bundesnetzagentur mittlerweile schon die Systemrelevanz von Kohlekraftwerken festgestellt hat, die eigentlich Ende dieses Jahres abgeschaltet werden sollen. All das fehlt mir.

Kommen wir dann mal zu dem Lieferkettengesetz, was auch nicht angesprochen worden ist. Große Konzerne werden es sich leisten können, die Zertifikate, die man da braucht, zu erwerben. Der kleine Mittelständler wird auf der Strecke bleiben. Ich habe schon mal Leuten aus großen Konzernen angeboten, sie an die Hand zu nehmen und nach China zu bringen, wo ihre Produkte hergestellt werden. Trotzdem haben sie ein Zertifikat, in dem steht, dass alles bezüglich Menschenrechten und Ökologie richtig hergestellt worden ist. Das ist ein Wahnsinn. Damit kommt wieder mehr Bürokratie auf uns zu. Damit kommen wir nicht weiter. Es wird viele neue Stellen geben, aber das ist wohl schwierig.

Ich bin Mittelständler, das wisst ihr alle. Viele Dinge, die ich heute und immer wieder bringe, weiß ich aus eigener Erfahrung. Ich mache verhältnismäßig gute Umsätze. Durch den Wegfall der Bürokratie in der Corona-Zeit wird mein Geschäft nur unwesentlich beeinflusst. Ich produziere sowieso im Ausland. Was aber wegfällt, sind all diese zusätzlichen Meldungen und Anrufe von irgendwelchen Behörden. Das fällt alles weg. Dadurch habe ich deutlich weniger Arbeitsaufwand. Wir können uns endlich richtig auf das Geschäft konzentrieren. Deshalb sind wir nicht schlechter als vorher dran. Vorher mussten wir alle möglichen Fragen beantworten, die gar nicht nötig sind.

Vieles ist angesprochen worden, was absolut richtig ist. Ich glaube, alle sind gewillt, Bayern nach vorne zu bringen. Wir wollen auch nichts madig machen. Wir wollen versuchen, bestmöglich aus dieser Krise herauszukommen. Dazu brauchen wir den Zusammenhalt. Es hat keinen Sinn, wenn uns von der SPD immer wieder zugetragen wird, wir müssten die Arbeitnehmerkräfte stärken. Auf der anderen Seite heißt es: Wir müssen das Sozialwesen stärken, und dann müssen wir das Grüne und das Ökologische stärken. – Tatsächlich müssen wir die Wirtschaft stärken; nur wenn wir eine starke Wirtschaft haben, können wir uns den ganzen sozialen und grünen Mist erlauben – Entschuldigung! Wir brauchen Wirtschaftswachstum. Ohne Wachstum ist nichts drin. Wenn man kein Wachstum hat, dann hat man Rationalisierung, dann gehen Arbeitsplätze verloren. Man braucht also immer Wachstum, egal in welcher Branche und welchem Bereich, um die Menschen in Zukunft beschäftigen zu können. Wir müssen uns ausbreiten.

Wir haben im Moment genug Probleme. Ich nenne als Beispiel: BMW und den Welthandel. BMW liefert seine 3er-BMW im Moment komplett in die USA. Die 3er-BMW, die hier gekauft werden, kommen aus Mexiko. Warum? – Wegen des Freihandels. Wir dürfen ohne Zoll in die USA verkaufen, und wir können von Mexiko ohne Zoll einführen, während Mexiko an die USA Strafzoll zahlen müsste. Solche Themen sollten uns bewegen. Wir sollten uns wirklich darum kümmern, dass die Wirtschaft läuft. Wenn die Wirtschaft läuft, dann können wir uns auch das ganze Zeug von der linken Seite erlauben. Nicht dass dann wieder solche Dinge daherkommen wie "Recht auf Homeoffice". Ich glaube, ich spinne! Früher wart ihr dagegen, dass die Leute zu Hause arbeiten; jetzt auf einmal heißt es von der linken Seite: Recht auf Homeoffice – Wie mache ich das mit dem Datenschutz? Woher weiß ich denn sicher, dass hinter dem, der am Bildschirm arbeitet, nicht der Spezl steht und in den Bildschirm schaut? Wie macht man das? – Arbeitgeber und Arbeitnehmer schließen einen Vertrag. Damit sind sie sich einig: Wir machen Homeoffice. Der Arbeitgeber muss aber jederzeit berechtigt sein zu sagen: Jetzt ist Schluss mit Homeoffice, du kommst wieder zurück ins Büro. Sonst habe ich Arbeitsrechtsprozesse ohne Ende. Stellen Sie sich einmal vor, man hat das

Recht auf Homeoffice, und der Arbeitnehmer hat keine Lust mehr, ins Büro zu kommen. Das wird ein Spaß werden!

Also, liebe Leute, es gibt viel zu tun. Hubert, wir werden noch ein bisschen nacharbeiten müssen, den Worten Taten folgen lassen müssen. Wenn du Beratung brauchst, komm' gerne auf mich zu.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion hat als Nächster der Kollege Walter Nussel das Wort.

Walter Nussel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu meinem Vorredner möchte ich bloß klarstellen: Bei Adidas und Puma werden nicht nur Schuhsohlen, sondern wird hochwertigste Technik hergestellt, die weltweit unterwegs ist. Dort wird alles zum Thema Sport hergestellt. Vielleicht solltest du da einmal hinfahren und es dir anschauen. Hier hat der Minister wie immer eins zu eins die Wahrheit gesprochen.

(Heiterkeit)

Ich möchte nicht die große Weltpolitik beleuchten, sondern auf das hinweisen, was unser Staatsminister in Bezug auf Bayern dargestellt und was er in den letzten Monaten mit seiner Mannschaft, mit seinem Ministerium und den anderen Ministerien alles versucht hat, um das Ganze am Laufen zu halten. Er hat nach vorne blickend auch versucht, Optionen zu geben, die es umzusetzen gilt, um aus der Krise herauszukommen. Was meine ich damit? – Ich meine damit etwa Investitionen der öffentlichen Hand, zum Beispiel der Kommunen. Das ist ganz wichtig. Dies betrifft alle, die für die Infrastruktur, für die Sicherheit und Ordnung Verantwortung tragen. Es gilt, unsere Kommunen mit ins Boot zu nehmen. Natürlich haben die Kommunen Schwierigkeiten, ihre Haushalte aufzustellen. Aber Sie dürfen bitte nicht vergessen: Auch alles das, was neu gebaut werden muss, was geplant wurde oder ertüchtigt werden muss, muss

jetzt weiterlaufen – Stichwort Investitionsstau –, damit unsere Firmen vor Ort die Möglichkeit haben, dort Arbeit zu verrichten, ihre Firmen dadurch zu stärken und Arbeitsplätze zu erhalten. Die kommunale Familie ist auch hier gefordert. Das ist ganz wichtig.

Beim Thema Planungssicherheit stehe ich voll dahinter. Dieses wurde heute von Frau Schulze von den GRÜNEN in ihrer Rede etliche Male angesprochen. Aber die Planungssicherheit kann hier nicht doppelzünftig dargestellt werden; denn genau das Gegenteil dessen, was hier gesagt wird, wird gemacht. Mit Verboten, wie sie hier die ganze Zeit von der Opposition gefordert werden, können wir keine Planungssicherheit herstellen, geschweige denn erhalten. Wir müssen unseren Firmen und Unternehmen, sei es der Mittelstand, die Industrie oder seien es die freien Berufe, Sicherheit geben, indem wir in Krisenzeiten, während dieser Pandemie oder im Katastrophenfall, die Weichen politisch verlässlich stellen. Wir müssen den Firmen und Unternehmen Möglichkeiten aufzeigen, damit sie in der Krisenzeit ihren Aufträgen nachkommen und Arbeitsplätze erhalten können, also die Firmen weiter zu stärken und auszubauen. Also noch einmal, das ist ganz wichtig: Es geht um weniger Verbote.

Für die Sofort- und Überbrückungshilfen bedanke ich mich ausdrücklich bei den Leuten des Wirtschaftsministers, bei der IHK und bei der Steuerberaterkammer. Hier wurde Hervorragendes geleistet. Aber die Kredite und Hilfen vonseiten des Staates sind Beiwerk. Diese sind wichtig. Aber jetzt können wir politisch auch Weichen stellen und sagen: Weniger Verbote geben unseren Unternehmen mehr Möglichkeiten, um sich bestmöglich auszurichten.

Nun zu folgendem Thema, das ich heute immer wieder gehört habe. Herr Duin ist jetzt weg. Ich wollte ihm das jetzt mit auf den Weg geben. Aber die FDP ist noch da, oder nicht mehr? – Die FDP hat den Haushalt des Bürokratieabbaubeauftragten abgelehnt. Sie sagt aber, wir müssten mehr Bürokratie abbauen. Aber wie soll ich das machen, wenn ich keinen – in Anführungszeichen – "Haushalt" habe? Beim Abbau von Büro-

kratie sind wir noch lange nicht am Ende. Es geht jetzt richtig los. Ich werde Sie alle dazu auffordern und entsprechende Vorschläge bringen, um da mitzuhelfen.

Wir müssen die Arbeitsstättenverordnung angehen. Wir müssen ran an die Themen, anstatt zu meinen: Wir könnten alles regeln, damit nichts mehr passiert. Wir müssen weg von der Nulltoleranzgrenze. Wir müssen auch Themen der Ministerien wieder in den Landtag holen und hier beschließen, um den Behörden die Angst zu nehmen, Fehler zu machen, wenn sie etwas unterschreiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch unsere Minister müssen wir hier unterstützen, damit sie nicht an den Pranger gestellt werden. Damit werden wir jetzt anfangen. Ich hoffe, dass ich da Unterstützung bekomme. Auch Themen wie die Deutsche Industrienorm und die deutsche Industrietechnik müssen wir stärker auf den Prüfstand stellen. Wenn dort etwas nicht so läuft, wie es draußen unsere Unternehmer benötigen, müssen wir es von hier aus mit unseren Möglichkeiten korrigieren, indem wir Beschlüsse fassen und in Richtung Berlin sagen: Leute, wenn ihr das nicht auf den Weg bringt, müssen wir hier Beschlüsse fassen. Ich denke nur an die Anlagenverordnung und Leckagenerkennung usw. Dieses Thema beschäftigt mich bereits seit zweieinhalb Jahren. Hierzu müssen wir hier Beschlüsse fassen. Das kann nicht allein das Fachministerium leisten. Vor allem ist dann bei den Behörden immer die Angst vorhanden, einen Fehler zu machen, wenn sie eine Genehmigung unterschreiben.

Ein weiteres Thema ist die Arbeitsstättenverordnung. Ich erkenne immer mehr, was hier, von Angst getrieben, alles versucht wird, durch das Sozialministerium zu regulieren. Das greift bis in den Brandschutz. Das Bauministerium sagt, sie greifen wieder in unsere Angelegenheiten ein, die viel mehr Bürokratie bergen, was wir aber eigentlich gar nicht benötigen. Auch dazu werden Vorschläge kommen. Das hilft auch unserem Minister, unsere Wirtschaft zu stärken und nach vorne zu schieben – nicht nur durch Geld. Diese Faktoren müssen wir von hier aus politisch angehen.

Wir haben eine Verbraucherschutzzentrale und ein Verbraucherschutzministerium. Auch da sehe ich Themen kritisch, etwa die vorherrschende Meinung, dass auch hier alles gemacht werden muss, damit überhaupt kein Unfall mehr geschieht, also nichts mehr passieren darf. Das gilt auch für die Hygienevorschriften. Wir sagen, wir wollen die regionalen Metzger stärken. Wir wollen unsere Unternehmen vor Ort stärken, machen aber Auflagen, die niemand mehr einhalten kann. Wir müssen also auch hier den Sachverstand wieder einschalten, weil wir sonst die Tönnies der Welt immer mehr fördern, aber unsere Kleinen vor Ort durch solche Auflagen zum Verbraucherschutz und die Arbeitsstättenverordnung kaputt machen.

Ein ganz großes Thema ist auch die Angst unserer Unternehmen. Wir müssen den Unternehmen die Angst nehmen und die Betriebe mit begleiten, damit sie ihre Eigenverantwortung wieder erkennen. Wir müssen sie stärken, in ihre Betriebe gehen und ihre Mitarbeiter auf den Weg "heraus aus der Krise" mitnehmen. Das ist ganz wichtig. Deshalb müssen wir uns alle zusammen intelligent aufstellen. Ich hoffe, dass all diejenigen, die heute gesprochen haben, das auch so mitnehmen, wenn von uns dahin gehend zu bearbeitende Themen kommen.

Auch habe ich in Richtung Bund den Anspruch, dass wir ein Frühwarnsystem brauchen. Die Frage ist, was der Bund und die Länder daraus machen, wenn hier aus Brüssel etwas kommt. Das müssen wir ziemlich schnell erkennen, damit wir nicht immer hinterherhecheln, sondern gleich sehen, was da kommt. Die Datenschutzgrundverordnung war ein typisches Beispiel. Die Europäische Union hat gesagt: Betriebe ab fünfzig Mitarbeiter, die stetig mit personifizierten Daten in einem Betrieb zu tun haben, brauchen einen Datenschutzbeauftragten und alles, was dazu gehört. Der Bund hat aber "ab zehn Mitarbeiter" daraus gemacht, sodass es unseren Mittelstand ohne Not – ohne Not! – wieder voll getroffen hat. Wir hätten das anders haben können. Da müssen wir hinschauen. Deswegen brauchen wir ein Frühwarnsystem.

Wir müssen Strukturen schaffen, die innerhalb des Ordnungsrechts haltbar sind, aber diese so auslegen, damit all unsere vorhin genannten Unternehmen, freie Berufe oder

Mittelstand oder Industrie, noch Luft und Atem haben. – Mein Kollege spricht danach zum Tourismus.

Folgenden Dank möchte ich noch zum Ausdruck bringen. Herr Minister, ich habe mit deinem Haus, auch mit dem Gesundheitsministerium und anderen Institutionen, noch sehr viele Praxischecks durchführen können. Unser Dank gilt den Verbänden, der IHK, der Handwerkskammer und vor allem der DEHOGA für das, was sie geleistet und auf den Weg gebracht haben, sodass wir Hygienekonzepte vorliegen haben, damit die Leute verlässlich arbeiten und sich die Behörden danach richten können. Ich hoffe, dass wir gestärkt aus der Krise herauskommen und unser Minister in der nächsten Regierungserklärung berichten kann, was wir alles an Positivem gemacht haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht als Nächste die Kollegin Stephanie Schuhknecht.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich letzte Woche den Titel der angekündigten Regierungserklärung des Herrn Wirtschaftsministers gelesen habe, war ich schon ein bisschen irritiert, muss ich sagen. Wir sind mit der größten Rezession der Nachkriegsgeschichte konfrontiert. Der Begriff Herausforderungen ist da doch wohl ein ziemlicher Euphemismus. Dann auch noch dieses etwas nichtssagende Vorbereitungspapier, sage ich mal, das wir heute bekommen haben! Ich glaube, den Konjunkturbericht hätten wir uns alle selbst rausziehen und lesen können.

(Zuruf)

Alles in allem: eine Enttäuschung. – Apropos Enttäuschung, ich wollte noch mal kurz auf eines eingehen: Ich folge Ihnen ja auf Twitter und habe gesehen: Sie haben uns mal wieder vorgerechnet, dass Baden-Württemberg doch viel schlechter sei, als wir behaupten. Ich hätte schon erwartet, dass der einfache Dreisatz auch von unserem

Wirtschaftsminister beherrscht wird. Schließlich ist Baden-Württemberg nur halb so groß. Wenn man das mal umrechnet, bedeutet das in Bayern 0,09 Ladesäulen pro Quadratkilometer. In Baden-Württemberg sind es 0,1384.

(Zurufe)

– Gut. Auf jeden Fall sind es mehr als 50 % mehr Ladesäulen pro Quadratkilometer in Baden-Württemberg. Ja, ich würde mich wirklich freuen, wenn wir bei dem Thema eher in Baden-Württemberg als in Bayern wären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zum Inhalt: Die Gründerszene war Ihnen ja insgesamt doch etwa drei Minuten wert. Das, was Sie gesagt haben, klingt ja erst mal auch gar nicht schlecht: Bayern ist Gründerland Nummer eins. Bayern liegt vor Berlin. – Das gefällt der bayerischen Seele natürlich grundsätzlich gut.

Kleine Randnotiz: In den letzten drei Monaten gab es, wenn man genauer hinschaut, 129 Neugründungen in Bayern und 124 in Berlin. Es ist also nur ein hauchdünner Vorsprung. Trotzdem ist Berlin in absoluten Zahlen unangefochten Nummer eins in Deutschland, weil das Ökosystem in Bayern vor allem jenseits der Landeshauptstadt wirklich noch ausbaufähig ist.

Von gleichwertigen Lebensverhältnissen für Gründerinnen und Gründer sind wir noch weit entfernt. Wir wollen Bayerns Potenziale voll ausschöpfen. Immer noch werden – das wurde bereits erwähnt – nur 16 % der Start-ups von Frauen gegründet. Da gibt es noch einiges zu tun.

Schauen wir uns die Start-ups mit grünen und nachhaltigen Geschäftsideen an: Dafür gibt es den Green Startup Monitor. Da belegt Bayern vor Hamburg – alle freuen sich schon, aber jetzt kommt es – den vorletzten Platz mit einem Anteil von 18 % Green Start-ups. Auch diese Zahlen gehören zu einem wahrhaftigen Bild der bayerischen Gründerszene.

Dass gerade jungen Unternehmen und Start-ups aktuell im wahrsten Sinne des Wortes die Luft ausgeht und wir Gründungen in der Finanzierungsphase dringendst zielgerichteter unterstützen müssen, möchte ich kurz an einem Beispiel erläutern:

Ich hatte Kontakt zu einer Frau, die ein Start-up gegründet hat und die zwei Bedürfnisse von Frauen auf sehr geschickte Art und Weise kombiniert: Es geht um hochwertige Ohringe, die gleichzeitig via Bluetooth Minikopfhörer sind. – Auch die Hörgerätebranche ist daran schon sehr interessiert. Die Frau hat schon einen mittleren sechsstelligen Betrag zur Entwicklung des Produkts aufgenommen. Jetzt bräuchte sie das Kapital für die Finalisierung und die Produktion. Das ist eigentlich ein ganz klassischer Fall für die zweite Säule des Start-up-Schutzschilds. Sie hat einen Antrag gestellt; sie erfüllte alle formalen Bedingungen. Ihr Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt: bisher zu wenig Umsatz!

Meine Damen und Herren, das zeigt doch sehr deutlich, warum wir in Deutschland und Bayern oft innovative Ideen und Technologien am Ende nicht zur Marktreife bringen und warum viele Start-ups aktuell mit ihren Innovationen vertrocknen.

Ich habe wahnsinnig viel aufgeschrieben. Wir wollen zum Beispiel einen Gründerbonus. Sie können das alle in unserem ganz tollen Papier nachlesen, das wir auf unserer Klausur beschlossen haben. Ich möchte trotzdem noch mal darauf eingehen, dass wir einfach in der Fläche noch mehr Beratungsangebote brauchen. Ich weiß, es gibt die digitalen Gründerzentren usw. Die sind auch nicht schlecht, aber es sind halt digitale Gründerzentren. Ja, Digitalisierung ist das Thema. Aber es gibt halt auch ganz viele, die keine digitale Idee haben, und die kommen momentan einfach nirgendwo unter. Diese Gründungswilligen brauchen auch eine wertschätzende Beratung.

(Zuruf)

Die brauchen vom ersten administrativen Schritt bis zum Markteintritt einen kompetenten Ansprechpartner und – wir haben es schon gehört – kein Wirrwarr zwischen Bezirksregierung, Kommunen, verschiedenen Ämtern usw.

(Zuruf)

– Eben vor allem für Digitalisierung.

(Zuruf)

– Gut.

Wir wollen jetzt in der Krise auf Innovationen setzen und nicht ausschließlich versuchen, bestehende große Tanker ein wenig nachhaltiger zu machen. Daher: mehr Mut zum Gründungsrisiko, keine Angst vorm Scheitern, verlässliche Förderzusagen aus der Politik! Damit ermöglichen wir Innovationen, bieten Chancen und meistern die Krise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Klaus Stöttner für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrtes Haus, lieber Herr Wirtschaftsminister! Ich möchte zuerst einmal meinem Wirtschaftsminister einen großen Dank aussprechen. Es gibt keinen Wirtschaftsminister, der ohne Zettel ans Rednerpult geht und so strukturiert die Erfolge Bayerns aufzeigt. Da muss ich dir, lieber Hubert, Herr Staatsminister, wirklich ein Kompliment aussprechen. Das ist schon fundiert. Nicht alles, was von den GRÜNEN schlechtgeredet wird, ist so. Es werden wirklich Impulse gesetzt – sogar in der Pandemie. Das ist in Bayern besonders hoch zu werten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, mein Leib- und Magenthema als tourismuspolitischer Sprecher unserer Fraktion ist ja die Branche, die sehr gebeutelt worden ist, nämlich der Tourismus. Das Thema ist virulent nach oben gekocht. Man bedenke,

dass die Caterer null Arbeit haben und die Gastronomen drei Monate lang keinen Umsatz gemacht haben. Die Schausteller und die Marktkaufleute hängen immer noch am Tropf und haben trotzdem ihre Kosten. Dafür gibt es noch keine Lösung. Da müssen wir uns wirklich Gedanken machen. Albert Duin, was du gesagt hast, ist berechtigt. Da müssen wir was machen, so wie der Bund, wie Baden-Württemberg und andere Länder denen Beträge für Fixkosten zur Verfügung stellen.

Wo stehen wir? Wo wollen wir hin? Der Beginn der neuen Normalität im Tourismus fußt in meinen Augen auf vier Säulen:

Erstens. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik in Zeiten von Corona: Urlaub machen in Bayern muss man sich leisten können. Aktuell geht es um 3.000 Inhouse-Stellen. Menschen, die Angst haben, werden nicht sogleich an Urlaub denken. Deshalb müssen wir ein bisschen vorsichtig sein, um den Aufschwung in Bayern, Deutschland und Europa wirklich mitzugestalten.

Die CSU und die FREIEN WÄHLER leben in der Wirtschaftspolitik den gleichen Geist. Wir haben in Bayern in den vergangenen Jahrzehnten wirklich viel erreicht und die richtigen Ansätze gewählt.

In der Krise gibt die Staatsregierung visionäre Impulse. Da muss ich unserem bayerischen Ministerpräsidenten mit seinem Kabinett im Bereich der künstlichen Intelligenz, der Digitalisierung wirklich danken. Ich weiß selbst, in Rosenheim haben wir das Stellwerk 18, ein digitales Gründerzentrum, an die Hochschule angebunden. Die Wirtschaft vernetzt sich dort stark. Auch große Firmen sagen, sie hätten nie gedacht, dass so kleine junge Start-ups ihnen Tipps und Innovationen geben können.

Ich muss wirklich Danke sagen, dass die Staatsregierung – damals unter Ilse Aigner und weitergeführt unter Hubert Aiwanger – dies so vorangetrieben hat und dass immer mehr Digitalisierungszentren entstehen. Das ist die Zukunft der Arbeitsplätze. Das ist ein Zeichen dafür, dass Bayern damals schon unter Markus Blume Vorreiter war. Er

hat das damals in unserer Klausurtagung 2014 auf den Weg gebracht. Das wurde fortgeführt. Dafür muss ich wirklich Danke sagen.

Unser Vorsitzender Sandro Kirchner hat ja ausgeführt, wie bedeutsam diese Impulse sind, die wir flächendeckend in ganz Bayern auf den Weg bringen. Das ist die Grundlage. Man hat es auch im Tourismus gemerkt, dass sich so viele Entwickler mit dem Thema beschäftigen. Man merkt es in unserer Kantine: Du gehst rein, du checkst dich ein, du checkst dich aus. – Das hätte man sich vor einem Jahr noch gar nicht vorstellen können. Da hat die Gastronomie, der DEHOGA, wirklich unheimlich viel geleistet.

Zweiter Punkt. Wir lassen unsere Unternehmen nicht im Stich. CSU, FREIE WÄHLER und auch die Staatsregierung haben entschlossen gehandelt und im Schulterschluss mit dem Bund Programme auf den Weg gebracht, um Arbeitsplätze zu sichern.

Hier im Saal haben wir das Schweizer Modell auf den Weg gebracht, damit die ersten 500.000 Euro gesichert sind, ohne dass 10 % der Haftung bei den Hausbanken liegen. Das haben wir auf den Weg gebracht, und der Bund hat das umgesetzt.

Das Kurzarbeitergeld ist sozialversicherungs- und steuerfrei gestellt, damit die Familienbetriebe das den Mitarbeitern weiterzahlen. Das ist auf den Weg gebracht worden.

Ich muss hier im Hohen Haus nochmal deutlich machen, dass die CSU im Bund Dinge erreicht hat, die Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern in keiner Weise schaffen könnten, weil wir die Landespartei sind, die im Bund was zu sagen hat. Da muss ich dem Alexander Dobrindt wirklich ein großes Kompliment aussprechen. Da haben wir viel erreicht.

Unsere Politik in Bayern hat viel Geld in die Hand genommen, um das Schlimmste zu verhindern, und hat trotzdem solide Haushaltspolitik geleistet. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die wirtschaftlichen Maßnahmen nicht alle Umsatzverluste kompensieren können und dass wir uns wirklich anstrengen müssen, damit wir eine Zukunftsperspektive in dieser Krise ermöglichen.

Nicht wir haben das Virus im Griff, sondern es hat uns im Griff. Es war richtig, dass wir im März entschieden haben, dass wir einen Lockdown fahren, damit wir nicht entscheiden müssen, wer ins Krankenhaus darf und wer nicht.

Trotz Corona – das ist der dritte Punkt – wollen wir langfristig attraktive Tourismusdestinationen haben. Bayern hat im März entschlossen, die Menschenleben durch den Lockdown zu retten. Die Tourismuswirtschaft und die Gastronomie hier sind ganz besonders hart getroffen worden. Ischgl wird noch lange in unseren Köpfen bleiben. Wir wollen diesen Fun-Tourismus mit dem, was in Österreich passiert ist, nicht in Bayern haben.

Der DEHOGA, mit dem wir ja einen engen Schulterschluss im Wirtschaftsministerium haben, und die Tourismusverbände haben eine exzellente Arbeit geleistet. Welche Flexibilität im Sommertourismus an den Tag gelegt worden ist, ist einmalig. Der Sommer in der Stadt, diese Möglichkeiten! – Lieber Walter Nussel, da muss ich dir wirklich Danke sagen. Dass die Behörden unkompliziert, schnell entscheiden, das mit dem Praxischeck, das muss gehen. Wenn eine Krise herrscht, kann etwas schnell entschieden werden. Da hat sich Bayern, haben sich die Kommunen, die Bürgermeister, die Gemeinderäte, die Stadträte wirklich angestrengt, das zu machen.

Wir haben im Juli 2020 in den Beherbergungsbetrieben und in der Gastronomie ein Umsatzplus von 39 % gehabt. Der Juli ist im Verhältnis zum Vormonat Juni wirklich noch mal gut gelaufen, weil die Politik gut reagiert hat. Mit neuen Konzepten, mit Erfahrungen müssen wir bezüglich der Corona-Thematik auch in den Winter kommen. Das wird schwierig werden. Oberste Priorität sollte der Schutz der Menschen sein. Garmisch hat wieder gezeigt, dass das Virus sich weiter verbreitet. Das wird eine Riesenherausforderung im November werden.

Vierter Punkt. mit kreativen Konzepten dem Virus die Stirn zeigen und neue Kunden gewinnen. In den letzten Monaten hatte der Tourismus wirklich schwierige Zeiten. Die Kreativität hatte jetzt – wie ich vorhin schon gesagt hatte – Sonnenstunden. Wir sind

im Sommer mit einem blauen Auge davongekommen, abgesehen von der Branche der Schausteller und Marktkaufleute, für die wir uns etwas überlegen müssen.

Der Digitalisierungsschub mit der App, mit den Eintritten in die ganzen Biergärten, und der Ausflugs-Ticker, den der Minister relativ schnell und unkompliziert finanziert und umgesetzt hat, sind eine gute Grundlage, um die Hotspots ein bisschen zu entlasten. Da muss ich noch mal Danke sagen, dass das so gut geklappt hat. Die Sommer im ländlichen Raum, in Franken, im Alpenvorland, in der Seenlandschaft, in ganz Bayern sind hervorragend gelaufen.

Der Winter wird sicherlich schwieriger werden, in der ganzen Hotellerie in den Städten, weil der Geschäftstourismus in der Stadt, in München, in Nürnberg, einfach abgeht.

Wie geht es weiter? – Solange kein Impfstoff vorhanden ist und keine wirksamen Medikamente vorhanden sind, wird es auch in den größeren Einheiten der Veranstaltungen große Schwierigkeiten geben. Wir denken, dass wir in Bayern mit Roche als einem unserer Partner, der vor Kurzem auch im Landtag war, mit Schnelltests und einem guten Klinikkonzept auch die Tourismusbranche unterstützen können.

Die Menschen wollen zukünftig raus in die Natur. Sie wollen in die Alpen, sie wollen an die Seen, sie wollen nach Franken, sie wollen nach Niederbayern, sie wollen ins schöne Allgäu. Deswegen glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir unheimlich viel in die Naturbranche stecken, und dass das Seilbahnprogramm, das der Freistaat Bayern verlängert hat – auch für den Sommer und den Winter in Kombination –, dass die strukturierten Radwege und das Mountainbike-Konzept – abgestimmt mit dem Alpenverein – einige der wichtigsten Themen sein werden. Wie gehen wir mit der Natur um, damit sie nicht zu sehr ausgenutzt wird? Dass wir auch Attraktivität schaffen, wie unsere Museen mit guten Konzepten wieder zu öffnen sind, wie das Haus der Bayerischen Geschichte in Regensburg betrieben werden kann – das sind Themen, die sehr wichtig sind.

Die Stadt hat Riesenherausforderungen. Die Messekonzepte müssen im Wirtschaftsministerium konzipiert werden. Da hat das Ministerium eine Riesenaufgabe. Es ist sehr wichtig, dass wir bei dieser Thematik der Großveranstaltungen, der Geschäftstouristen stark darauf achten, dass wir wieder in Schwung geraten.

Zum Schluss möchte ich die Situation der Politik noch mal beleuchten. Es wäre gelogen zu sagen, dass wir aktuell auf alles eine Antwort haben. Wir müssen auf Sicht fahren. Wir dürfen sicher sein, dass wir gute Antworten finden. Wir wollen im Schulterchluss mit den Branchen den Herausforderungen begegnen.

Als CSU haben wir bewiesen, dass wir langfristig für Bayern in allen Regionen zukunftsweisende Antworten gefunden haben. Wir haben das immer als Antrieb verstanden, mit Herzblut dabeizubleiben. Uns den Herausforderungen zu stellen, war unser höchstes Anliegen. Ob Kurzarbeitergeld oder die Heizpilze, die den GRÜNEN zwar nicht gefallen, aber die wir im Winter doch brauchen, um unsere Gäste zu wärmen: Die Antwort auf Corona ist immer, Schritt für Schritt eine Lösung zu finden.

Wir fühlen alle mit unseren Unternehmern, die wirklich eine harte Zeit haben. Trotzdem kann Bayern gut aus dieser aktuellen Situation herauskommen, weil wir familiengeführte Unternehmen haben. Wir haben vor Ort Banken, die noch kleinstrukturiert sind. Da muss ich einmal eine Lanze brechen für unsere Genossenschaftsbanken und für die Sparkassen, die die Situation vor Ort besser bewältigen können. Wir müssen aufpassen, dass wir die kleineren Banken nicht von der BaFin überrollen lassen, müssen verhindern, dass es die kleinen Banken bald nicht mehr gibt, weil die Vorschriften und die Prüfungen für große Industriebanken so katastrophal hochkarätig sind. Dann verlieren wir nämlich unsere kleinen Strukturen, in denen der Entscheidungsträger vor Ort für seine Unternehmer schnell entscheiden kann.

Deswegen ist es entscheidend, dass wir die kleinen Strukturen der Genossenschaftsbanken für die Wirtschaft, für unsere Tourismusbranche und auch für den Mittelstand hochhalten und dass wir in Bayern deutlich machen, dass sich die Vorschriften und die

Kontrollen der BaFin lieber um die großen Wirecards kümmern sollen und nicht um die kleinen Raiffeisenbanken, die überbordende Vorschriften haben und Kosten verursachen, dass es einfach nicht mehr tragbar ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ein Lob auf die Struktur unseres Freistaates Bayern, ein Lob auf die Wirtschaftspolitik in Bayern, die sehr nachhaltig und sehr fundiert ist, ein Lob auf ein gutes Zusammenspiel der ganzen Staatsregierung. Deswegen glaube ich, dass Bayern diese Krise gut überstehen wird. Der Ansatz, auch der Automobilwirtschaft einen stärkeren Schub zu geben, ist der richtige Ansatz. Deswegen glaube ich, dass wir eine gute Zukunft haben. Ich bin zuversichtlich, dass die CSU und die FREIEN WÄHLER in den nächsten Jahren eine gute Politik für den Freistaat Bayern machen werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich dem Abgeordneten Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Stöttner, Sie haben eben behauptet, dass in Garmisch-Partenkirchen Leute an COVID-19 erkrankt oder zumindest infiziert seien. Deshalb haben Sie eine Gefährlichkeit herbeigeredet, die so nicht herbeigeredet werden kann, und haben das auch benutzt, um das Schutzbedürfnis der Bevölkerung besonders herauszustellen.

Ich möchte Sie mit dieser Zwischenbemerkung darauf aufmerksam machen, dass dieser PCR-Test keine Infektion nachweist im Sinne eines Krankheitsnachweises, sondern dass er nur den Betroffenen als möglichen Träger eines Viruspartikels definiert, der nicht von dem SARS-CoV-2-Erreger, dem insbesondere für COVID-19 verantwortlichen Virus sein muss. Dieses Virus ist nach wie vor nicht identifiziert. Die Beobachtung der Ergebnisse dieser PCR-Tests zeigen, dass alle

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): bundesweit noch in der sogenannten Fehlerquote liegen – ich bin gleich fertig –, nämlich 1,4 bis 2 %, und dass damit nicht bewiesen ist, dass eine Infektion mit COVID-19 vorliegt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Ihre Minute ist abgelaufen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ist Ihnen das bewusst? – Denn das ist nicht die Wahrheit, was Sie hier im Parlament sagen.

(Zurufe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege.

Klaus Stöttner (CSU): Herr Swoboda, vielen Dank für Ihre fachliche Ausführung. Mir geht es bei diesem Thema darum, dass die Kommunen relativ schnell reagiert haben, dass sie punktuell entschieden haben. Auch der Landrat Speer hat wirklich schnell entschieden. Er hat das Ganze für eine gewisse Zeit der Notwendigkeit eingegrenzt und alles relativ schnell wieder freigegeben. Die Entschlossenheit einer kommunalpolitischen Ebene ist das Besondere, das wichtig wäre.

Ob Sie jetzt recht haben oder ob das nicht so gefährdet war: Man merkt ja auch, dass viele der Betroffenen nicht mehr so erkranken, wie das am Anfang war. Dass relativ viele Junge das gut überstehen, ist keine Frage. Es gibt weniger Todesfälle, das ist auch klar. Aber die Entschlossenheit, den Leuten in so einem Tourismusgebiet wie Garmisch-Partenkirchen die Ängste zu nehmen, hat der Landrat Speer dort hervorragend gezeigt. Er hat schnell reagiert und sofort Maßnahmen ergriffen. Deswegen kann man nur sagen: Es geht darum, dass man den Leuten diese Ängste nimmt, nicht Ängste schürt, und sagt: Leute, die Krankheit ist da, wir haben sie noch nicht im Griff, und die Staatsregierung versucht, alles zu machen, um eine gute Struktur zu finden.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Kollege Stöttner, ich muss auch Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Klaus Stöttner (CSU): Jawohl. – Deswegen finde ich, dass die Struktur gut ist, dass man regionale Entscheidungen trifft und nicht wieder einen kompletten Lockdown in ganz Bayern ausruft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIE WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.